SCHULREFORM NW
SEKUNDARSTUFE II

Arbeitsmaterialien und Berichte

Heft 8 II

Curriculum

Gymnasiale Oberstufe

Sozial-wissenschaften

Wirtschafts-wissenschaften

2. Ausgabe

NW
3(2,1973)

Eine Schriftenreihe des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen

Georg-Eckert-Institut BS78
1 158 089 5

Empfehlungen für den Kursunterricht in dem Fach Sozialwissenschaften (Soziologie,Politologie, pol. Ökonomie) und in dem Fach Wirtschaftswissenschaften

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
- Bibliothek -
20131429

2-V NW
S-28 (1973)

Copyright 1973 by Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Alle Rechte vorbehalten; Nachdruck auch auszugsweise nur mit Genehmigung des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen.
Entwurf: Wilms+Kärcher, Krefeld
Gesamtherstellung: A. Henn Verlag, Abt. Druckerei, Düsseldorf-Benrath

Inhalt

Seite

Vorwort des Ministers 5

Teil I

Empfehlungen für den Kursunterricht im Fach Sozialwissenschaften (Soziologie / Politologie / Ökonomie) 7

Vorbemerkungen 9

I. Lernziele und Qualifikationen 10

II. Teilziele und Curriculumelemente 13

1. Soziologie 13
2. Politologie 19
3. Politische Ökonomie 25

III. Umsetzungsmöglichkeiten 28

1. Begründungszusammenhang 28
2. Problemfelder und Unterrichtsthemen 29
3. Zuordnungsskizzen 30

IV. Vorschläge zum Kursschema 45

V. Empfehlungen für den Übungsteil 46

1. Übungen auf der kognitiv-analytischen Ebene 46
2. Übungen auf der pragmatischen und sozioemotionalen Ebene . . 46

VI. Möglichkeiten der Leistungskontrolle 47

VII. Literaturangaben 49

VIII. Verzeichnis von Unterrichtsmodellen 56

Teil II

Empfehlungen für den Kursunterricht im Fach Wirtschaftswissenschaften 63

1. Allgemeine Vorbemerkungen 65

2. Bestimmung von Lernzielen und Zuordnung von Themen und Unterrichtsinhalten 69

3. Literaturverzeichnis 129

Nachwort zur 2. Ausgabe 132

Vorwort

Die Reform der Sekundarstufe II tritt 1972 in ein neues Stadium. Nachdem die Gesamtkonzeption für eine integrierte Sekundarstufe II, die „Kollegstufe NW", vorgelegt worden ist, beginnt mit dem Schuljahr 1972/73 der Aufbau der Modellschulen.

Zum gleichen Zeitpunkt führt der „Entwurf zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II" der Ständigen Konferenz der Kultusminister auch in NW zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe, die in den kommenden Jahren alle Gymnasien des Landes ergreifen wird.

Gleichzeitig hat die „Kommission zur Neuordnung des beruflichen Schulwesens" einen Zwischenbericht ihrer bisherigen Beratungen vorgelegt, der die wichtigsten Leitlinien und Maßnahmen für die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens erkennen läßt. Auch die Reform des beruflichen Schulwesens ist als eine Reform in der Sekundarstufe II zu verstehen.

Der Versuch, die Verflechtung von allgemeiner und beruflicher Bildung, von gymnasialer Oberstufe und beruflichem Schulwesen, in einer neuen Schulform durch den Aufbau der Modellschulen zu erreichen, steht nicht im Gegensatz zur Weiterentwicklung von gymnasialer Oberstufe und beruflichem Schulwesen. Vielmehr sind alle Reformmaßnahmen in der Sekundarstufe II, ob sie die studienbezogenen Ausbildungsgänge der gymnasialen Oberstufe oder die beruflichen Ausbildungsgänge im beruflichen Schulwesen betreffen, in ihrem inneren Zusammenhang und in ihrer wechselseitigen Beziehung zu sehen.

Die vorliegende Schriftenreihe ist Ausdruck der bildungspolitischen, bildungsplanerischen und schulpraktischen Notwendigkeit zur Koordination der Entwicklungsarbeiten in der Sekundarstufe II und zur Information. Das gilt sowohl für die mittel- und langfristig zu lösenden Probleme der Lehrplanrevision und der Entwicklung neuer Curricula als auch für die unterrichtsorganisatorischen, regionalplanerischen und rechtlichen Fragen.

Das Kultusministerium des Landes NW wird in rascher Folge Einzelveröffentlichungen zu den wichtigsten Problemen der Neugestaltung der Sekundarstufe II vorlegen.

Diese Einzelveröffentlichungen werden den Lehrern in den Schulen unmittelbar als Arbeitsmaterial dienen können, in anderen Fällen Planungsgrundlagen und Rahmenrichtlinien für die Entwicklungsarbeiten in den verschiedenen Planungssektoren bereitstellen. Es soll dadurch nicht zuletzt deutlich gemacht werden, daß die Veränderung der Schule in Unterrichtsform und Unterrichtsinhalt, der Beitrag der Schulpraxis und der Wissenschaft und die zentrale Strukturplanung des Kultusministeriums ständig aufeinander bezogen sind.

Jürgen Girgensohn.

Kultusminister des Landes NW
(Jürgen Girgensohn)

Empfehlungen für den Kursunterricht im Fach Sozialwissenschaften (Soziologie, Politologie, pol. Ökonomie)

Verfasser:
Horst Friedrichsmeier (Bochum)
Janbernd Geuting (Münster)
Dr. Hans-Joachim Gerhards (Detmold)
Marlis Pomplun (Bochum)
Josef Pitz-Paal M.A. (Münster)

An der 1. Ausgabe haben
H. J. Lengemann (Unna) und
H. Strick (Köln) mitgearbeitet

In bezug auf Anzahl und Dauer der schriftlichen Arbeiten gilt der Erlaß vom 27. 2. 1973 (II B2.36 — 20 10 Nr. 294/73). Zu den Anforderungen in der Reifeprüfung ergeht ein gesonderter Erlaß.

Vorbemerkungen

Nach dem gegenwärtigen Stand der Curriculumforschung kann im Fach Sozialwissenschaften ein gesichertes Curriculum für ein Kurssystem noch nicht erarbeitet werden. Da außerdem die Arbeitsbedingungen ungünstig waren, sah sich die Fachgruppe Sozialwissenschaften genötigt, zur kurzfristigen Erstellung von Empfehlungen für den Kursunterricht auf bereits vorliegende Entwürfe zurückzugreifen. Entsprechend dem Stand der didaktischen Diskussion konnte die Arbeit der Fachkommission nicht darin bestehen, eine allgemein verpflichtende Aufstellung von Lerninhalten zu geben; vielmehr wurde versucht, die Gegenstände der Sozialwissenschaften lernzielorientiert aufzubereiten. Dabei kam es darauf an, Lernziele der kognitiven Ebene mit solchen der emotional-pragmatischen Ebene zu verbinden. Zu diesem Zweck wurden der Richtlinienentwurf für Sozialwissenschaften vom 18. 2. 1972 (RLE) und der Qualifikationskatalog aus der Rede des Kultusministers vom 19. 2. 1972 in Mannheim herangezogen und modifiziert. Auf dieser Basis ergaben sich die Definition der allgemeinen Ziele und Qualifikationen des Unterrichts und deren Ausdifferenzierungen in besondere Qualifikationen auf der kognitiven und auf der emotional-pragmatischen Ebene (Abschnitt 1).

Zur vorläufigen Konkretisierung dieser Qualifikationen wurden die aus den Vorarbeiten vorliegenden Teilziele und Curriculumelemente in ergänzter Form angefügt (Abschnitt 2).

Die Aufteilung der Curriculumelemente in die drei sozialwissenschaftlichen Teilbereiche folgt der wissenschaftsorganisatorischen Schwerpunktbildung innerhalb der Sozialwissenschaften. Um jedoch die Interdependenz und die sich daraus für den Unterricht ergebende Notwendigkeit der Integration dieser Teilbereiche deutlich zu machen, wurden beispielartige, ständig zu ergänzende Problemfelder und Unterrichtsthemen dem Katalog der Curriculumelemente angefügt. Als didaktische Auswahlkriterien für diese Themen dienten über den Integrationsaspekt hinaus ihre Konflikthaftigkeit und ihre strukturelle Relevanz, ihr Aktualitätsgehalt und der Betroffenheitsgrad der Schüler. Die auf einige Unterrichtsthemen bezogenen Zuordnungsskizzen sollen beispielartig verdeutlichen, wie mit dem vorliegenden Entwurf in der Unterrichtspraxis gearbeitet werden kann (Abschnitt 3).

I. Lernziele und Qualifikationen

Ziel des sozialwissenschaftlichen Unterrichts, der menschliches Handeln und Verhalten in seiner sozialen, politischen und wirtschaftlichen Dimension aufzeigt, ist es, dem Schüler Möglichkeiten zu seiner Selbstverwirklichung anzubieten. Der Unterricht in diesem Fach soll den Schüler sowohl zur reflektierten Distanz von den in der Gesellschaft wirksamen Zwängen als auch zur bewußten aktiven Integration in die Gesellschaft befähigen.

Diese Selbstverwirklichung setzt den Erwerb folgender Qualifikationen voraus:

1. Fähigkeit und Bereitschaft zu sachinformierter Kontrolle
2. Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbst- und Systemkritik (u. a. Überprüfung der Systeme an ihren eigenen Normen)
3. Fähigkeit zum Erkennen von Alternativen und Bereitschaft, sie zu realisieren
4. Fähigkeit und Bereitschaft zur Entwicklung von Handlungsstrategien (u. a. Konfliktaustragung, Kooperation, Solidarisierung)
5. Fähigkeit und Bereitschaft zur Reflexion sozio-emotionaler Vorgänge.

Diese allgemeinen Qualifikationen lassen sich in folgende besondere Qualifikationen aufschlüsseln:

a) Qualifikationen auf vorwiegend kognitiver Ebene

1. Sachorientiertheit und kritisches Methodenbewußtsein in den jeweiligen Teilbereichen der Sozialwissenschaften
2. Einsicht in die Interdependenzen der Erscheinungen in und zwischen Gesellschaftspolitik und Wirtschaft
3. Einsicht in die Machtbestimmtheit, Rechtbestimmtheit und Konflikthaftigkeit der Gesellschaft
4. Einsicht in den Wandel und die Veränderbarkeit der sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse
5. Einsicht in die Pluralität der Wertsysteme und Ideologien
6. Einsicht in die Rationalität und Irrationalität gesellschaftlichen Handelns
7. Einsicht in die Individualität und Sozialität menschlichen Verhaltens

b) Qualifikationen auf vorwiegend pragmatisch-emotionaler Ebene

1. Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern sie auf ihre Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrundeliegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu überprüfen.
2. Fähigkeit und Bereitschaft, die Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche Vorgänge und Herrschaftsverhältnisse wahrzunehmen und zu erweitern.
3. Fähigkeit und Bereitschaft, sprachliche und nichtsprachliche Kommunikation auf ihren ideologischen Hintergrund aufzudecken.

4. Fähigkeit und Bereitschaft, in politischen Alternativen zu denken, Partei zu ergreifen und ggf. auch unter dem Druck von Sanktionen zu versuchen, Entscheidungen zu realisieren.
5. Fähigkeit und Bereitschaft, die eigenen Rechtsansprüche und Interessen zu reflektieren und auch in Solidarität mit anderen durchzusetzen sowie gesellschaftliche Bedürfnisse als eigene zu erkennen und ihnen ggf. Priorität vor der Befriedigung privater Interessen zu geben.
6. Fähigkeit und Bereitschaft, die gesellschaftliche Funktion von Konflikten zu analysieren und sich durch Wahl geeigneter Konzeptionen an der Austragung von Konflikten zu beteiligen.
7. Fähigkeit und Bereitschaft, sich und anderen durch Abbau von gesellschaftlichen Zwängen Möglichkeiten zur Spontanität, Kreativität, Mündigkeit und selbstbestimmtem Genuß zu schaffen und zu erweitern.
8. Fähigkeit und Bereitschaft, die Bewältigung persönlicher und gesellschaftlicher Probleme nicht nur von öffentlichen Institutionen zu erwarten, sondern Eigeninitiativen zu entwickeln und – unter ständiger Prüfung der Realisierbarkeit geeignete Wege zu ihrer Verwirklichung zu gehen.
9. Fähigkeit und Bereitschaft, als Mitglied in verschiedenen sozialen Gruppen mitzuarbeiten, gegenüber ihren Anforderungen und Zumutungen offen zu sein und Belastungen des Selbstverständnisses (Identitätskrise) auszuhalten sowie Möglichkeiten der Sensibilisierung und Ichstärkung auszunutzen wie auch anderen zuzugestehen und zu erleichtern.
10. Fähigkeit und Bereitschaft, Vorurteile gegenüber anderen Gesellschaften abzubauen, ihre Andersartigkeit zu respektieren und ggf. für die Interessen der Unterprivilegierten zu optieren sowie Strukturveränderungen in der eigenen Gesellschaft um einer gerechteren Friedensordnung willen zu akzeptieren.

II. Teilziele und Curriculumelemente

1. Soziologie

Didaktische Teilziele

1.1 Gesellschaftliches Handeln geschieht als Interaktion und Kommunikation.

1.2 Gesellschaftliches Handeln wird bestimmt durch Sozialisation.

1.3 Gesellschaftliches Handeln ist an Bezugsgruppen orientiert.

1.4 Gesellschaftliches Handeln vollzieht sich in Institutionen und Organisationen.

1.5 Gesellschaftliches Handeln ist abhängig von sozioökonomischen Strukturen und Wandlungsprozessen.

1.6 Gesellschaftliches Handeln ist bestimmt von Interessen und Wertvorstellungen.

1.1 Gesellschaftliches Handeln geschieht als Interaktion und Kommunikation.

1.1.1 Universität sozialer Interaktion und Kommunikation
Interaktion und Kommunikation als Medien gesellschaftlicher Reproduktion und individueller Identitätsbildung – Verdichtung von Interaktionen zu Verhaltensgleichförmigkeiten: Sitte, Brauch und Konvention als Stabilisatoren und Regulatoren der Gesellschaftssysteme und des Identitätsaufbaus – Vielfalt und Wandel gesellschaftlicher Verhaltensmuster.

1.1.2 Kanalisierung sozialer Interaktion und Kommunikation
Anpassung – Konformitätsdruck – Kontrollen und Sanktionen – Erwartungs- und Leistungsdruck – Einengung der Handlungsspielräume.

1.1.3 Rolle als an soziale Positionen geknüpftes Bündel von verbindlichen Verhaltenserwartungen
Rollennorm und Rollenbrauch – Medien der Durchsetzung von Rollennormen: Moral, Gesetz, Regel, Erwartung, Meinung – Sanktionen bei rollenabweichendem Verhalten.

1.1.4 Determinations- und Entlastungsfunktion der sozialen Rolle
Identitätsfindung oder Identitätsbeeinträchtigung durch Rollenzuweisung – Binnenstruktur sozialer Rollen, gemessen am Handlungsspielraum und an Expansionschancen: heteronome Rollen/autonome Rollen – Rollendistanz.

1.1.5 Rollenkonflikt
Interrollenkonflikt – Intrarollenkonflikt – Rollenbeschreibung als Grundlage für die Beschreibung sozialer Systeme und sozialer Konflikte – Rollenverstärkende und rollenverändernde Lösungsmöglichkeiten sozialer Konflikte.

1.1.6 Interaktion und Kommunikation als Zentralbegriffe soziologischer Theorie
Rolle im Rahmen einer soziologischen Integrationstheorie – Grenzen des Rollenbegriffs in bezug auf die Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Wandlungsprozesse und die Beschreibung kollektiver Emanzipation.

1.2 Gesellschaftliches Handeln wird bestimmt durch Sozialisation

1.2.1 Funktion der Sozialisation als Vermittlung und Kontrolle der in der Gesellschaft herrschenden Werte, Normen, Verhaltensmuster und Techniken – Uniformität/Pluralität und Stabilität/Instabilität der Sozialisationsziele.

1.2.2 Familie als Instanz der Soziabilisierung und Enkulturation
Soziabilisierung: Ur-Vertrauen als Voraussetzung für soziale Integration und soziale Distanz – Position – und Statuszuweisung aufgrund von Geschlecht, Alter und Stellung in der Geschwisterkette – Inzesttabu und Familienstruktur. Enkulturation: Vermittlung von soziokulturellen Gewohnheiten und Einstellungen – Entstehung des Über-Ich durch Internalisierung – Identitätsentwicklung – Sozialisationsschwierigkeiten durch Rollenunterschiede und -gegensätze zwischen Erwachsenen und Kindern (z. B. Arbeit/Spiel; Sexualität/Tabu; Autorität/Gehorsam).

1.2.3 Schule als öffentliche Sozialisationsinstanz

Strukturmerkmale schulischer Sozialisation: Schule als formelles und informelles System – Schule als Instanz zwischen intimer Privatheit der Familie und sachbezogenen Bereichen der Leistungsgesellschaft und der politischen Öffentlichkeit – Probleme schulischer Sozialisation: Schule im Konflikt widersprüchlicher Erwartungen ihrer Bezugsgruppen – Schule als hierarchisch gegliederte und verwaltete Organisation – Schulische Sozialisation und die Anforderungen des beruflichen und politischen Lebens – Unterschiedliche Gesellschaftsbilder im Lehrprogramm – Selektions- und Plazierungsfunktion der Schule.

1.2.4 Schichtspezifische Sozialisation

Schichtspezifische Variablen familialer Erziehung (Ausbildung, Einkommen, Verkehrskreis, Reise, Kinderzahl, Berufstätigkeit der Mitglieder, Wohnungsgröße und Ausstattung, Konsumniveau, Kulturpartizipation, Freizeitmuster) – Schichtspezifische Persönlichkeitsvariablen (Integration der Familie, Sprachmuster: restriktiver oder elaborierter Sprachgebrauch, Investitions- und Reproduktionsplanung, Erziehungsvorstellungen, Anspruchsniveau, Leistungsmotivation, Disziplinierungstechnik, Wertorientierung – Auswirkungen der familialen Sozialisation auf die Schullaufbahn und auf die Berufswahl.

1.2.5 Sozialisation in Abhängigkeit vom soziokulturellen System, speziell von der Organisation des Arbeitsprozesses

z. B.: Vermittlung von traditionsgeleiteten, nicht-arbeitsteiligen Verhaltensweisen in statischen Agrargesellschaften (Sozialisationsinstanz: die Großfamilie als totale Lebensgemeinschaft) – Vermittlung von innengeleiteten, arbeitsteiligen Verhaltensweisen im kapitalistischen, durch persönliche Werthaltungen und Fähigkeiten geprägten Bürgertum (Sozialisationsinstanz: Schule mit abgeschlossener Bildung und Ausbildung) – Vermittlung von außengeleiteten, hochspezialisierten und wandlungsfähigen Verhaltensweisen in komplexen, ständigem Wandel unterworfenen Industriegesellschaften (Sozialisationsinstanz: Schule als das ganze Leben begleitender Lernprozeß).

1.2.6 Sozialisation durch Massenkommunikation

Die massenmedialen Institutionen und ihre Produkte – Reichweite der Massenmedien – Kriterien der sozialen Zusammensetzung des massenmedialen Publikums: Geschlecht, Alter, Schulbildung, Berufsposition, Einkommen, Größe des Wohnorts – Dominierende Aktivitätsbereiche der Massenmedien: Information – Unterhaltung – Lebenshilfe – Funktion der Massenmedien: Einflußnahme auf Verhaltensweisen und Wertvorstellungen – Manipulation – Strukturwandel der Öffentlichkeit – Massenmedien im gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß.

1.2.7 Dialektik des Sozialisationsprozesses zwischen Anpassung und Abweichung.

Verhaltenstypen der Konformität und der Abweichung: Konformität – Innovation – Rückzug – Nonkonformismus – Kriminalität – Revolution.

1.3 **Gesellschaftliches Handeln ist an Bezugsgruppen orientiert**

1.3.1 Vielfalt sozialer Gruppen
z. B.: Gruppen als lokale, funktionale oder intermediäre Einheiten.

1.3.2 Bildungsprozeß und Binnenstruktur der sozialen Gruppe
Die soziale Gruppe als strukturierte Interaktion – Gruppenklassifizierungen nach Kriterien wie: Größe, gezwungen/freiwillig, horizontal/vertikal, spezialisiert/diffus, formell/informell, primär/sekundär, Innen-/Außengruppe – Entstehung von Gruppennormen und Vorurteilen – Gruppennorm in Individualsituationen und individuelle Normen in Gruppensituationen – Zweckrationalität, Spezialisierung und Organisation als Faktoren und formeller und sekundärer Gruppen – Emotionalität und umfassende Solidarität als Faktoren informeller und primärer Gruppen – Informelle Kleingruppen als Instanzen zwischen Individuen und sekundären Systemen – System der informellen Gruppenbeziehungen (Soziogramm) – Verhältnis von Innen- und Außengruppe – Gruppenspezifische Vorurteile und Feindbilder – Möglichkeiten des Abbaus gruppenspezifischer Aggression.

1.3.3 Gruppenzwecke
Befriedigung individueller Bedürfnisse – Erhaltung der Gruppe – Verfolgung eines kollektiven Ziels – Arbeitsteilige Kooperation – Gruppenwachstum – Ausbildung von Subkulturen.

1.4 **Gesellschaftliches Handeln vollzieht sich in Institutionen und Organisationen**

1.4.1 Organisation als funktionales System
Die formelle Organisation als Plan sämtlicher Positionen in ihren horizontalen wie vertikalen Beziehungen – Die funktionale Organisation als Plan der an die Organisationsziele geknüpften Aufgaben – Prinzipien der funktionalen Differenzierung: Arbeitsteilung und Kooperation, organisiert nach zweckrationaler Maßgabe der Organisationsziele.

1.4.2 Organisation als skalares System
Verquickung von institutioneller Funktion und Weisungsbefugnis bzw. -gebundenheit – Institutionelle Hierarchie – Funktionspyramide – Verhältnis von Stab und Linie – Management – Das skalare Verhältnis unterschiedlicher arbeitsrechtlicher Stellungen – Verselbständigung technokratisch-bürokratischer Sachzwänge – Bedeutung des technischen Fortschritts für die skalare Struktur – Bedeutung des Informationszuganges.

1.4.3 Organisation als statuszuweisendes System
Schichtungsdichotomie der Betriebe und Verwaltungen – Statushierarchien der unterschiedlichen Funktionsbereiche – Statuskriterien: Verfügungsgewalt, Weisungsbefugnis, Qualifikationsrang, an Berufspositionen gebundenes Prestige, Lohn- und Gehaltshöhe, Abkömmlichkeit und Dispositionsfreiheit – Interdependenz von Statushöhe und Identifikationsgrad mit der Institution oder Organisation.

1.4.4 Informelle Struktur der Organisation
Informelle Gruppen als Bedingungen für Integration, Stabilisation und Leistungssteigerung – als Kommunikationsmedium für den Informations-

weg von unten nach oben und von oben nach unten – als Institutionen der Befriedigung individueller Bedürfnisse nach Sicherheit und nach Entlastung von affektiven Frustrationen – als Widerstandsorganisation gegen als ungerecht empfundene Anordnung – als Medium der Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen.

1.4.5 Konflikte innerhalb der Organisation
Reibungen zwischen bürokratischen bzw. technokratischen Erfordernissen und Selbstbestimmungsinteressen – Verselbständigung und Konkurrenz von Subsystemen – Interrollenkonflikte an der Grenze der Abteilungen, zwischen den Autoritätsebenen, zwischen Stab und Linie – Intrarollenkonflikte (z. B. Mitbestimmungsvertreter und Vorgesetzter) – „Umgeleitete" Konflikte (z. B. mangelnde Effektivität) – Konfliktverschiebung.

1.4.6 Formen der Konfliktaustragung
Handlungsverzögerung, Handlungsverschleierung – Alternierende Erwartungstreue – Handlung nach Legitimitätsgesichtspunkten – Handlung nach Sanktionskalkül – Streik – Aussperrung – Rationalisierung des Konfliktes durch Entwicklung bestimmter Spielregeln des Verkehrs – Gesetzliche Möglichkeiten der Konfliktaustragung – Appellationsinstanzen – Institutionalisierte Konflikte.

1.5 Gesellschaftliches Handeln ist abhängig von sozioökonomischen Strukturen und Wandlungsprozessen

1.5.1 Interdependenzen zwischen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen
Wirtschaftliche Entwicklungen und die Konsequenzen im Sozialverhalten (z. B. Agrarwirtschaft – Großfamilie; moderne Industriegesellschaft – Kleinfamilie) – Pauperismus und gesellschaftliche Desintegration – Wohlstand und Veränderung im Freizeitverhalten – Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Freiheit der Berufswahl – Standortfrage der Industrie und der Grundsatz der Freizügigkeit – Konzentration der Verfügungsmacht über Produktionsmittel und die Dichotomie bzw. Schichtendifferenzierung in der Gesellschaft – „öffentliche Armut" und die Auswirkungen in der Gesellschaftspolitik – wirtschaftliche Abhängigkeit als Hindernis für Emanzipation und Solidarität.

1.5.2 Interdependenzen zwischen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen
Interdependenzen von politischen Entwicklungstendenzen (z. B. Liberalisierung, Demokratisierung, Egalisierung, Fanatisierung, Tyrannisierung) und gesellschaftlichen Verhaltensmustern (z. B. Toleranz, Abbau von Herrschaftsansprüchen, Überwindung von Klassengegensätzen, Frontenbildung, Pogrome, Aufstände, Traumatisierung, Korruption) – Interdependenz-Verhältnis von privatem und öffentlichem Patriarchalismus bzw. Infantilismus.

1.5.3 Soziale Schichtung als Beispiel für die Interdependenz zwischen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnissen

Ursachen sozialer Ungleichheit – Status und Schichtung – Statusaufbau der mittelalterlichen Ständegesellschaft – Wandlungsimpulse im Frühindustrialismus – Prognosen der Marxschen Klassenkampftheorie – Entwicklungstendenzen seit Marx – neue Mittelschicht – Aufstiegs- und Abstiegsprozesse – Statusdifferenzierungs- und Schichtungstendenzen in der BRD – Schichtspezifische Verhaltensdifferenzierungen in der BRD – Schichtspezifische Bildungschancen – Schichtungen in anderen hoch industrialisierten Gesellschaften – Schichtungen in anderen Wirtschaftssystemen.

1.5.4 Soziale Mobilität oder Immobilität in Abhängigkeit von den Gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnissen
Bevölkerungsentwicklung und Industrialisierungsprozeß – Nahrungsspielraum und Bevölkerungsregulierung – Familienplanung und Gesellschaftspolitik – Horizontale Mobilität (z. B. Landnahme-Kolonisation – die Land-, Stadt-, Ost-West- und Nord-Südwanderungen) – Vertikale Mobilität – Selbstrekrutierung der Eliten – Schichtungsprobleme in Entwicklungsländern.

1.6 Gesellschaftliches ist bestimmt von Interessen und Wertvorstellungen

1.6.1 Unterschiedliche Ansätze von Gesellschaftstheorien: Organismustheorie, strukturell-funktionalistische Theorie, kybernetische Theorie, Konflikttheorie, kritische Theorie, transzendentale Theorie, Theorie des historisch-dialektischen Materialismus.

1.6.2 Politische Umsetzung von Interessen und Wertvorstellungen
z. B.: liberale Gesellschaft – formierte Gesellschaft – technokratische Gesellschaft – aufgeklärte Gesellschaft – emanzipierte Gesellschaft – sozialistische Gesellschaft.

1.6.3 Beispiele unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle:
„Die schöne neue Welt" als totale Anstalt – Die durch die „große Weigerung" befreite Gesellschaft – Die klassenlose Gesellschaft – Gesellschaft im Wandel – Permanente Revolution.

2. Politologie

Didaktische Teilziele

2.1 Politisches Handeln vollzieht sich in einer konkreten Gesellschaft und erfolgt Interdependenz, Konvergenz und Divergenz zum gesellschaftlichen Wandel.

2.2 Politisches Handeln erfordert Legitimation sowie funktionierende und kooperierende Institutionen.

2.3 Politisches Handeln ist Machtausübung als die Kunst des Möglichen in konkreten historischen Situationen.

2.4 Kontrolle und institutionalisierte Konfliktaustragung können Machtmißbrauch im Sinne der Selbstbehauptung partikularer Interessengruppen verhindern.

2.5 Politisches Handeln orientiert sich an Zielvorstellungen, die innerhalb eines pluralen Kommunikationsgefüges gewonnen, verändert und manipuliert werden können, dadurch wird Ideologiekritik notwendig.

2.6 Politisches Handeln erfordert Strategie und Taktik sowie Kenntnis und Übung von Umsetzungsmethoden.

2.1 **Politisches Handeln vollzieht sich in einer konkreten Gesellschaft und erfolgt in Interdependenz, Konvergenz und Divergenz zum gesellschaftlichen Wandel.**

2.1.1 Prozeß der politischen Meinungsbildung:
Öffentlichkeitsarbeit der Parteien und der Regierung – Einfluß der Massenmedien – Einfluß der Interessenverbände – durch Sozialisationsprozeß hervorgerufene politische Einstellungen – schichtenspezifische Interessendivergenzen – politische Meinung und gesellschaftliche Sanktionen – kollektive politische Fixierungen (z. B. Patriotismus, Nationalismus, Rassenhaß) – Rationalismus und Irrationalismus politischen Verhaltens.

2.1.2 Prozeß der politischen Willensbildung:
Politische Gruppierungen – Organisationen – Parteien – Mitgliedschaft – Kandidatur – Fraktionsbildung – Wahl – Delegation – Repräsentation – außerparlamentarische Aktionen.

2.1.3 Wandlungsprozesse:
Entwicklung der Parteiendemokratie in der industrialisierten Massengesellschaft.
Zunehmende Gestaltungs- und Lenkungsaufgaben des Staates (Wohlfahrtsstaat).
Technokratie als neue Herrschaftsform.
Schichtenstruktur in der Gesellschaft und Egalitätsgrundsatz.
Massen- und Elitemobilität und politische Repräsentanz.
Pluralismus.
Gegenströmungen zu Pluralismus (Oligarchie der Verbände, Dogmatismus, radikale, totalitäre und faschistoide Tendenzen, Resignation und Apathie).
Einfluß von Urbanisierung und Prosperität auf das politische Bewußtsein (politisches Konsumverhalten).

2.2 **Politisches Handeln erfordert Legitimation sowie funktionierende und kooperierende Institutionen**

2.2.1 Herrschaftslegitimierungen in ihrer Interdependenz zum jeweiligen politischen System, z. B. in autoritären, totalitären, demokratischen Systemen.

2.2.2 Ideologische Legitimation von Revolutionen und Restaurationen.

2.2.3 Legitimierungsversuche usurpierter und etablierter Macht.

2.2.4 Der institutionelle Rahmen politischen Handelns im jeweiligen politischen System:
Verflechtung von Legislative und Exekutive – Verselbständigung des Apparats – Verwaltungshierarchie und das repräsentative System – Konkurrenz etablierter politischer Organisationen – institutionalisierte politische Handlungsorgane ohne Legitimation.

2.2.5 Politische Aktivgruppen auf allen Ebenen z. B. Kader – Räte – Basisgruppen.

2.3. **Politisches Handeln ist Machtausübung als die Kunst des Möglichen in einer konkreten historischen Situation**

2.3.1 Bedingungen möglicher Machtverhältnisse:
Historisch gegebener Verfassungsrahmen – Mehrheitsverhältnisse – Historisch bedingte Vorurteile – Revolutionäre Situationen – Gezielte politische Initiative einzelner oder Gruppen.

2.3.2 Grenzen der Macht- und Herrschaftsausübung:
Konkurrenz der Machtansprüche – Konflikt von politischen Prioritäten und wirtschaftlichen Gegebenheiten – Handlungsspielraum einer Regierung zwischen den Machtblöcken – Notwendigkeit zum Kompromiß zwischen programmatischen Vorstellungen und pragmatischen Handlungen – Fehlende Verständnisbereitschaft der Öffentlichkeit (desillusionierende Wirkung des Pragmatismus, Mehrheitsveränderung durch unpopuläre Maßnahmen) – Gewaltenteilung – Verantwortung auf Zeit.

2.3.3 Legale und illegale Mittel der Macht:
Gesetze, Verordnungen, Verfügungen – Ordnungs-, Schutz- und Strafmaßnahmen – Gerichte – Polizei – Militär – Wahlpropaganda – Popularitätsentscheidungen – Krisensicherung, Erzeugung von Krisenstimmung – Demagogie – Terror.

2.4 **Kontrolle und institutionalisierte Konfliktaustragung können Machtmißbrauch im Sinne der Selbstbehauptung partikularer Interessengruppen verhindern, aber auch begünstigen**

2.4.1 Voraussetzungen für Konfliktaustragung:
Notwendigkeit aufgeklärten Bewußtseins – in Konfliktanalyse, Konfliktaustragung und Kooperation geübte Verhaltens-Muster – Weitgehende Information – Durchsichtigkeit der politischen Entscheidungen und Verwaltungsakte – Institutionalisierung der Kontrolle auf allen Ebenen (Demokratisierung) – Konkurrierende Systeme – Institutionalisierung der Konfliktaustragung, Gesetzliche Kontrollorgane (Parlament, Gerichte, Rechnungshöfe, Beschwerdeinstanzen, Vermittlungsausschüsse) – Pluralismus der Organisationen – Tarifverhandlungen – Schlichtungsausschüsse – Massenmedien – Protestkundgebungen – Demonstrationen unterschiedlicher Gruppen.

2.4.2 Grenzen der Kontrolle und Konfliktaustragung:
Notwendigkeit der politischen Effektivität (Einschränkung um der Effektivität willen, diplomatische Verhandlungen, Vertragsabschlüsse, Planungsvariationen) – Entscheidungsfreiheit der delegierten Gremien – Erhaltung der Pluralität (Konflikt als Schrittmacher des Wandels) – Notwendigkeit der Rückkopplung an Mitverantwortung (politisches Strafrecht) – Persönlichkeits- und Menschenrechte.

2.4.3 Besondere Probleme internationaler Konflikte:
Zielkonflikte zwischen Innen- und Außenpolitik – Nationalismus und Souveränitätsstreben als Ursache internationaler Konflikte – Theorien und

Ausprägungen des Imperialismus – Theorien und Formen internationaler Integration (z. B. UNO – EWG – Comecon) – Nord-Süd-Konflikt und Entwicklungshilfe – Friedensforschung.

2.4.4 Überdeckung fortbestehender und neuer Probleme und Konflikte durch institutionalisierte Konfliktaustragung:

Einigung der Konfliktpartner auf Kosten Dritter (z. B. Großmachtpolitik auf Kosten von Drittländern; Domestizierung systemtranszendierender Bedürfnisse) – Konfliktregelung als oberflächliche Befriedigung struktureller Konflikte (z. B. Einigung der Tarifpartner unter Beibehaltung der gesellschaftlichen Dichotomie und ohne Einschränkung des Konsumzwanges).

2.5 **Politisches Handeln orientiert sich an Zielvorstellungen, die innerhalb eines pluralen Kommunikationsgefüges gewonnen, verändert und manipuliert werden können, dadurch wird Ideologiekritik notwendig**

2.5.1 Ermöglichung pluraler Zielvorstellungen und deren Verbreitung:
Die modernen Kommunikationsmedien mit ihren Möglichkeiten zur Information, Solidarisierung und Manipulation – Aufklärung, Emanzipation, Kooperationswille (Toleranz) und plurale Kommunikationserfahrung – Verwissenschaftlichung und Rationalisierung politischer und gesellschaftlicher Vorgänge, technologische Entwicklung – Allgemeine Mobilität und Möglichkeit zur weltweiten Kontaktaufnahme – Veränderungen in der Subkultur.

2.5.2 Einschränkung des Pluralismus der Zielvorstellungen:

Demokratische Vorstellungen und die autoritäre Subkultur (z. B. Familie, Schule, Betrieb, Kaserne, Kirche), – Störungen der Rationalität durch faschistoide Tendenzen – Auswirkungen dichotomischer Vorstellungen – Auswirkungen von Polarisierungen (2 Parteien, 2 Blöcke, 2 Wirtschaftssysteme, 2 Gesellschaftssysteme etc.) – Antidemokratische Auswirkungen jedes Dogmatismus und jeder vereinfachenden Heilslehre – Oligarchie von Ideologien und ihre praktischen Auswirkungen – Konzentration auf den Informationsmarkt – Demagogie.

2.5.3 Kritische Reflexion des Verhältnisses von Theorie und Praxis:
Unterrichtskritik – Ideologiekritik – Wissenschaftskritik.

2.6 **Politisches Handeln erfordert Strategie und Taktik sowie Kenntnis und Übung der Umsetzungsmethoden**

2.6.1 Propagierung von Meinungen
Nutzung von Publikationsmitteln – Flüsterpropaganda – Agitation – Veränderung von Gruppennormen durch gezielte Diskussionen – schrittweise Vermittlung alternativer Gedanken.

2.6.2 Diskussionsstrategie
Vorbereitung einer Diskussion – protagonistische Rollenspiele – dialektische Auswertung von Argumenten.

2.6.3 Spielregeln der Konfliktaustragung
Bedingungsprüfung – Kalkulation der divergierenden Rollen – Zielprojektion und Rückzugsübung – Kompromißangebote – Alternativvorschläge.

2.6.4 Ausübung von Kontrolle
Informationsanalysen – Rechtswegnutzung – gezielte Öffentlichkeitsarbeit – Druckausübung bei nicht gewährter Öffentlichkeit – Mitbestimmung in unterschiedlichen Gremien – Delegation von Kontrollfunktionen.

2.6.5 Nutzung der Koalitionsmöglichkeiten
Bildung von Interessengruppen (z. B. Bürgerinitiative) – Gründung von Vereinen oder Verbänden – Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden – Flügelbildung innerhalb einer Großorganisation – Versammlung – Kooperation mit anderen Vereinigungen – Kaderbildungen.

2.6.6 Kampfmaßnahmen
Demonstration Boykott – Streik – Dienst nach Vorschrift – Mittelentziehung – Unterwanderung der gegnerischen Interessengruppen – Lobbies – Organisation von Widerstand.

3. Politische Ökonomie

Didaktische Teilziele

3.1 Wirtschaftliches Handeln ist zweckrationales Handeln.

3.2 Wirtschaftliches Handeln ist notwendig eine Form gesellschaftlichen Handelns.

3.3 Wirtschaftliches Handeln vollzieht sich in Interdependenzen zu gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Zusammenhängen.

3.4 In der Wirtschaft bestehen und entstehen Machtverhältnisse.

3.1 **Wirtschaftliches Handeln ist zweckrationales Handeln**

3.1.1 Rationalität und menschliche Entscheidungen – Rationalität im Bereich der Wirtschaft – Wirtschaftlichkeit als Minimierungs- und Maximierungsproblem – Rationalität als rationelle Verwendung von Mitteln bei vorgegebenen Zwecken – Rationalität als öffentliche Diskussion über die Zwecke selbst.

3.1.2 Zweckrationale Entscheidung im Haushalt:
Fülle der Bedürfnisse – Beschränktheit der Mittel – Rangordnung des Bedarfs – Nutzenmaximierung – Zweck (Ziel) des Einzelhaushalts in Spannung zum Allgemeinwohl (z. B. Umweltgefährdung).

3.1.3 Zweckrationale Entscheidung in der Unternehmung in einer Marktwirtschaft:
Produktionsziel, Rechtsform, Finanzierung – Arbeitsteilung – Kapital und Arbeit in technologischer Sicht – Expansionszwang und Bedürfniszweck – Gewinnmaximierung – Kosten und Erlöse – Ermittlung und Auswertung des Produktionsergebnisses – Unternehmungsziel im Konflikt mit Bedürfnissen anderer (z. B. Angestellte, Arbeiter, Verbraucher, Kommune, Allgemeinheit).

3.1.4 Zweckrationale Entscheidungen auf Regierungs-, Parlaments- und vorparlamentarischer Ebene:
Allgemeinwohl – Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand – Zielkonflikte (magisches Vieleck – Verhalten der Verbände: Einzelinteresse/Gruppeninteresse/Allgemeinwohl.)

3.1.5 Einschränkungen zweckrationaler Entscheidungen im Wirtschaftsalltag in Haushalt, Unternehmung und staatlicher Wirtschaftspolitik:
Rationalität und Irrationalität: Konsumverhalten – Informationslücken – Mode – Werbung – Firmenprestige – patriarchalischer Führungsstil – Subventionen – Preisfixierungen – Kontingentierungen.

3.1.6 Diskrepanz zwischen der Rationalität des marktwirtschaftlichen Modells und den partikularen Interessen der Wirtschaftssubjekte:
Monopol – Kartell – Konzentration – Subvention.

3.2 **Wirtschaftliches Handeln ist notwendig gesellschaftliches Handeln**

3.2.1 Arbeitsteilung und Kooperation als Ausdruck für den Entwicklungsgrad einer Volkswirtschaft:
Organisierter Leistungsaustausch – Abhängigkeit der Wirtschaftssubjekte und Wirtschaftseinheiten.

3.2.2 Mikroökonomische Betrachtung:
Funktionale/skalare Ordnung des Betriebes/der Unternehmung – informelle Strukturen – Konflikte – technologische Entwicklung und Arbeitsstruktur.

3.2.3 Mikroökonomische Betrachtung einer Marktwirtschaft:
Wirtschaftskreislauf (Haushalt, Unternehmung, Staat, Ausland) – Geld als Tauschmittler – Markt als Ort des Tausches – Konjunkturzyklen – internationale Wirtschafts- und Währungsbeziehungen.

3.2.4 Politisch-ökonomische Betrachtung:
Sozialinvestitionen (Infrastruktur) und Interesse – Position in der Wirtschaftsgesellschaft und Lebensqualität – Privater Wohlstand – öffentliche Armut – Interessenkonflikt und Konfliktregelung – Sachzwang und Systemzwang.

3.3 Wirtschaftliches Handeln vollzieht sich in gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Zusammenhängen

3.3.1 Notwendigkeit von Ordnungsvorstellungen zur Bestimmung des Produktionszieles – zur Anordnung der Produktionsfaktoren – zur Verteilung des Produktionsergebnisses. Die verschiedenen Wirtschaftsordnungen als koordinierende, rechtlich-organisatorische Rahmen (freie Marktwirtschaft, Zentralverwaltungswirtschaft, soziale Marktwirtschaft, Reformsozialismus).

3.3.2 Wirtschaft in Wechselwirkung zu gesellschaftlichen Wechselwirkungen: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus – Dialektik zwischen Produktionskräften und Produktionsverhältnissen und Ideologie bzw. zwischen Basis und Überbau.

3.3.3 Wirtschaft in ihrer Abhängigkeit von politischen Entscheidungen:
Finanzpolitik als staatliches Steuerungsinstrument – Wirtschafts- und Währungspolitik als gezielte Einwirkung auf die Wirtschaftsbedingungen und das Wirtschaftsgeschehen – Zielkonflikte.

3.3.4 Das Problem der Veränderbarkeit von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik.

3.4 In der Wirtschaft bestehen und entstehen Machtverhältnisse

3.4.1 Verfügung über Produktionsmittel:
Unternehmensstruktur als Machtstruktur – der strukturelle Konflikt zwischen Betriebsinteresse und persönlichem Spielraum – Entfremdung oder Selbstverwirklichung im Arbeitsprozeß – Mitbestimmung.

3.4.2 Zusammenhang von Marktform und Marktmacht:
Monopol, Oligopol, Polypol – Kartelle.

3.4.3 Unterschiedliche Vermögens- und Eigentumsverteilung:
Konzentration von Produktivvermögen (Horizontale – vertikale und diagonale Konzentration).

3.4.4 Wirtschaftliche Macht als politische Macht:
Gefahr der Beherrschung der öffentlichen Meinung durch Medienkonzentration – Einfluß der Lobbies auf die Gesetzgebung – Bestimmung der Austauschbedingungen im Welthandel durch die Industrieländer.

3.4.5 Wirtschaftsmacht des Staates:
Rangordnung kollektiver und individueller Bedürfnisse – Definition der Gesamt- und Einzelbelastung (Steuern, Zölle, Abgaben) – Monopolstellung öffentlicher Unternehmungen – Steuerung des Wirtschaftsgeschehens durch die staatliche Haushaltspolitik – Umverteilung des Sozialprodukts – Einengung des Eigentumrechts zugunsten des Gemeinwohls – Regulierung des Marktes und der ökonomischen Macht (Wettbewerbsordnung, Verbraucherschutz).

3.4.6 An die Zentralnotenbanken und internationale Institutionen (z. B. IWF) übertragene Herrschaft.

III. Umsetzungsmöglichkeiten

1. **Begründungszusammenhang** von Problemfeldern, Unterrichtsthemen und Zuordnungsskizzen zu den Kernzielen, Qualifikationen und Curriculumelementen

Wissenschaftlich abgesicherte Curricula und Qualifikationsbeschreibungen sind in Kürze nicht zu erwarten. Es gilt also, **ein curriculum-bewußtes, ideologiekritisches pragmatisches** Angebot zu machen und alle Beteiligten zur Evaluation von Curricula aufzufordern, d. h. zur Identifizierung ihrer Schwächen, zur Strukturierung ihrer Lernschritte, zur Verifizierung oder Falsifizierung der hier benannten curricularen Hypothesen und Theorien und zur Ermittlung wissenschaftlicher Kriterien für ihre Beibehaltung, Abschaffung und Ergänzung beizutragen.

Die Fachkommission ließ sich leiten von den allgemeinen Einsichten heutiger Curriculumforschung. Die **Situationen**, in denen der Lernende handelt oder handeln wird, bedingen die **Qualifikationen** und damit Lernziele, die er erlangen sollte, um dabei seine Verhaltensweise gleichzeitig selbstbewußt und solidarisch steuern zu können*). Die **Lerninhalte** werden insofern relevant, als sie das Erreichen der Lernziele ermöglichen.

Die Lerninhalte können aber nicht nur in diesem didaktischen Zusammenhang gesehen werden, auch ihre fachwissenschaftliche Relevanz muß gesichert sein. Da die Kommission sich außer Stande sieht, ihren Theorienansatz einheitlich und dazu noch für alle Teilstücke darzulegen, sei hier nur soviel gesagt: Die Fachgruppenmitglieder waren der Meinung, daß weder der strukturell-funktionale noch der dialektisch-kritische Theorieansatz (falls diese Gegenüberstellung überhaupt haltbar ist) eine einzig und allein gültige Erklärung für gesellschaftliche, politische und ökonomische Prozesse, Systeme, Strukturen und Konflikte ermöglicht. Daß die Fachkommission dennoch wagte, Problemfelder und Zuordnungsskizzen zu benennen, ist begründet in dem didaktischen Engagement. Alle denkbaren Situationen sind gar nicht auszumachen oder zu benennen. Für die Schülerpopulation, für die dieses sozialwissenschaftliche Curriculum gedacht ist, ist allerdings anzunehmen, daß sie ihr Leben verwirklicht in dem gesellschaftlich-politisch-ökonomischen System der BRD. Von daher ist es verständlich, daß Probleme dieses sich wandelnden Systems in den Vordergrund rücken.

Als Situationen der mittleren Ebene müssen die Lebensbereiche des Schülers erfaßt werden: z. B. Familie, Schule (Sozialisationsbereiche), Eigentum, Herrschaft (politisch-ökonomische Bereiche).

Die Realsituationen sind noch variabler: Generationskonflikt (soz.), Beschaffung eines Studienplatzes (politisch), Nominierung eines bestimmten Kandidaten (politisch).

Damit der sozialwissenschaftliche Unterricht auch die Handlungsebene erreichen kann, ist der Berücksichtigung der Motivationslage besonders wichtig. Die Fachkommission ging bei der Auswahl der Problemfelder deshalb davon aus,

*) Daß hierin bereits eine ideologiekritisch zu überprüfende Wertsetzung liegt, ist der Kommission bewußt.

daß dabei der Betroffenheitsgrad der Schüler, die Aktualität, die Konflikthaftigkeit, das strukturelle Problem besonders deutlich werden könnten.
Die Reizfragen müssen je nach den anthropogenen, soziokulturellen Voraussetzungen der Schülerpopulation variiert werden.

2. Problemfelder und Unterrichtsthemen

1. Über familiale, schulische und berufliche Sozialisation und Konfliktaustragung.
   Jugend zwischen Anpassung und Abweichung?
2. Über die soziale Schichtung in der BRD und über schichtspezifische Verhaltensweisen.
   „Spiel' nicht mit den Schmuddelkindern . . . !"
3. Über gesellschaftliche Wandlungsprozesse.
   Wie mobil sind moderne Industriegesellschaften?
4. Über die Möglichkeit, durch die Analyse von Gruppenprozessen zu politischer und sozialer Sensibilisierung zu kommen.
   Führen Gruppenerlebnisse zur Anpassung oder zur Emanzipation?
5. Über Selbstverwirklichung und Entfremdung des einzelnen in Beruf, Freizeit, Wohnweise, Liebe und Freundschaft.
   „Wie will ich eigentlich leben? – Lebe ich wirklich so, wie ich eigentlich will?"
6. Über Funktion und Wirkung der gesellschaftlichen Kommunikation.
   Kritische Öffentlichkeit oder manipuliertes Konsumpublikum?
7. Über politische Psychologie (Apathie, Agression, Vorurteile, Isolation etc.); speziell über die Interdependenz autoritärer Institutionen und autoritärer Verhaltensweisen.
   Gibt es einen faschistoiden Charaktertyp?
8. Über das Problem der politischen Willens- und Meinungsbildung und der Delegation von Herrschaft.
   Wieviel politischen Einfluß hat der Wähler?
9. Über Handlungsstrategien zur Durchsetzung gesellschaftlicher Alternativen und über ihre politischen Chancen (Streik, Boykott, gewaltfreier Widerstand, Kaderbildung, Demonstration, kollektive Mitgliedschaft in etablierten Organisationen etc.).
   „Die da oben machen ja doch mit uns, was sie wollen".
10. Über die Möglichkeit, durch Analyse der Marktsituation zu einer größeren Eigenbestimmtheit des Konsums zu gelangen.
    Gibt es in der BRD Konsumentenfreiheit?
11. Über die bestehenden Ordnungsvorstellungen vom Markt als Ort des Leistungsaustausches und über die Interessengegensätze.
    Funktioniert die soziale Marktwirtschaft?
12. Über die Einkommens- und Vermögensbildung und die Vermögensverteilung im marktwirtschaftlichen System und die Chancen der Veränderung durch Umverteilung.
    Ist das 624,—DM-Gesetz ein Beitrag zur gerechten Vermögensverteilung?

13. Über die Problematik der Prioritätensetzung hinsichtlich der Rangordnung der Kollektivbedürfnisse und der Individualbedürfnisse.
Sind wir so reich, wie wir glauben?

14. Über Vor- und Nachteile bestehender Systeme und ihren Beitrag für die zukünftige Entwicklung der Menschheit.
Ist das System der BRD oder das der DDR besser geeignet, die Bedürfnisse der Gesellschaft und des einzelnen zu befriedigen?

15. Über Fremdbestimmung, Mitbestimmung und Selbstbestimmung im politischen und sozioökonomischen System der BRD.
Leben wir in einer repressiven Gesellschaft?

16. Über das Problem, durch Wissenschaft kollektives Bewußtsein zu analysieren und zu ändern.
Führt „Politischer Unterricht" zur Emanzipation?

17. Über die derzeitigen Konflikte in der Welt auf Grund der unterschiedlichen Produktivität der verschieden entwickelten Staaten.
Hilft unsere „Entwicklungshilfe" den betroffenen Ländern?

18. Über die Machbarkeit des Friedens.
Sichert bewaffnete Macht den Frieden?

19. Über die Konvergenz und Divergenz hochindustrialisierter kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaften.
Entwickeln sich die USA und die UdSSR aufeinander zu?

20. Über Ideologien und Utopien, Modelle, Hypothesen und Theorien bzw. über die methodologischen Probleme der Gesellschaftswissenschaften.
„Kann und soll die Soziologie die Verbesserung der Gesellschaft und der Menschen fördern?"

3. Zuordnungsskizzen

Vorwort:
Um ein bestimmtes Thema in den Rahmen der Empfehlungen einzuordnen, kommt es darauf an, den Unterricht unter Steuerung bestimmter, aus dem Qualifikationskatalog auszuwählender Qualifikationen und durch Zuordnung entsprechender Lernsequenzen mit Hilfe des ständig zu ergänzenden Katalogs der Curriculumelemente zu planen.

Die folgenden Zuordnungsskizzen zeigen, wie das vorliegende Curriculum durch Bereitstellung der Lernziele auf der obersten Abstraktionsstufe und der fachspezifischen Curriculumelemente auf der unteren Konkretionsstufe dazu einen Beitrag leisten kann. Sie zeigen aber auch, daß die Ausdifferenzierung der Lernziele auf einer mittleren, themarelevanten Abstraktionsstufe – wie für die folgenden Themen beispielartig durchgeführt – für jedes andere Thema neu vom Lehrer zu leisten ist. Diese Lernziele 1. und 2. Ordnung bzw. die didaktischen Teilziele lassen sich teils durch themabezogene Deduktionen aus den allgemeinen Qualifikationen, teils durch Filterung aus den Curriculumelementen und den durch sie abgedeckten wissenschaftlichen Stoffen gewinnen.

Zuordnungsskizze I

Probefeld 6: Über Funktion und Wirkung gesellschaftlicher Kommunikation

Motivationsfrage: Kritische Öffentlichkeit oder manipuliertes Konsumpublikum?

Auswahl der Qualifikationen und Lernziele und Zuordnung der Curriculumelemente machen deutlich, daß der Entwurf unter zwei Aspekten das Problemfeld „Gesellschaftliche Kommunikation" angeht: Im 1. Teil sollen – vom Individuum aus gesehen – die Persönlichkeitsvariablen, im 2. Teil – vom System aus gesehen – die Systemvabrialen untersucht werden, die für die Beantwortung der Ausgangsfrage: „Kritische Öffentlichkeit gder manipuliertes Konsumpublikum?" von Bedeutung sind.

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung bzw. didakt. Teilziele	Curriculumelemente
Einsicht in die Individualität und Sozialität menschl. Verhaltens (a 7)	Einsicht in die Persönlichkeitsstruktur des mündigen Bürgers	1.1 Sozialisation als Voraussetzung gesellschaftl. Handelns	1.2.1 Funktion der Sozialisation
	Einsicht in die sozial bedingten Ungleichheiten bezüglich der Teilnahme am Kommunikationsprozeß	Sozialisierung und Enkulturation	1.2.2 Sozialisation durch Familie 1.2.3 und Schule
	Erkennen der durch soziale Standortgebundenheit bedingte selektive Aufnahme von Informationen	Restriktive und elaborierte Sprache	1.2.4 Schichtspezifische Sozialisation
		Gesellschaftl. Kommunikation als interdependenter Rückkoppelungsprozeß	1.1.6 Das Verhältnis von sozialem Zwang und sozialer Autonomie in soz. Interaktionen

Die Angabe der Qualifikationen (a 7) und der Curriculumelemente (1.1.) bezieht sich in der Numerierung auf die entsprechenden Angaben auf S. 10 f bzw. S. 13 f.

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung bzw. didakt. Teilziele	Curriculumelemente
Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftl. Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern sie auf ihre Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrundeliegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu überprüfen (b 1)	Fähigkeit, Informationen und Meinungen in den Kommunikationsmedien auf stillschweigende Voraussetzungen (Interessen, Absichten, Ideologien) zu hinterfragen	Sachl. Information und Transparenz der öffentl. Meinungs- und Willensbildungsprozesse als Beitrag zur Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit	1.2.6 Sozialisation durch Massenkommunikationsmittel 2.1.1 Prozeß der polit. Meinungs- und Willensbildung
	Fähigkeit, sich zur umfassenden Unterrichtung vielfältige Informationsmöglichkeiten zu erschließen	Manipulation als Deformierung kritischer Öffentlichkeit zu unmündigem Konsumpublikum	2.6.1 Pol. Propaganda und Agitation 3.5.1 Einschränkungen rationalen Verhaltens im Wirtschaftsalltag
	Fähigkeit, die eigenen Kommunikations- und Einflußmöglichkeiten zu erkennen und zu erweitern		
		Unterhaltung als entspannende Psychohygiene bzw. entmündigende Ersatzhandlung und Realitätsflucht	1.2.6 Sozialisation durch Massenkommunikationsmittel

Zuordnungsskizze II

Problemfeld 8: Über das Problem der politischen Willens- und Meinungsbildung und der Delegation von Herrschaft

Unterrichtsthema: Wieviel politischen Einfluß hat der Wähler?

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung	Curriculumelemente
(b 2) Fähigkeit und Bereitschaft, die Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche Vorgänge und Herrschaftsverhältnisse zu erkennen, wahrzunehmen und zu erweitern.	Erkennen, daß sich politisches Handeln in einer konkreten Gesellschaft vollzieht, als eine Form des gesellschaftlichen Handelns beeinflußt ist durch vielfältige Sozialisationsprozesse und abhängig ist vom gesellschaftlichen Wandel. (2.1; 1.2)	Fähigkeit, die Prozesse der politischen Meinungsbildung zu analysieren. Den Einfluß der Sozialisationsprozesse und damit die soziale Bedingtheit politischer Einstellungen beschreiben können. (1.2.1) Erkenntnis, daß weitgehende Meinungsfreiheit Voraussetzung für Demokratie ist. Einsicht in die Gefährdung der Meinungsfreiheit durch einseitige Einflüsse der Massenmedien (Gefahr der Manipulation). Fähigkeit, durch ideologiekritische Analyse und Beschaffung anderer Informationen die einseitigen Einflüsse zu neutralisieren.	2.1.1 Prozeß der politischen Meinungsbildung: Öffentlichkeitsarbeit der Parteien und der Regierung – Einfluß der Massenmedien – Einfluß der Interessenverbände – durch Sozialisationsprozeß hervorgerufene politische Einstellungen – schichtspezifische Interessendivergenzen – politische Meinung und gesellschaftliche Sanktionen – kollektive politische Fixierungen (z. B. Patriotismus, Nationalismus, Rassenhaß) – Rationalismen und Irrationalismen politischen Verhaltens.

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung	Curriculumelemente
		Fähigkeit, den Prozeß der politischen Willensbildung zu analysieren.	2.1.2 Prozeß der politischen Willensbildung: politische Gruppierungen – Organisationen – Parteien – Mitgliedschaft – Kandidatur – Fraktionsbildung – Wahl – Delegation – Repräsentation - außenparlamentarische Aktionen.
		Die Abhängigkeit der politischen Willensbildung von den langfristigen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen beschreiben können.	2.1.3 Wandlungsprozesse: Entwicklung der Parteien – demokratie in der industrialisierten Massengesellschaft – Zunehmende Gesaltungs- und Lenkungsaufgaben des Staates (Wohlfahrtsstaat) – Technokratie als neue Herrschaftsform – Schichtenstruktur in der Gesellschaft und der Egalitätsgrundsatz – Massen- und Elitenmobilität und politische Repräsentanz – Pluralismus – Gegenströmungen zu Pluralismus (Oligarchie der Verbände, Dogmatismus, radikale, totalitäre, faschistoide Tendenzen, Re-
		Erkennen, daß die Einfußmöglichkeiten der Wähler und sogar der Parteimitglieder begrenzt sind.	
		Einsicht in die Notwendigkeit der innerparteilichen und allgemein innerorganisatorischen Demokratisierung.	

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung	Curriculumelemente
			signation und Apathie) – Einfluß von Urbanisierung und Prosperität auf das politische Bewußtsein (politisches Konsumverhalten).
	Erkennen, daß durch Kontrolle und institutionalisierte Konfliktaustragung die Gefahren des Machtmißbrauchs verringert und die Chancen der eigenen Einflußnahme vergrößert werden können. (2.4)	Fähigkeit, gesellschaftliche Vorgänge und Herrschaftsverhältnisse zu beschreiben und sich die dazu erforderlichen Informationen zu beschaffen.	2.4.1 Voraussetzungen: Aufgeklärtes Bewußtsein, politische Verhaltensmuster, Pluralismus der Organisationen.
		Kenntnis der gesetzlichen Kontrollorgane und Einblick in ihre Funktionsweise.	2.6.4 Ausübung von Kontrolle: Informationsanalysen – Rechtswegnutzung – gezielte Öffentlichkeitsarbeit – Druckausübung bei nicht gewährter Öffentlichkeit – Mitbestimmung in unterschiedlichen Gremien – Delegation von Kontrollfunktionen.
		Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte zu analysieren und ggf. ihre institutionalisierte Konfliktaustragung zu beschreiben.	(Vgl. 1.1.8; 1.4.5; 1.4.6).

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung	Curriculumelemente
		Fähigkeit, durch Kooperations- und Kompromißbereitschaft zur Regelung von Konflikten beizutragen.	
		Fähigkeit und Bereitschaft, Kontrolle mit Hilfe der Massenmedien, durch Protestkundgebungen und Demonstrationen auszuüben.	
		Einsicht in die Notwendigkeit, die öffentliche Kontrolle in bestimmten Fällen und Bereichen einzuschränken oder auszuschließen.	2.4.2 Grenzen: Entscheidungsfreiheit der delegierten Gremien, politische Effektivität, politisches Strafrecht.
		Beispiele nennen können dafür, daß institutionalisierte Konfliktaustragung die Gefahren des Machtmißbrauchs auch begünstigen kann.	2.4.4 Überdeckung fortbestehender und neuer Probleme und Konflikte durch institutionalisierte Konfliktaustragung – Einigung der Konfliktpartner auf Kosten Dritter (z. B. Großmachtpolitik auf Kosten von Drittländern) – Konfliktaustragung als oberflächliche Befriedung struk-

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung	Curriculumelemente
			tureller Konflikte (z. B. Einigung der Tarifpartner unter Beibehaltung der Dichotomie ohne Einschränkung des Konsumzwangs und des Leistungsdrucks) – Domestizierung system-transzendierender Bedürfnisse.
(b 4) Fähigkeit und Bereitschaft, in politischen Alternativen zu denken, Partei zu ergreifen und ggf. auch unter dem Druck von Sanktionen zu versuchen, Entscheidungen zu realisieren.	Fähigkeit, die eigene politische Meinung (ggf. als Alternative zur herrschenden Meinung) zu formulieren und sie durch Anwendung geeigneter Strategien und Taktiken politisch wirksam werden zu lassen. (2.6)	Fähigkeit, die eigene Meinung durch Diskussion und Nutzung von Publikationsmitteln zu propagieren.	2.6.1 Propagierung von Meinungen. 2.6.2 Diskussionsstrategie.
		Bereitschaft, der eigenen politischen Meinung durch Bildung von Interessengruppen (z. B. Bürgerinitiativen, Wählergemeinschaften) Wirksamkeit zu verschaffen und die gegebenen Chancen der innerparteilichen und innerorganisatorischen Beteiligung voll auszuschöpfen.	2.6.5 Nutzung der Koalitionsmöglichkeiten: Bildung von Interessengruppen – Gründung von Vereinen und Verbänden – Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden – Flügelbildung innerhalb einer Großorganisation – Versammlung – Kooperation mit anderen Vereinigungen – Kaderbildungen.

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung	Curriculumelemente
		Bereitschaft, die eigene Meinung auch unter dem Druck von Sanktionen zu vertreten, und Fähigkeit, sich gegen diese u. a. durch Organisation von Solidarmaßnahmen zur Wehr zu setzen.	
		Fähigkeit und Bereitschaft, die eigene politische Meinung notfalls mit Kampfmaßnahmen zu verwirklichen.	2.6.6 Kampfmaßnahmen: Demonstration – Boykott – Streik – Dienst nach Vorschrift – Mittelentziehung – Unterwanderung gegnerischer Interessengruppen – Lobbies – Organisation von Widerstand.

Zuordnungsskizze III

Problemfeld (10):

Über die Möglichkeit, durch Analyse der Marktsituation und der Konsummotive zu einer größeren Eigenbestimmtheit des Konsums zu gelangen.

Motivationsfrage: Gibt es in der BRD Konsumfreiheit?

Qualifikationen	Lernziele 1. und 2. Ordnung bzw. didaktische Teilziele	Curriculumelemente
Qualifikation 1: Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern sie auf ihre Zwecke und Notwendigkeit hin zu befragen und die ihnen zugrundeliegenden Interessen, Normen und Wertstellungen kritisch zu überprüfen.	3.1 Wirtschaftliches Handeln ist zweckrationales Handeln	3.11 und 3.12 Ökonomisches Prinzip, zweckrationale Entscheidungen, Nutzenmaximierung, Kosten und Erlöse
	3.15 Wirtschaftliches Handeln ist auch Handeln aus irrationalen Motiven	3.15 Einschränkung rationaler Entscheidungen im Wirtschaftsalltag: Irrationalität, Konsumverhalten, Informationslücken, Mode, Werbung, demonstrativer Konsum
	3.2 Wirtschaftliches Handeln ist notwendig gesellschaftliches Handeln	3.23 Makroökonomische Betrachtung: Markt als Ort des Tausches, Geld als Tauschmittler 3.24 Polit.-ökonomische Betrachtung: Position in der Wirtschaftsgesellschaft und Lebensqualität, Sachzwang und Systemzwang
	3.4 In der Wirtschaft bestehen und entstehen Machtverhältnisse	3.42 Marktform und Marktmacht, Monopol, Kartell, Konzentration. 3.44 Wirtschaftliche Macht als politische Macht. 3.45 Regulierung des Marktes und der ökonomischen Macht, Wettbewerbsordnung und Verbraucherschutz

Qualifikationen	Lernziele 1. und 2. Ordnung bzw. didaktische Teilziele	Curriculumelemente
Qualifikation 6: Fähigkeit, die gesellschaftliche Funktion von Konflikten zu erkennen, und die Bereitschaft, sich durch die Wahl geeigneter Konzeptionen an der Austragung von Konflikten zu beteiligen.	3.3 Wirtschaftliches Handeln vollzieht sich in politischen Ordnungen	3.14 Zweckrationale Entscheidungen auf Regierungs-, Parlaments- und vorparlamentarischer Ebene. 3.31 Notwendigkeit von Ordnungsvorstellungen. 3.33 Wirtschaft in ihrer Abhängigkeit von politischen Entscheidungen. 3.34 Das Problem der Veränderbarkeit von Wirtschaftsordnung
	2.3 Politisches Handeln ist . . . Kunst des Möglichen	2.32 Konkurrenz der Machtansprüche, Konflikt von politischen Prioritäten und wirtschaftlichen Gegebenheiten, Handlungsspielraum einer Regierung. 2.33 Legale Mittel der Macht: Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Ordnungs-, Schutz- und Strafmaßnahmen
	2.6 Politisches Handeln erfordert Strategie und Taktik	2.61 Propagierung von Meinungen. 2.64 Ausübung von Kontrolle. 2.65 Nutzung der Koalitionsmöglichkeit. 2.66 Demonstration
	1.2 Ges. Handeln möglich durch Sozialisation	1.24 Konsumniveau, Kulturkonsum, Freizeitmuster, Anspruchsniveau. 1.27 Verhaltenstypen der Konformität und der Abweichung
	1.5 Ges. Handeln abhängig von sozioök. und pol. Verhältnissen	1.51 Wirtschaftliches Wachstum und die moderne Freizeit- und Verbrauchergesellschaft 1.53 Statusdifferenzierungstendenzen

7. Zuordnungsskizze IV

Problemfeld 4: Über die Möglichkeit, durch die Analyse von Gruppenprozessen zu politischer und sozialer Sensibilisierung zu kommen

Motivationsfrage: Führen Gruppenerlebnisse zur Anpassung oder zur Emanzipation?

Vorwort

Mit dem Unterricht über Gruppeneinflüsse auf das Individuum wird in erster Linie eine Erhöhung der emotionalen Sensibilität angestrebt (Qualifikation b9), in zweiter Linie eine Erweiterung der pragmatischen Fähigkeit zur Selbstverwirklichung in sozialen Gruppen (Teilziel 2.6). Auf der kognitiven Ebene sind damit Erkenntnisse über die Unterschiede von Individual- und Gruppenverhalten (Qualifikation a7) verbunden.

Da die Curriculumelemente in 2.6.1 bis 2.6.6 primär auf das politische Handeln in großen Organisationen abgestellt sind, wurden sie nicht vollständig übernommen, sondern nur insoweit, als sie auch für face-to-face-Gruppen relevant sind.

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung mit Curriculumelementen
Einsicht in die Induvidualität und Sozialität menschlichen Verhaltens (Qual. a7; vgl. a5–6)	Die Vielfalt sozialer Gruppen (1.31)nennen und unterscheiden können.	Verschiedene Gruppen in lokalen und funktionalen Lebensbereichen aufzählen können (1.31)
	Bildungsprozeß und Binnenstruktur der sozialen Gruppen (1.32) beschreiben können	Freiwillige und erzwungene, spezialisierte und universelle, formelle und informelle, primäre und sekundäre Gruppen unterscheiden hinsichtlich ihrer Struktur (Bildungsprozeß, Interaktionsmuster, Größe etc.) und ihrer Funktion (Emotionalität und Solidarität versus Zweckrationalität, Aufgabenspezialisierung, Organisation etc.). Gruppenspezifische Vorurteile und

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung mit Curriculumelementen
	Gruppenzwecke und die erforderlichen Rollensysteme (1.33) ermitteln können	Gruppenzwecke wie emotionale Befriedigung der Mitglieder, Selbsterhaltung der Gruppe, Aufgabenerfüllung, Selbststeuerung, Wachstum etc. unterscheiden und die Rollen des Initiators, Kontrolleurs, Leiters, Aufgabenverteilers, Sündenbocks, Spaßmachers etc. hinsichtlich ihrer (Dys-)Funktionalität (zum Gruppenzweck) abschätzen können (1.33)
Fähigkeit und Bereitschaft, als Mitglied in verschiedenen sozialen Gruppen mitzuarbeiten, gegenüber ihren Anforderungen und Zumutungen offen zu sein und Belastungen des Ich-Bildes (Identitätskrisen) auszuhalten ... (Qual. b 9)	Das Verhältnis von sozialem Zwang und sozialer Autonomie in sozialen Interaktionen (1.16) verstehen können.	Vorgegebene Gruppenrollen auf ihren Determinationsgrad bzw. auf ihren Handlungsspielraum hin abschätzen, um ihn zu erweitern oder evtl. sogar autonome Rollen einführen zu können (1.16)
	Die Dialektik des Sozialisationsprozesses zwischen Anpassung und Abweichung (1.27) herausstellen	Die Verhaltenstypen des Konformismus und Nonkonformismus, der Innovation und des Rückzugs, der Kriminalität und der Revolution auf ihre Emanzipations- oder Anpassungsfunktion hin beurteilen und entsprechend gebrauchen können (1.27)
... sowie Möglichkeiten zur Veränderung und Erweiterung des Ich-Bildes auszunutzen wie auch anderen zuzugestehen und zu erleichtern (Qual. b 9, vgl. b 5–8)	Meinungen propagieren (2.61)	Publikationsmittel, Flüsterpropaganda, Agitation, gezielte Diskussion, schrittweise Entwicklung alternativer Gedanken als Mittel der Meinungspropagierung diagnostizieren und selbst einsetzen können (2.61)
	Diskussionsstrategien verfolgen (2.62)	Diskussionen vorbereiten, protagnostische Rollen spielen und Argumente dialektisch auswerten können (2.62)

Qualifikationen	Lernziele 1. Ordnung	Lernziele 2. Ordnung mit Curriculumelementen
	Spielregeln der Konfliktaustragung beherrschen (2.63)	Fähigkeit zur Situationsanalyse, zur Kalkulation divergierender Rollen, zur Zielprojektion und Rückzugsübung, zum Anbieten von Kompromissen, zum Vorschlagen von Alternativen entwickeln (2.63)
	Kontrolle ausüben (2.64)	Informationen analysieren, den Rechtsweg nutzen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit treiben, bei nicht gewährter Öffentlichkeit Druck ausüben, Aufgaben delegieren können (2.64)
	Koalitionsmöglichkeiten nutzen können (2.65)	Interessengruppierungen, Flügel und Kooperationen mit anderen Gruppen initiieren können (2.65)

IV. Vorschläge zum Kursschema

Zur Vorstellung des Faches soll in der ersten Hälfte der 11. Klasse ausgehend von aktuellen Anlässen der konkreten Situation durch Fallstudien in sozialwissenschaftliche Methoden und Denkweisen eingeführt werden. Dabei ist sowohl auf Integration der drei Teilbereiche zu achten als auch auf Verdeutlichung der spezifisch soziologischen, politischen und ökonomischen Verfahrensweisen.

Das vorgelegte Schema bietet eine Möglichkeit an, die benannten Problemfelder auf die Leistungs- oder Grundkurse von der zweiten Hälfte der 11. Klasse an aufzuteilen. Die für die einzelnen Kurse benannten Problemfelder können sowohl alternativ als auch einander ergänzend als Kursthemen angeboten werden.

Im Unterschied zu dem Schema der Leistungskurse kann für die dreistündigen Grundkurse die Zahl der Problemfelder von vornherein niedriger angesetzt werden (siehe Schema). Es ist aber auch eine qualitative Reduzierung denkbar.

Vorgeschlagenes Kursschema

Vorbereitungskurse (1. Hälfte der 11. Klasse)	Fallstudien
Leistungskurs 1:	(1), (2), (3), (4), (5)
Leistungskurs 2:	(6), (7), (8), (9)
Leistungskurs 3:	(10), (11), (12), (13)
Leistungskurs 4:	(14), (15), (16), (17)
Leistungskurs 5:	(18), (19), (20)
Grundkurs 1:	(2), (3)
Grundkurs 2:	(7), (8)
Grundkurs 3:	(5), (11)
Grundkurs 4:	(14), (15)
Grundkurs 5:	(12), (16)

V. Empfehlungen für den Übungsteil

5.1 Übungen auf der kognitiv-analytischen Ebene

z. B.: Isolierung relevanter Faktoren aus einem komplexen Feld – Aufstellung von Hypothesen über den Zusammenhang der Faktoren – Entwurf eines Fragenkatalogs zur empirischen Überprüfung einer bestimmten Hypothese – Kategorisierung komplexer Sachverhalte/offener Fragen als Vorstufe zu einer Umfrage bzw. zu einer Umfrageauswertung – Codierung und Tabellierung von Fragebögen – Interpretation von Statistiken, Tabellen, Diagrammen, Graphiken – Graphische Aufbereitung statistischen Materials – Modellhafte Skizzierung eines komplexen Beziehungsgefüges – Anfertigung einer Beobachtungsliste zu vorgegebenem Zweck – Abstraktion und Diskussion der Ergebnisse einer Experimentbeschreibung – Soziologische Inhaltsanalyse von Illustriertentexten u. ä. – Soziologische Analyse des Handlungsschemas von Comics, Familienserien und Krimis im Fernsehen etc. – Soziologische Analyse des Bildmaterials der Reklame – Definition soziologischer Grundbegriffe – Erläuterung soziologischer Terminologie durch Beispiele – Analyse politischer Kommentare betr. Fakten, Werturteile, Auslassung, Akzentsetzung, affektive Ansprache usw. – Analyse von Fallbeschreibungen, auch literarischer Provenienz, mit Begriffen der Rollentheorie – Konfrontation einer Grundsatzäußerung/programmatischen Erklärung mit statistischem Material oder Situationsschilderung – Ideologiekritische Analyse offizieller Voten von Interessenverbänden – Analyse eines Wohnungsgrundrisses/eines Stadtteilplanes hinsichtlich der Interaktions- und Kommunikationsstrukturen – Entwurf eines Pro- und eines Contra-Plädoyers zu einer vorgegebenen offenen Entscheidungsfrage – Entwicklung alternativer Diskussionsstrategien für eine fingierte Entscheidungssituation – Ermittlung und Darstellung des Interaktionsgefüges und der Rollenstruktur der eigenen Schulklasse – Aufschlüsselung/Kategorisierung eines noch nicht behandelten Themas oder Sachverhalts und Planung von Informationsmöglichkeiten und Erarbeitungsverfahren – Beschreibung einer (evtl. an Hand von Dias oder Film) beobachteten Verhaltenssequenz in soziologischer Terminologie.

5.2 Übungen auf der pragmatischen und sozio-emotionalen Ebene

z. B.: Darstellung gleicher/verschiedenartiger Sachverhalte in unterschiedlicher Verbalisierung – Ausführung individueller und gemeinsamer Arbeitsaufträge – Teilnahme an oder Leitung von verschiedenen Diskussionsformen – Organisation von Solidarhandlungen – Anwendung politischer Taktiken und Strategien auf den Erfahrungsbereich – Analyse eines aktuellen Schulkonflikts.

VI. Möglichkeiten der Leistungskontrolle

a) schriftlich:
Zur Überprüfung des Leistungsstandes und zur Vorbereitung auf die Reifeprüfung werden in jedem Halbjahr zwei Klassenarbeiten zur Thematik des laufenden Kursus geschrieben. Möglichkeiten für schriftliche Arbeitsaufgaben ergeben sich aus Ziffer 5.1. Die Aufgaben sollen so gestellt werden, daß zu ihrer Bewältigung in der Regel im Grundkurs eine, im Leistungskurs zwei bis vier (im letzten Jahr auch sechs) Unterrichtsstunden benötigt werden.

Im Leistungskurs können außerdem fakultativ kursbezogene Facharbeiten angefertigt werden, deren Themen der Schüler nach Rücksprache mit dem Fachlehrer selber festsetzt. Solche Facharbeiten können sowohl aus besonderen Interessen einzelner Schüler wie auch aus Problemen erwachsen, die sich im Laufe eines Kursus ergeben haben und die von einem oder mehreren Schülern bearbeitet werden. Erfolgt die Bearbeitung des Problems arbeitsteilig in Gruppen, so kann eine Facharbeit auch von einer Gruppe von Schülern vorgelegt werden.

b) mündlich:
Zur Bewertung der mündlichen Leistung dienen folgende Gesichtspunkte: Sachwissen, fachspezifische Denkweise und Begrifflichkeit. Es wäre wünschenswert, wenn daneben über den kognitiven Bereich hinausgehende Qualifikationen ausgewiesen werden können. Siehe dazu die Vorschläge unter Ziffer 5.2.

VII. Literaturangaben

7.1 Literaturhinweis zum Fachbereich Soziologie

zu 1.1

R. Behrendt — Der Mensch im Lichte der Soziologie. Urban Bücher Nr. 60, Stuttgart 1962

R. Benedict — Urformen der Kultur, Hamburg 1955

K. M. Bolte — Dt. Gesellschaft im Wandel, Bd. I, Köln-Opladen 1957

A. Gehlen — Anthropologische Forschung, rde 138, Hamburg 1961

M. Mead — Mann und Weib, Hamburg 1959

D. Claessens — Rolle und Macht, München 1968

R. Dahrendorf — homo sociologicus, Köln 1964

R. Dahrendorf — Gesellschaft und Freiheit, München 1965

H. Hartmann — Die Unternehmerin, Selbstverständnis und soziale Rolle, Köln-Opladen 1968

H. Popitz — Der Begriff der sozialen Rolle, Tübingen 1966

zu 1.2

H. Baier — (Hg.), Studenten in Opposition, Bielefeld 1968

bie Redaktion — (Hg.), Familienerziehung, Sozialschicht und Schulerfolg, Weinheim 1971

D. Claessens — Familie und Wertsystem, Berlin 1967

J. Habermas — Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962

J. Habermas — Student und Politik, Neuwied 1961

J. Habermas — Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt 1969

P.Heintz — (Hg.), Soziologie der Schule, Köln 1959

H. Holzer — Massenkommunikation und Demokratie in Deutschland, in: Bolte, Dt. Gesellschaft im Wandel, Köln 1970

W. Lempert — Berufserziehung als Sozialisation, in: Vierteljahresschrift für wiss. Pädagogik 2, 1968, vgl. D. Claessens, Rolle und Macht, S. 104 ff.

F. Neidhardt — Die Familie in Deutschland, in: Dt. Gesellschaft im Wandel, Bd. II, Köln 1970

F. Neidhardt — Die junge Generation, ebd.

U. Oevermann — Sprache und soziale Herkunft, Frankfurt 1972

D. Riesman — Die einsame Masse, rde 72/73, 1958

H. Schelsky — Der Mensch in der wissenschaftl. Zivilisation, in: Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf 1965

H. Schelsky — Ist die Dauerreflexion institutionalisierbar? ebd

E. K. Scheuch — Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, 1968

R. Wildenmann, W. Kaltefleiter — Funktion der Massenmedien, Frankfurt 1965

G. Wurzbacher — Der Mensch als soziales und personales Wesen, Bd. I–III, Stuttgart 1963 ff.

zu 1.3

D. Barley — Grundzüge und Probleme der Soziologie, Neuwied 1968

P. Heintz — Soziale Vorurteile, Köln 1957

E. Höhn, C. Schick — Das Soziogramm, Göttingen 1954

P. Hofstätter — Gruppendynamik, rde Bd. 38, Hamburg 1957

G. C. Homans — Theorie der sozialen Gruppe, Köln 1960

E. Katz und P. Lazarsfeld — Persönlicher Einfluß und Meinungsbildung, München 1962

K. Lewin — Die Lösung sozialer Konflikte, Bad Nauheim 1953

Th. Mills — Soziologie der Gruppe, München 1969

A. Mitscherlich — Die Unfähigkeit zu trauern, Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1968

Zoll-Binder — Die soziale Gruppe, Frankfurt 1966

zu 1.4

H. P. Bahrdt — Industriebürokratie, Stuttgart 1958

H. P. Bahrdt — Strukturwandel der Industriearbeit, in: Wege zur Soziologie, München 1966

W. M. Blumental — Die Mitbestimmung in der Stahlindustrie, Hamburg 1961

Dahrendorf – Burisch — Industrie- und Betriebssoziologie, Sammlung Göschen, Berlin 1969

F. Fürstenberg — Industriesoziologie, Vorläufer und Frühzeit, Neuwied 1959

K. Holm — Der Intrarollenkonflikt des Werkmeisters, in: D. Claessens, Rolle und Macht, S. 78 f.

M. R. Lepsius — Strukturen und Wandlungen im Industriebetrieb, München 1960

N. Luhmann — Funktion und Folgen formaler Organisation, Berlin 1964

K. Marx — Lohnarbeit und Kapital, Ostberlin, Dietz 1968

K. Marx — Das Kommunistische Manifest, Reclam 1969

Fr. Pollock — Automation, Frankfurt 1964

O. Stammer — Angestellte und Arbeiter in der Bertriebspyramide, Berlin 1959, Verhandlungen des XIV. deutschen Soziologentages 1960: Technische Entwicklung und betriebliche Konflikte, in: Soziologie und moderne Gesellschaft

F. Voigts — Zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung, Berlin 1962

zu 1.5

Aschenbrenner-Kappe	Großstadt und Dorf als Typen der Gemeinde, Köln 1965
H. P. Bahrdt	Die moderne Großstadt, Hamburg 1961
Bolte-Kappe	Struktur und Entwicklung der Bevölkerung, Köln 1964
K. M. Bolte	Soziale Schichtung, Köln 1966
W. Brepohl	Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, Tübingen 1957
D. Claessens u. a.	Sozialkunde der BRD, Düsseldorf 1968
R. Dahrendorf	Konflikte im Wandel, in: Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, a. a. o.
Föhl-Hennies	Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Pfullingen 1966
W. Goode	Soziologie der Familie, München 1969
J. Habermas	Theorie und Praxis, Neuwied 1967
J. Jacobs	Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin 1962
M. G. Lange	Politische Soziologie, Berlin 1964
F. Lütge	Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1960
J. Matthes	Gesellschaftspolitische Konzeptionen im Sozialhilferecht, Stuttgart 1964
Ortlieb-Dörge	(Hg.), Wirtschafts- und Sozialpolitik, Köln 1964
Regierung Adenauer	1949–1963, hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Wiesbaden 1963
H. Schelsky	Ortsbestimmung der deutschen Soziologie, Düsseldorf 1967[3]
H. Schmücke	Die ökonomische Lage der Familie in der BRD, Stuttgart 1961
	Bericht der Sozialenquete-Kommission, Stuttgart 1966, über Soziale Sicherung in der BRD
Otto Stammer	Politische Soziologie, in: Gehlen-Schelsky, Soziologie, Düsseldorf 1968[7]
M. Weber	Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie Bd. I, Tübingen 1920
M. Weber	Wirtschaft und Gesellschaft (Grundzüge der Sozialökonomik), Tübingen 1947[3]
G. Zeitel	Die Steuerverteilung in der BRD, Tübingen 1959
D. Zöllner	Die soziale Gesetzgebung der BRD, Bad Godesberg 1962

zu 1.6

Th. W. Adorno	Negative Dialektik, Frankfurt 1966
H. Albert	Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1969
E. Bloch	Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt 1959
R. Dahrendorf	Gesellschaft und Freiheit, a. a. o.
I. Fetscher	Von Marx zur Sowjetideologie, Frankfurt 1963
O. K. Flechtheim	Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945
J. Habermas	Theorie und Praxis, a. a. o.
J. Habermas	Zur Logik der Sozialwissenschaften, Tübingen 1967
K. W. Deutsch	Politische Kybernetik, Freiburg 1969
J. Habermas N. Luhmann	Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971
M. Horkheimer	Kritische Theorie, eine Dokumentation, Hg. v. A. Schmidt, Frankfurt 1968
A. Huxley	Schöne, neue Welt, Fischer-Taschenbuch 26, Frankfurt
H. Marcuse	Versuch über die Befreiung, Frankfurt 1969
H. Marcuse	Der eindimensionale Mensch, Neuwied 1967
G. Orwell	1984, Diana Taschenbuch, Konstanz 1964
H. Schelsky	Ortsbestimmung der deutschen Soziologie, a. a. o.
K. Steinbuch	Programm 2000, dto 785, Stuttgart 1971
K. Steinbuch	Falsch programmiert, dto 598, Stuttgart

Soziologische Literatur für den Übungsteil (5)

P. Atteslander	Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin 1969
H. Hartmann	Empirische Sozialforschung, München 1970
R. König	Hg., Beobachtung und Experiment in der Sozialforschung, Köln 1968
R. König	Heg., Das Interview – Formen, Technik und Auswertung, Köln 1969
R. Mayntz, Holm, P. Hübner	Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, Köln – Opladen 1969

7.2 Literaturhinweise zum Fachbereich Politologie

7.2.1 Einführungen

Kl. v. Beyme	Die politischen Theorien der Gegenwart, eine Einführung, München 1972
M. Hättich	Lehrbuch der Politikwissenschaften, 13. Bd., Mainz
G. Kress, D. Senghaas	(Hrsg.), Politikwissenschaft, eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1971
G. Lehmbruch	Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart 1967
W. D. Narr	Theoriebegriffe und Systemtheorie, Einführung in die moderne politische Theorie, Stuttgart 1971
E. M. Spannraft	Demokratie, Mechanismen der Herrschaft, Einführung in die Politikwissenschaft, Augsburg 1972

7.2.2 Wissenschaftliche Reihen und Zeitschriften

Analysen, Veröffentlichungen der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg

Politische Vierteljahresschrift, Westdeutscher Verlag, Köln – Opladen

Neue Freiburger Beiträge zur Politikwissenschaft, hg. v. Arnold-Bergsträsser-Institut, Köln – Opladen

Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, hg. v. O. Stammer, Köln – Opladen

7.3 Literaturhinweise zum Fachbereich Wirtschaft

Für diesen Fachbereich wurde von der Fachgruppe Sozialwissenschaften kein eigenes Literaturverzeichnis erstellt; es kann den Arbeitspapieren der Fachgruppe Wirtschaftswissenschaften entnommen werden.

An dieser Stelle wird nur verwiesen auf die Bibliographie im Anhang des Schulbuches: Gesellschaft und Wirtschaft, hg. v. Wimmer und Hartwich, Diesterweg, Frankfurt.

7.4 Bibliographien und Nachschlagewerke für alle drei sozialwissenschaftlichen Fachbereiche

Bibliographie zur Organisation von Staat, Verwaltung und Wirtschaft (Hrsg.: Reinhard K. J. Badenhoop), Köln – Berlin 1966 ff

Bibliographie der Sozialwissenschaften (Anhang des Jahrbuchs für Sozialwissenschaft), Göttingen 1949 ff

Literaturverzeichnis der Politischen Wissenschaften (Hrsg. Hochschule für Pol. Wissenschaften), München 1952 ff

Politische Dokumentation (Hrsg.: Dokumentationszentrum am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität), Berlin 1965 ff

Fischer-Lexikon, 36 Bde, Frankfurt 1957 ff (s. besonders: Staat und Politik, Außenpolitik, Internationale Beziehungen, Soziologie, Geschichte, Wirtschaft)

Staatslexicon, Recht – Wirtschaft – Gesellschaft (Hrsg. v. Görresgesellschaft, 8 Bde,) Freiburg 1957–1962

Politische Bildung, Eine Bücherkunde, Hrsg. von der Landeszentrale für pol. Bildung, Düsseldorf

7.5 Literatur zur politischen Bildung

W. Behr	Strukturprobleme der politischen Bildung, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament" vom 5. 2. 1973
K. Fackiner	Handbuch des politischen Unterrichts, Frankfurt 1972
K. G. Fischer	Einführung in die politische Bildung, Stuttgart 1970
K. G. Fischer	Zur Praxis des politischen Unterrichts, Stuttgart 1971
W. Gagel	Gestalt und Funktion von Unterrichtsmodellen zur politischen Bildung, in: Politische Bildung 4/1967
F. George	Einführung in die Curriculumplanung des politischen Unterrichts, Ratingen 1972
H. Giesecke	Didaktik der politischen Bildung, 4. Auflage, München 1969
W. Gottschalch	Soziologie der politischen Bildung, Frankfurt 1970
K. Chr. Lingelbach	Zum Verhältnis der „allgemeinen" zur „besonderen" Didaktik. Dargestellt am Beispiel der politischen Bildung, in „Erziehungswissenschaft", Fischer-Funk-Kolleg, Bd. 2, Frankfurt 1970
Lüers u. a.	Selbsterfahrung und Klassenlage – Voraussetzungen und Methoden politischer Bildung, München 1971
H. Meyer	Themen zur Politik, Weinheim 1971
W. Mickel	Methodik des politischen Unterrichts, Frankfurt 1967
E. H. Müller u. a.	Politikunterricht und Gesellschaftskunde in der Schule, Ulm 1971
Rössner	Der politische Bildungsprozeß, Frankfurt 1969
R. Schmiederer	Zur Kritik der politischen Bildung, Frankfurt 1971
Schriftreihe der Bundeszentrale für politische Bildung	Lernziele und Stoffauswahl im politischen Unterricht, Heft 93, Bonn 1972
H. Siebert	Der andere Teil Deutschlands in Schulbüchern der DDR und der BRD, Hamburg 1970
B. Sutor	Didaktik des politischen Unterrichts, Paderborn 1971
G. Thoma	Zur Strukturierung der „politischen Dimension" des Unterrichts im Teilbereich der allgemeinen Gesellschaftslehre an der Kollegstufe (Gutachten für die „Planungskommission") in: Schriftreihe des Kultusministeriums, Nr. 17: „Kollegstufe NW", 1972

Gegenwartskunde,	Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Bildung, Leske Verlag, Opladen
Gesellschaft – Staat – Erziehung,	Blätter für politische Bildung und Erziehung, Klett/Diesterweg, Stuttgart – Frankfurt
Laufende Mitteilungen zum Stand der politischen Bildung in der BRD,	hg. v. Fr. Minssen, Frankfurt (Ausgabe 1970)
Politik und Soziologie,	Zeitschrift zur Gestaltung des politischen Unterrichts, Stuttgart
Politische Bildung,	Beiträge und Materialien zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, Klett, Stuttgart
Recht und Gesellschaft,	Zeitschrift für Rechtskunde, Beck Verlag, München – Frankfurt
Soziologische Zeitschrift Leviathan,	Zeitschrift für Sozialwissenschaft, hg. von W. D. Narr, D. Senghaas u. a.

7.6 Schulbücher

Aktionsfeld Politik,	hg. v. Monsheimer und Hilligen, Hirschgraben-Verlag, Frankfurt
Gesellschaft und Politik,	hg. v. Fischer und Mitarbeiter, Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart
Politische Bildung,	hg. v. Fischer und Mitarbeiter, Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart
Politik im 20. Jahrhundert,	hg. v. H. H. Hartwich, Westermann Verlag, Braunschweig
Politik und Gesellschaft,	hg. v. Mickel, Kampmann-Wiegand, 2. Bad., Hirschgraben-Verlag, Frankfurt
Politik und Recht,	hg. v. H. Grosche, Diesterweg-Verlag, Frankfurt
Welt der Politik,	hg. v. H. Ritscher, Diesterweg-Verlag, Frankfurt
Zweimal Deutschland,	hg. v. Thurich u. Endlich, Diesterweg-Verlag, Frankfurt
Gesellschaft und Wirtschaft,	hg. v. Wimmer-Hartwich Diesterweg-Verlag, Frankfurt
Wirtschaft, ein Entscheidungsbereich,	hg. v. Störig, Diesterweg-Verlag, Frankfurt

VIII. Verzeichnis von Unterrichtsmodellen

G. Beier	Ost-West-Vorurteile in der politischen Bildung. Methodisch-didaktisches Modell über den Abbau von Vorurteilen. Europäische Verlagsanstalt = EV) 1971
H. Bodensieck	Wandel der westdeutschen Ostpolitik 1970, in: Politische Bildung 1971, Heft 2
P. Böhmer, T. Leber, J. Martini, H. Seidemann, R. Wagner	Der Rassenkonflikt in den USA. Sozialisation und Probleme der Emanzipation am Beispiel der Afro-Amerikaner. (EV) 1972
M. Borelli, B. und W. Spremberg	Minderheiten in der BRD: Das Beispiel „Gastarbeiter", in: Zur Praxis des politischen Unterrichts 2 (J. B. Metzler) 1972
H. G. Conert	Der Kommunismus in der Sowjetunion (EV, Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht 10/11) 1971
M. Curtius, W. D. Hund	Mode und Gesellschaft (Europäische Verlagsanstalt, Modell 12) 1972
E. Dingeldey	Unpolitische Justiz (Europäische Verlagsanstalt, Modell 8) 1971
Th. v. Dobbeler	Die Familie als Gegenstand politischer Einflußnahme, in: Sonderdruck 1972 des Landesinstituts für schulpädagogische Bildung, Düsseldorf 1972
F. W. Dörge und M. Schmidt	Konsumfreiheit in der Marktwirtschaft, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialkunde, Reihe A, Leske-Verlag, Opladen
F. W. Dörge und M. Schmidt	Mitbestimmung im Betrieb, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialkunde, Reihe A, Heft 17, Leske-Verlag, Opladen
F. W. Dörge und G. Elsholz	Gerechte Steuern, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialkunde, Reihe A, Heft 14, Leske-Verlag, Opladen
W. Elben	Voraussetzungen und Methoden nationalsozialistischer (faschistischer) Herrschaft, in: Politische Bildung, 1972, Heft 1
G. Elsholz	Preisbindung in der Marktwirtschaft?, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialkunde, Reihe A, Heft 21, Leske-Verlag, Opladen
H. Felgner	Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung, in: Der Bürger im Staat, 1971, Heft 2
G. Filbry, D. Grosser, F. Kowsky	Lohn- und Vermögenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Bildung, 1973, Heft 1
G. Filbry	Illustriertenanalyse als Mittel zum Verständnis gesellschaftlicher Probleme, in: Gesellschaft – Staat – Erziehung, 1968, Heft 3

H. Fisch	Die industrielle Gesellschaft, in: Politische Weltkunde II (Klett) 1972
W. Gagel	Mao Tse-tungs Programm der politischen und sozialen Emanzipation Chinas, in: Politische Bildung, 1969, Heft 2
W. Gagel	Unterrichtsmodell: Wirklichkeit und Notwendigkeit der innerparteilichen Demokratie, in: Politische Bildung, 1967, Heft 1
H. J. Gerhards	Die Funktionen der modernen Familie, in: Sonderdruck 1972 des Landesinstituts für schulpädagogische Bildung, Düsseldorf 1972
J. Geuting	Demokratie – was heißt das? Der Streit über das Verhältnis von Partizipation und Effizienz am Beispiel Schule und Gemeinde, in: Politische Bildung, 1973, Heft 3
J. Geuting	Großfamilie – Kleinfamilie – Kommune. Der Wandel der Familie in der modernen Gesellschaft, in: Sonderdruck 1972 des Landesinstituts für schulpädagogische Bildung, Düsseldorf 1972
H. Graf	Wahlen als Thema des politischen Unterrichts, in: Informationen zur politischen Bildung, 135, 1969
D. Grosser	Welche Faktoren beeinflussen das Wählerverhalten? Unterrichtsbeispiel in: Gegenwartskunde, 1972, Heft 1
M. Hagen	Unterricht über die UNO, in: GWU, 1967, Heft 4
J. Haller und H. Wolf	Selbstreflexion der Lerngruppe auf ihr eigenes Verhalten als didaktische Kategorie der politischen Bildung, in: K. Fackinger, Handbuch des politischen Unterrichts, 1972
H. Hartwig	Zur Situation der Schwarzen in den USA, in: Politische Bildung, 1970, Heft 2
W. Haseloff	Die Struktur einer modernen Gesellschaft am Beispiel der BRD, in: K. Fackinger, Handbuch des politischen Unterrichts, 1972
L. Haupts	Über die Wirksamkeit der UNO als friedenserhaltene Institutionen, in: Politische Bildung, 1967, Heft 3
B. Heckel	Abschreckung – Rüstungskontrolle – Abrüstung, Grundlage für eine Unterrichtseinheit, in: Der Bürger im Staat, 1971, Heft 1
J. Henningsen	Atome, Algen, Automaten, Futurologie in der Schule. (G. Westermann) 1968
H. Horn	Die Berlin-Krise 1958–1961 (Europ. Verlagsanstalt, Modell 6) 1970

W. Hug, H. Sproll	Brasilien, ein Entwicklungsland, in: Politische Bildung 1972, Heft 3
W. D. Hund	Kommunikation in der Gesellschaft, Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht, 1970, Heft 7, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt
E. Jung	Die Schule als Unterrichtsgegenstand, in: Der Bürger im Staat, 1969, Heft 4
W. Kampmann	Ein Staat wie jeder andere?, in: Politische Bildung, 1971, Heft 1
J. Kleinwächter	Unterrichtsmodell: Mitbestimmung der Arbeitnehmer als politisches Problem, in: Politische Bildung, 1969, Heft 4
C. Kniffler	Demokratie im Wandel (das Thema im politischen Unterricht), in: Informationen zur politischen Bildung, 134, 1969
H. J. Kühnert	Ein Unterrichtsmodell zur Vermögensbildung, in: Der Bürger im Staat, 1970, Heft 4
L. Kraus, H. Rühl	Werbung in Wirtschaft und Politik, Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht, Europäische Verlagsanstalt, Heft 3/4, 1970
J. Menke	Das Ende der Großen Koalition 1930, ein exemplarischer Fall für Strukturprobleme der Weimarer Demokratie, 1967, Heft 2
U. Lepper	Die Tageszeitung im politischen Unterricht (Diesterweg)
D. Menne	Politische Wahlen, in: Politische Bildung, 1972, Heft 4
H. Meyer	Unterrichtseinheiten, Bd. I: Themen zur Politik (Außerparlamentarische Opposition, Demokratie, Entwicklungsländer, Meinungsbildung und Massenmedien, Politische Parteien, Rechtsstaat, Reformkommunismus, Totalitärer Staat, Wahlsystem und Wahlrechtsreform) (Beltz) 1970
Fr. Neidhardt	Die Familie in Deutschland, Grundheft und Lehrbeispiele, in: Beiträge zur Sozialkunde. Reihe B, Heft 5; 5 a/b, Leske-Verlag, Opladen
Fr. Neidhardt	Die junge Generation, Grundheft und Lehrbeispiele, in: Beiträge zur Sozialkunde, Reihe B, Heft 6; 6 a/b, Leske-Verlag, Opladen
L. Ohrt	Veränderung als ein Grundprinzip der modernen Gesellschaft, in: Beiträge zur Sozialkunde, Heft 1; 1 a/b, Leske-Verlag, Opladen

H.-D. Ortlieb, Fr.-W. Dörge	Wirtschafts- und Sozialpolitik (Leske) (Modellanalysen zu: Steuerpolitik, Agrarpolitik, Volksaktie, Wohnungsmiete, Soziale Sicherung, Lohnpolitik, Förderalismus und Unitarismus im Bundesstaat, Europäische Gemeinschaft, Schleichende Inflation, Elemente und Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik)
H.-D. Ortlieb, Fr.-W. Dörge	Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik (Modellanalysen zu: Energiepolitik, Mittelstand, Gerechte Steuern, Verkehrspolitik, Konsumfreiheit in der Marktwirtschaft, Sowjetische Wirtschaftspolitik, Mitbestimmung im Betrieb, Comecon, Automation, Entwicklungshilfe)
M. L. Ostenkötter	Familie in außereuropäischen Ländern (Entwicklungsländern), in: Sonderdruck 1972 des Landesinstituts für schulpädagogische Bildung, Düsseldorf 1972
M. Pomplun	Familie und Schichtung, Ein Beispiel für die Interdependenz von Familie und Gesamtgesellschaft, in: Sonderdruck 1972 des Landesinstituts für schulpädagogische Bildung, Düsseldorf 1972
W. W. Puls	Umwelt-Gefahren und Schutz (das Thema im Unterricht), in: Informationen zur politischen Bildung 146
G. Reindke, G. Körber	Die Landwirtschaft der DDR, in: Politische Bildung 1972, Heft 2
S. Rausch-Schicketanz	Unterrichtsmodell: Form und Grenzen parlamentarischer Willensbildung in der BRD, in: Politische Bildung 1971, Heft 4
L. Rössner	Fernsehen in der politischen Bildung (Diesterweg)
E. A. Roloff	Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, in: Politische Bildung, 1969
E. A. Roloff	Jugoslawien – Theorie und Praxis des Revisionismus, in: Politische Bildung 1970, Heft 4
R. Schmiederer	Bildungskrise und Schulreform (Europ. Verlagsanstalt, Modell 13), 1972
A. K. Schuon-Wiehl	Faschismus und Gesellschaftsstruktur (Europ. Verlagsanstalt, Modell 5), 1970
H. und K.-E. Selbmann	Arbeitsschutz für Jugendliche – Gesetz und Wirklichkeit (Europ. Verlagsanstalt, Modell 9), 1971
R. und K. Setzen	Die Parteien und ihr Auftrag nach Art. 21,1 GG – kritisch gesehen, ein Unterrichtsbeispiel, in: Gesellschaft – Staat – Erziehung, 1969, Heft 5
I. Schmiederer	Wirtschaftliche Mitbestimmung, Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht, Heft 2, 1970

U. Schmiederer	Wahlen in der Bundesrepublik, am Beispiel der Bundestagswahl 1969, Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht, 1 (Europ. Verlagsanstalt), 1970
R. Schörken	Nigeria – Zusammenbruch demokratischer Herrschaft in Afrika?, in: Politische Bildung, 1970, Heft 1
R. Trinius	Unterrichtsmodell: Pressekonzentration und demokratische Öffentlichkeit, in: Politische Bildung, 1970, Heft 3
G. Wagner	Die Weimarer Republik, in: Politische Weltkunde II (Klett) 1972
H. Weidenfeld	Asienpolitik der USA: Brennpunkt Vietnam, 1969, Heft 3
H. Witthöft	Der Film in der politischen Bildung (Diesterweg)
J. Wolff	Bild und Schlagzeile als Informationsträger (Diesterweg)

Quellensammlungen und Materialien
für den sozialwissenschaftlichen Unterricht

Politische Bildung (Hg.: Gagel, W., Grosser, D., Schörken, R.), (Klett-Verlag)

Schriften zur politischen Bildung (Hg.: Haseloff, W.), (Diesterweg-Verlag)

Materialien zur Gemeinschaftskunde (Hg.: Geipel, R., Haseloff, W.), (Diesterweg-Verlag)

Arbeitshefte für den politischen Unterricht (Hg.: Fruhmann/Stein) (Hirschgraben-Verlag)

Quellen- und Arbeitshefte zur Geschichte und Gemeinschaftskunde (Hg.: Körner, H., Tümmler, H.), (Klett-Verlag)

Empfehlungen für den Kursunterricht im Fach Wirtschaftswissenschaften

Verfasser:
Wilfried Gerth (Opladen)
Eckehard Jabs (Gelsenkirchen)
Karl Raab (Herne)
Uwe Taenzer (Paderborn)

In bezug auf Anzahl und Dauer der Klassenarbeiten gilt der Erlaß vom 27. 2. 1973 (II B2.36 — 20 10 Nr. 294/73). Zu den Anforderungen in der Reifeprüfung ergeht ein gesonderter Erlaß.

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die folgenden Ausführungen sind als Empfehlungen aufzufassen, die den Versuch unternehmen, die Unterrichtsinhalte des Faches Wirtschaftswissenschaften entsprechend den Anforderungen des KMK-Papiers zur Sekundarstufe II zu bestimmen und in das Kurssystem umzusetzen.

Die ausgewählten Lernsequenzen sollen dazu dienen, die folgenden für die politische Bildung allgemeingültigen Qualifikationen zu erwerben:

- Fähigkeit zu sachinformierter Kontrolle
- Fähigkeit zur Selbst- und Systemkritik (u. a. Überprüfung der Systeme und Ordnungen an ihren eigenen Normen)
- Fähigkeit zur Erkenntnis von Alternativen
- Fähigkeit zu verantwortlicher Konfliktaustragung
- Fähigkeit zu loyaler Kooperation.

Die obligatorischen Kurse wurden inhaltlich überarbeitet und lernzielorientiert aufgebaut. Dabei wurde von einer Definition des Begriffs „Lernziel" ausgegangen, die eine brauchbare Beschreibung eines Lernziels darin sieht, „daß sie ein **Verhalten** bezeichnet, das beschreibt, was der Lernende tun muß, um zu zeigen, daß er das Lernziel erreicht hat". (Robert F. Mager: Lernziele und Programmierter Unterricht S. 24.)

In den einzelnen Kursen wurde wiederum versucht, die gesellschaftspolitische Relevanz des „Ökonomischen" in den Lernzielen anzudeuten.

Den Kursen Geld und Kredit, Makroökonomie und Mikroökonomie wurden jeweils Anregungen für die schriftliche Leistungskontrolle (Themen für Klausuren und Tests) angefügt. Dabei handelt es sich um Aufgaben, die aus der Unterrichtsarbeit an der Landrat-Lucas-Schule I, Opladen; dem Otto-Hahn-Gymnasium, Herne und dem Westfalen-Kolleg, Paderborn hervorgegangen sind.

Sie sind als Anregung und Orientierungshilfe zu verstehen.

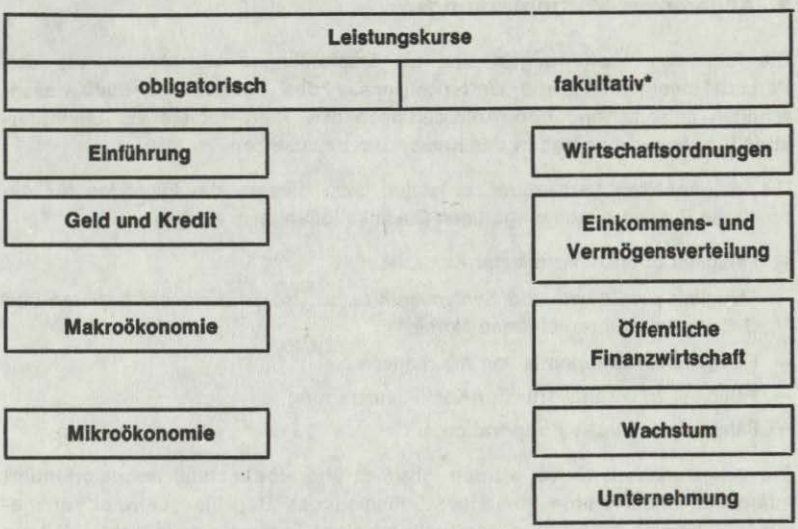
Nach Ansicht des KM sollen die 6stündigen Leistungskurse 2stündige Übungen und die 3stündigen Grundkurse 1stündige Übungen enthalten. Deshalb sind zu jedem Kurs Anregungen zum Übungsteil angefügt, wobei es Aufgabe des Fachkollegen ist, die Beispiele zu aktualisieren.

Das Ziel des Übungsteils soll sein:

a) Vertiefung der Unterrichtsinhalte

b) Heranführen des Schülers an selbständiges und wissenschaftspropädeutisches Arbeiten.

Die ausgewählten Stoffgebiete der Wirtschaftswissenschaften wurden in verschiedene Kurse aufgeteilt, die teilweise aufeinander aufbauen, aber auch z. T. untereinander austauschbar sind.

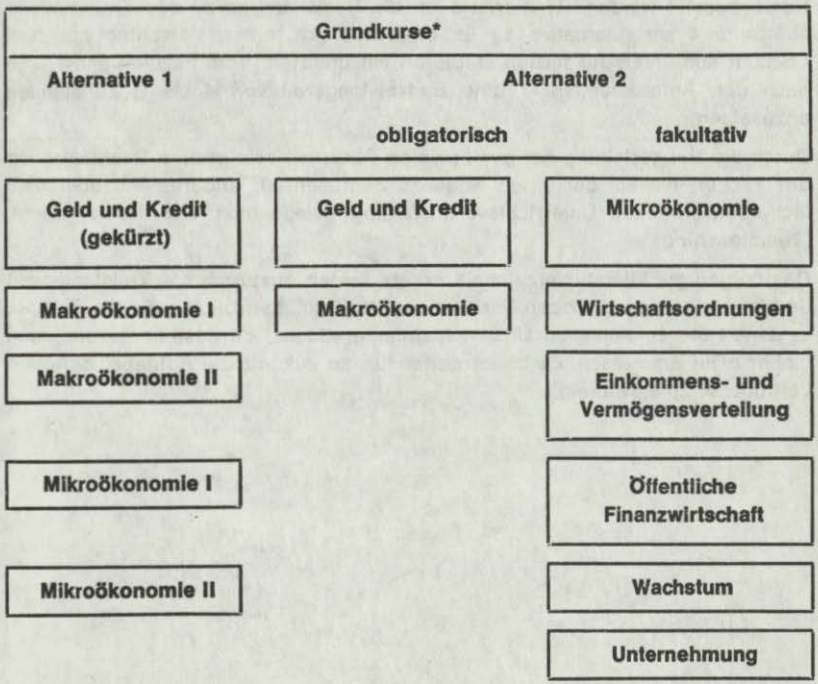


*** aus diesem Bereich sollten zwei Kurse belegt werden**

Wie aus der Skizze hervorgeht, sind die Kurse 1 bis 4 obligatorisch und die Kurse 5 und 9 fakultativ, aus denen jedoch zwei gewählt werden müssen. Dem Fachkollegen ist es anheim gestellt, weitere Themen im fakultativen Bereich anzubieten. (z. B. Sektorale Wirtschaftspolitik u. a.)

Bei der Gestaltung der Grundkurse bleibt es dem Fachkollegen überlassen:

1. Die Unterrichtsinhalte der obligatorischen Leistungskurse mit gleicher Intensität, jedoch in einem längeren Zeitraum zu behandeln.
2. Die Unterrichtsinhalte der obligatorischen und fakultativen Leistungskurse entsprechend der zur Verfügung stehenden Zeit zu kürzen.



*** Voraussetzung: Einführung in die Wirtschaftswissenschaften (Grundfragen und Grundbegriffe)**

Die 1. Alternative hat den Vorteil, daß auch den Schülern der Grundkurse in den wesentlichen Gebieten des Faches die Methoden der Wirtschaftswissenschaften und vertiefte Kenntnisse sowie gesellschaftspolitische Einsichten exemplarisch vermittelt werden können. Ein weiterer Vorteil liegt darin, daß bei der schriftlichen Reifeprüfung die Möglichkeit besteht, wie bei den Leistungskursen anspruchsvollere Themen zu stellen. Ferner ergibt sich hinsichtlich des Abiturs eine organisatorische Vereinfachung für Lehrer und Schüler.

Die 2. Alternative hat den Vorteil, daß den Schülern der Grundkurse ein Einblick in einen größeren Bereich der Wirtschaftswissenschaften möglich ist und somit umfassendere funktionale Zusammenhänge deutlich werden. Dies geht allerdings auf Kosten der Intensität.

Die Klausurarbeiten müssen aus dem Stoffgebiet des jeweiligen Kurses hervorgehen. Es empfiehlt sich, zwei Klausurarbeiten in jedem Leistungs- und Grundkurs zu schreiben, wobei eine in Testform gehalten sein kann. Die Zeitdauer kann je nach Schwierigkeitsgrad variieren, sollte jedoch zum Abitur hin den Anforderungen der schriftlichen Reifeprüfung auch in zeitlicher Hinsicht entsprechen. Die Abiturarbeit sollte aus den Stoffgebieten der obligatorischen Kurse gestellt werden. (S. hierzu auch die Bemerkungen zu den Grundkursen auf Seite 4 zur Alternative 1.) Es empfiehlt sich, einen Vorschlag mit zwei Themen aus unterschiedlichen Gebieten einzureichen. Vom Fachlehrer ist – je nach den Anforderungen – eine Bearbeitungszeit von 4 bis 6 Zeitstunden anzusetzen.

Durch die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe erfolgt eine Desintegration der Fächer, die auf der einen Seite zu begrüßen ist, andererseits aber eine fächerübergreifende Unterrichtsveranstaltung gelegentlich erforderlich macht. (Teamteaching)

Das beigefügte Literaturverzeichnis erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist als Anregung für den Fachkollegen gedacht. Lehrbücher für die Schüler, in denen die empfohlenen Unterrichtsinhalte adäquat dargestellt werden, sind bisher nicht erschienen. Es bleibt daher für die Zukunft die Aufgabe, derartige Lehrbücher zu entwickeln.

2. Bestimmung von Lernzielen und Zuordnung von Themen und Unterrichtsinhalten

2.1 Einführung in die Wirtschaftswissenschaften – Grundfragen und Grundbegriffe – (3stündig)

Vorbemerkungen: Die Einführung wurde stofflich bewußt knapp gehalten, um dem Lehrer die Möglichkeit zu geben, durch die Problematisierung der einzelnen Grundfragen die Schüler zu motivieren. Dabei soll der Fachkollege nicht an die Reihenfolge gebunden sein, sondern die Unterrichtsinhalte auf dem Hintergrund aktueller Anlässe behandeln.

Kursziel: Bei der Einführung in die Wirtschaftswissenschaften geht es zunächst darum, die Schüler damit vertraut zu machen, daß Menschen zweckrational Entscheidungen zu treffen haben über solche Dinge, die nicht im Überfluß vorhanden sind. Ferner sollen die Schüler die Möglichkeit erhalten, ein Grundverständnis für die Strukturen und Zusammenhänge wirtschaftlicher Grundfragen zu gewinnen. Dabei ist es unerläßlich, daß die Schüler die Notwendigkeit einer einheitlichen Sprachregelung für die wissenschaftliche Verständigung erkennen. Sie müssen also von Anfang an lernen, die für das Fach typischen Termini richtig zu interpretieren und anzuwenden.

Lernziele und Unterrichtsinhalte

– Grundfragen und Grundbegriffe –

I. Warum ist die Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen notwendig?

1. Unentbehrlichkeit wirtschaftlicher Grundlagen und Funktionszusammenhänge für den mündigen Bürger, die eigene Rechts- und Interessenlage zu erkennen und kritisch zu reflektieren.
   - Situationen eines Bürgers aufschreiben können, die dieser ohne wirtschaftliches Wissen nicht bewältigen kann;
   - an Beispielen seine eigene Interessenlage identifizieren können;
   - Möglichkeiten aufzeigen können, die eigene Situation zu verbessern.
2. Notwendigkeit sachorientierter Kenntnisse als Grundlage wirtschaftlicher Überlegungen.
   - Eine sachlich bestimmte (positive) von einer normativen Aussage unterscheiden können (z. B. die Höhe des BSP für einen Rechnungszeitraum; die Einkommensverteilung ist ungerecht);
   - formulieren können, daß wirtschaftliche Entscheidungen auf Sachinformationen basieren müssen;
   - mit dieser Erkenntnis Beispiele lösen und konstruieren können.

3. Wirtschaftliche Tätigkeit als Grundlage menschlicher Existenz Komplexität und Interdependenz wirtschaftlicher Prozesse.
   - Verschiedene Wünsche und Ziele des Menschen aufzählen können, zu deren Verwirklichung wirtschaftliche Tätigkeit die Grundlage bildet;
   - an einem Beispiel gegenüber stellen können, daß wirtschaftliche Erscheinungen für die Teilnehmer des wirtschaftlichen Geschehens von unterschiedlicher Auswirkung sind (z. B. Inflation, Arbeitslosigkeit, Steuererhöhung);
   - ein Beispiel konstruieren können, das die Interdependenz wirtschaftlicher Prozesse deutlich macht, so wie deren Wirkungen und Rückwirkungen auf andere Lebensbereiche.

Literatur: Eucken: Nationalökonomie wozu? Samuelson, Bd. I, S. 17–21. Hicks, S. 7–16.

Begriff und Wesen der Wirtschaft

1. Notwendigkeit wirtschaftlicher Tätigkeit.
   - Sinngemäß formulieren können, daß die Ursache des Wirtschaftens der quantitative Konflikt zwischen den knappen Mitteln und den Bedürfnissen ist;
   - Beispiele aufzählen können, bei denen eine Entscheidung darüber getroffen werden muß, welche Bedürfnisse durch den Einsatz knapper Mittel befriedigt werden sollen.

2. Menschliche Bedürfnisse als Triebkraft des Wirtschaftens.
   - Den Begriff des Bedürfnisses definieren und verschiedene Bedürfnisarten unterscheiden können (z. B. individuelle – kollektive);
   - Beispiele und Gegenbeispiele nennen können, die deutlich machen, daß die Bedürfnisse die Triebkraft des Wirtschaftens sind;
   - eine Prioritätenskala seiner Bedürfnisse aufstellen und die Subjektivität seiner Bedürfnisse erkennen können;
   - das Engel-Schwabesche Gesetz erläutern und auswerten können.

3. Manipulierbarkeit der Bedürfnisse.
   - Beispiele für manipulierte Bedürfnisse nennen können;
   - Vorteile der manipulierten Bedürfnisse aus der Sicht der Produzenten begründen können;
   - Auswirkungen auf die Konsumenten der Gesellschaft und Gesamtwirtschaft erläutern können.

4. Wirtschaftliche Güter als Mittel zur Bedürfnisbefriedigung.
   - Sinngemäß formulieren können, daß ein ökonomisches Gut durch folgende Kriterien gekennzeichnet ist: Nutzen, Nachfragen, Knappheit, Preis;
   - den Begriff des wirtschaftlichen Gutes definieren und zu dem des freien Gutes abgrenzen können;

– wirtschaftliche Güter und Dienstleistungen unterscheiden können in Konsum- und Investitionsgüter, komplementäre und substitutive Güter sowie in Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

Literatur: Paulsen, Bd. I, S. 7–11, 127, 131. Mändle, S. 27–32. Carell, S. 15–21. Ortlieb-Dörge, S. 209–232. Packard, S. 217–277.

III. Wirtschaftssubjekte und Wirtschaftspläne

1. Träger wirtschaftlicher Entscheidungen (Struktur).
   – Unterscheiden können zwischen Wirtschaftssubjekt und Wirtschaftsobjekt;
   – verschiedene Träger (und ihre Anzahl) wirtschaftlicher Entscheidungen (Haushalt, Unternehmung, Staat) nennen und untergliedern können;
   – die einzelnen Funktionen (produzieren, konsumieren, sparen, investieren) den Trägern wirtschaftlicher Entscheidungen zuordnen können.

2. Ökonomisches Prinzip.
   – Das ökonomische Prinzip formulieren und zwischen Minimal- und Maximal-Prinzip unterscheiden können;
   – Beispiele für die Anwendung des ökonomischen Prinzips in ökonomischen und außerökonomischen Bereichen nennen und bilden können;
   – Beispiele des ökonomischen Prinzips für die einzelnen Träger wirtschaftlicher Entscheidungen konstruieren können.

3. Wirtschaftspläne.
   – Die Merkmale eines Wirtschaftsplanes aufschreiben können (gegenwärtige und erwartete Daten als Grundlage, Prioritätenskala, die zur Verfügung stehenden Mittel, Zuordnung der Mittel, Zukunftsbezogenheit des Plans, Planungsunsicherheit, da erwartete und realisierte Größen nicht übereinstimmen, Planrevision);
   – einen Wirtschaftsplan am Beispiel des Haushaltes aufstellen können;
   – die einzelnen Zielvorstellungen (Nutzenmaximierung, Gewinnmaximierung, Geltungs-, Macht-, Sicherheitsstreben, soziale Ziele, politische Ziele) den Trägern wirtschaftlicher Entscheidungen zuordnen können.

Literatur: Stobbe, S. 12–16. Schneider, Bd. I, S. 13–23. Paulsen, Bd. I, 131–139.

IV. Rahmenbedingungen der Wirtschaft

1. Bevölkerung.
   – Am Beispiel der BRD die unterschiedlichen Merkmale der Bevölkerung aufzählen können (z. B. Alterszusammensetzung, Bildungsstand, Krankenstand, Wirtschaftsgesinnnung);
   – Den Altersaufbau der Bevölkerung graphisch darstellen können;
   – die Gesetzmäßigkeit in der Bevölkerungsentwicklung erkennen und beurteilen können (Baade);

- die Veränderungen des Altersaufbaus (z. B. höhere Kinderzahl, Verlängerung des Lebensalters) im Hinblick auf die Bedarfsstruktur und das Arbeitsangebot an Beispielen erläutern können (in gleicher Weise ist mit den anderen Merkmalen zu verfahren);
- die ökonomisch-demographische Grundgleichung erläutern und anhand von Zahlenbeispielen anwenden können.

2. Natürliche Ressourcen.
   - Am Beispiel der BRD die unterschiedlichen Ressourcen (geologische, geographische und klimatische Gegebenheiten) aufzählen können;
   - die Bodenschätze lokalisieren und die Verkehrswege beschreiben können, um unterschiedliche Standorte ableiten zu können;
   - die Wechselwirkung zwischen den natürlichen Ressourcen und der Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft herausarbeiten können.

3. Gesellschaftliche Ordnung.
   - Am Beispiel der BRD die drei Teilbereiche (Recht, Politik, Wirtschaft) der gesellschaftlichen Ordnung nennen können;
   - Wechselwirkungen zwischen rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen herausarbeiten können;
   - die wesentlichen Merkmale einer marktwirtschaftlichen und einer zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung erläutern können (Verhältnis Staat und Wirtschaft, Träger der Planungsentscheidungen, Wettbewerb, Eigentumsverfassung);
   - aus dem Grundgesetz die für die Wirtschaftsordnung der BRD relevanten Artikel heraussuchen können;
   - aus dem Grundgesetz die wirtschaftlich relevanten Artikel unter dem Aspekt erörtern, ob sie eine andere Wirtschaftsordnung zulassen und die entsprechenden Artikel aufschreiben können.

Literatur zu 1: Brand, S. 64–70. Paulsen, Bd. I, S. 14–24. Samuelson, Bd. I, S. 44–55. Baade, S. 25–38. Sauermann, Bd. I, S. 73–108, Wirtschaft und Statistik.
Literatur zu 2: HdW., Bd. II, Kraus, S.547–632.
Literatur zu 3: Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, S. 78–123 und 162–205. Hartwich, Sozialstatspostulat. Ortlieb-Dörge, Bd. II, S. 17–47. Paulsen, Bd. I, S. 33–49.

V. Merkmale der Wirtschaft

1. Arbeitsteilung und kapitalintensive Produktion.
   - Das Prinzip der Arbeitsteilung formulieren können;
   - an Beispielen verschiedene Arten (gesellschaftliche, technische, geographische) der Arbeitsteilung erklären können;
   - die Vor- und Nachteile der Arbeitsteilung gegenüberstellen können;
   - Beispiele für die Substitution von Arbeit durch Kapital nennen können;
   - den umfangreichen Einsatz von Sachkapital bei der modernen Produktion aufzeigen und begründen können.

2. Güter- und Leistungsaustausch.
   - Begründen können, daß die Arbeitsteilung einen Austausch von Gütern und Leistungen erforderlich macht;
   - unterschiedliche Märkte aufzählen können;
   - verschiedene Austauschrelationen (= Preise), die sich im Prinzip durch Angebot und Nachfrage auf den Märkten bilden, herausarbeiten können (z. B. ein — Butter = 1 — Honig);

3. Geld.
   - Die Tauschfunktion des Geldes, Geld als Recheneinheit und die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes unterscheiden und an Beispielen erklären können;
   - aus diesen Funktionen den Begriff des Geldes ableiten können;
   - zwischen Bar- und Buchgeld unterscheiden und ihre Merkmale (z. B. hinsichtlich der Übertragbarkeit, Liquidität) gegenüberstellen können;
   - aus einer vorgegebenen Statistik das Verhältnis von Bar- und Buchgeld errechnen können.

Literatur: Paulsen,Bd. I, S. 28–33. Samuelson, S. 66–80. Lipsey, S. 655–667. Veit, S, 19–95, Berichte der Deutschen Bundesbank.

VI. Wirtschaftskreislauf

1. Beziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten.
   - Den einfachen Wirtschaftskreislauf zeichnen und beschreiben können;
   - in das Bild des einfachen Wirtschaftskreislaufs, Sparen und Investieren, einbeziehen können;
   - die Beziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten im Gleichungssystem darstellen können.

2. Auswirkungen von Planrevisionen.
   - Auswirkungen von Planrevisionen einzelner Wirtschaftsaggregate (Haushalte, Unternehmungen) auf den Wirtschaftskreislauf anhand vorgegebener Zahlenbeispiele lösen können, z. B. Änderung der Geldmenge, des Volkseinkommens, des privaten Verbrauchs, der Spartätigkeit, der Investitionstätigkeit;
   - den Einfluß des Staates und des Auslandes auf den Wirtschaftskreislauf skizzieren können.

3. Ausblick auf wesentliche ökonomische Probleme.
   - Anhand des Wirtschaftskreislaufs herausarbeiten können, welche wirtschaftlichen Fragen grundsätzlicher Art in späteren Kursen noch ausführlicher untersucht werden müssen: z. B. Einkommensbildung, Verteilungs-Preisbildungs-, Geldwert-, Wachstumsprobleme.
     1. Warum kommt es zu Geldwertschwankungen?
     2. Warum kommt es zu Konjunkturschwankungen?

3. Welchen Einfluß hat der Staat auf das wirtschaftliche Geschehen?
4. Wie bilden sich die Preise?
5. Warum besteht eine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung?

Literatur: Stobbe, S. 109–160. Schneider, Bd. I. Paulsen, Bd. I, S. 65–95.

Übungsteil:

- Systematische Einordnung von Bedürfnissen und Gütern
- Darstellung und Auswertung von Statistiken u. a.
- Aufstellung eines Verbrauchsplans
- Auswertung von Statistiken (Bevölkerungspyramide, 4-Phasen-Schema von Baade)
- Gegenüberstellung der natürlichen Ressourcen in „armen" und „reichen" Ländern an ausgewählten Beispielen
- Grundrechte in der BRD im Hinblick auf die Gesellschaftsordnung
- Entwicklung des Schaubildes zum Wirtschaftskreislauf
- Graphische Darstellung und Auswertung von Statistiken über Geld und Güterströme.

2.2 Geld und Kredit (6stündig)

Kursziel: Eine arbeitsteilige Wirtschaft ist ohne ein geordnetes Geld- und Kreditwesen nicht funktionsfähig. Wer über Funktion und Bedeutung des Geldes nicht Bescheid weiß, kann den Wirtschaftsprozeß weder ganz erkennen noch richtig verstehen. Deshalb sollen grundlegende Vorstellungen über die Rolle des Geldes und des Kredits in der Wirtschaft gewonnen werden.

Lernziele und Unterrichtsinhalte

I. Entstehung, Funktionen, Arten des Geldes

1. Entstehung des Geldes
   - zwischen der Natural-Eigenwirtschaft und der Natural-Tauschwirtschaft unterscheiden können
   - die Nachteile der Natural-Tauschwirtschaft aufschreiben und an Beispielen begründen können
   - Beispiele für Zwischengüter aufschreiben können, die Wertmesser und Tauschmittel sein können
   - Zwischengüter mit Waren- und Geldcharakter und mit reinem Geldcharakter unterscheiden können
   - die Vorteile der Geldwirtschaft formulieren und an Beispielen begründen können
2. Bedeutung des Geldes
   - Zirkulationsformen des Geldes (Geld als Geld, Geld als Kapital) unterscheiden können
   - formulieren können, daß Geld Anweisung auf den Güterberg ist
   - die Bedeutung des Geldes für die moderne, arbeitsteilige Verkehrswirtschaft herausarbeiten können
   - Geld als Quelle von Ungleichgewichten analysieren können
3. Funktionen und Begriff des Geldes
   - als Fazit der bisherigen Überlegungen die Wertaufbewahrungs-, die Rechen- und Zahlungsmittelfunktion des Geldes unterscheiden und an Beispielen erklären können
   - ferner als weitere Funktion die Funktion des Geldes als gesetzliches Zahlungsmittel an Beispielen erklären können
   - am Beispiel von Inflationen den Prozeß des Funktionsverlustes erklären können
4. Arten des Geldes
   - zwischen Münzen, Papier- und Giralgeld unterscheiden können
   - die Merkmale der Geldarten gegenüberstellen können
   - Umfang und Zusammensetzung der Geldarten anhand der Bundesbankberichte feststellen können

II. Ordnung des Geldwesens

1. Begriff der Währung
   - den Begriff der Währung binnen- und außenwirtschaftlich definieren können
2. Währungssysteme
   - die einzelnen Währungen einordnen und als Überblick aufschreiben können
   - formulieren können, daß bei den gebundenen Währungen die Knapphaltung des Geldes automatisch durch die Bindung an knappe Güter erfolgt
   - formulieren können, daß bei manipulierten Währungen die Knapphaltung des Geldes durch die Zentralnotenbanken erfolgt
   - die Merkmale einer Papierwährung aufschreiben und ihre Vor- und Nachteile gegenüber den Metallwährungen herausarbeiten können
   - am Beispiel Deutschlands von etwa 1800 bis heute die einzelnen Währungssysteme identifizieren und unterscheiden können
3. Grundprinzipien der Goldwährung
   - die Vorzüge einer Weltwährung aufzeigen können
   - die Begriffe Freiprägbarkeit, Prägegrundsatz und Goldautomatismus erklären können
   - ein Beispiel konstruieren können, das das Funktionieren des Goldautomatismus deutlich macht und seine Wirkungen und Rückwirkungen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche der beteiligten Staaten
   - die Voraussetzungen einer internationalen Goldwährung (freie Verkehrswirtschaft, staatliche Abstinenz bzgl. autonomer Konjunkturpolitik und protektionistischer Maßnahmen, Preisflexibilität, Vertrauen in den Automatismus) begründen können
   - die Vor- und Nachteile der Goldwährung gegenüberstellen können

III. Geldangebot und Geldnachfrage

1. Begriff von Geldangebot und Geldnachfrage
   - den Begriff des Geldangebotes im Hinblick auf die Anbieter Bundesbank und Geschäftsbanken differenzieren und abgrenzen können
   - den Begriff der Geldnachfrage entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft differenzieren und abgrenzen können
2. Geldvolumen
   - formulieren können, daß sich das Geldvolumen aus dem Zentralbankgeld bei Nichtbanken und den Sichteinlagen der Nichtbanken zusammensetzt, sowie die einzelnen Bestandteile aufzählen können
   - den Umfang und die Entwicklung des Geldvolumens (Geld und Quasigeld) anhand der Berichte der Bundesbank ablesen und graphisch darstellen können

3. Technik der Geldschöpfung und Geldvernichtung
   - die Voraussetzungen des Ein-Bank-Systems (Wicksell'sche Idealbank) beschreiben können
   - Beispiele für Geldschöpfungs- bzw. Geldvernichtungsprozesse finden und kontenmäßig durchrechnen können
   - unterscheiden können zwischen primären und sekundären Aktiva
   - den Begriff der Geldschöpfung und Geldvernichtung definieren können
4. Geldschöpfung und Geldvernichtung der Bundesbank
   - zwischen einstufigem Bankensystem und zweistufigem Mischgeldbankensystem unterscheiden können
   - die Notwendigkeit der Arbeitsteilung des Bankwesens aufgrund der mannigfachen Aufgaben ableiten können
   - zwischen dem Münzprivileg des Staates und dem Notenprivileg der Bundesbank unterscheiden können
   - die Sonderstellung der Bundesbank begründen können
   - die wichtigsten Anlässe der Geldschöpfung (Erstausstattung, Kredite an Staat und Geschäftsbanken, Kauf von Wertpapieren, Umtausch von Devisen) erläutern können
   - mit dieser Kenntnis selbständig die wichtigsten Anlässe der Geldvernichtung erarbeiten können
   - Ursachen und Umfang der Geldschöpfung bzw. Geldvernichtung am Beispiel zweier aufeinanderfolgender Bundesbankbilanzen analysieren können
   - Umfang und Entwicklung der Bilanz der Bundesbank am Beispiel der DM-Eröffnungsbilanz und der letzten Jahresbilanz erläutern können
5. Geldschöpfung und Geldvernichtung der Geschäftsbanken
   - Anlässe der Giralgeldschöpfung selbständig herausarbeiten können
   - aktive und passive Giralgeldschöpfung definieren und unterscheiden können
   - die Begriffe Barreserve, Mindestreserve und Überschußreserve definieren und an Zahlenbeispielen diese Größen berechnen können
   - die Grenze der Giralgeldschöpfung für ein einzelnes Geldinstitut nennen und begründen können
   - die multiple Giralgeldschöpfung mit und ohne Bargeldabflüssen tabellarisch darstellen können
   - aus der tabellarischen Darstellung die geometrische Reihe und daraus den Giralgeldschöpfungsmultiplikator ableiten können
   - die Auswirkungen veränderter Mindestreservesätze und veränderter Zahlungsgewohnheiten auf die multiple Giralgeldschöpfung berechnen können
   - gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der multiplen Giralgeldschöpfung an Beispielen aufzeigen können

6. Ziele und Aufgaben der Bundesbank
   - die Notwendigkeit der Kontrolle der multiplen Giralgeldschöpfung begründen können
   - die Ziele der Bundesbank entsprechend dem Bundesbankgesetz erläutern können
   - Vor- und Nachteile der Autonomie der Bundesbank gegenüberstellen können
   - die institutionelle Absicherung der Autonomie im Aufbau der Bundesbank erläutern können
7. Kreditpolitisches Instrumentarium der Bundesbank
   - formulieren können, daß durch die Beeinflussung der Liquidität der Geschäftsbanken die wirtschaftliche Aktivität belebt oder gedämpft und somit die Stabilität der Währung angestrebt werden kann
   - Begriff, Auswirkungen und Grenzen der Diskont- und Lombardpolitik erläutern können
   - Begriff, Auswirkungen und Grenzen der Mindestreservenpolitik erläutern können
   - Begriff, Auswirkungen und Grenzen der Offenmarktpolitik erläutern können
   - Begriff, Auswirkungen und Grenzen der Kreditrestriktionen erläutern können
   - Begriff, Auswirkungen und Grenzen des Bardepotgesetzes erläutern können
   - die Marktkonformität der einzelnen Instrumente untersuchen können
8. Faktoren der Geldnachfrage
   - Beispiele für die Möglichkeiten der Geldverwendung (Ausgabe, Anlage, Barreserve) erläutern können
   - aus diesen Beispielen die Motivationen für die Kassenhaltung (Transaktions-, Vorsichts-, Spekulationsmotiv) ableiten können
   - kurz- und langfristige Faktoren benennen können, von denen die Höhe der Transaktionskasse abhängt
   - die Gleichung für die geplante Geldnachfrage aus dem Transaktionsmotiv ($L_T = k \cdot Y$) ableiten und graphisch darstellen können
   - den Verlauf der Kurve für die Transaktionskasse begründen können
   - Gründe nennen können, die die Veränderung des Kassenhaltungskoeffizienten verursachen
   - Veränderungen des Kassenhaltungskoeffizienten graphisch darstellen und deren Einfluß auf die Transaktionskasse erläutern können
   - die Gleichung für die geplante Geldnachfrage aus dem Spekulationsmotiv ($L_S = L_S\,(i)$) ableiten und graphisch darstellen können
   - den Verlauf der Kurve für die Spekulationskasse begründen können
   - Gründe nennen können, die zu einer Veränderung der Liquiditätspräferenz führen
   - Veränderungen der Liquiditätspräferenz graphisch darstellen und deren Einfluß auf die Spekulationskasse erläutern können

9. Monetäres Gleichgewicht
   - die Gleichgewichtsbedingung L = M formulieren und erläutern können
   - die Voraussetzungen des monetären Gleichgewichts (Geldmenge konstant, Liquiditätspräferenz gegeben und damit die Kurve im Koordinatenkreuz, Kassenhaltungskoeffizient gegeben und damit die Kurve im Koordinatenkreuz, Volkseinkommen konstant, geplante Transaktionskasse wird vorzugsweise realisiert) beschreiben können
   - durch Vereinigung der Graphen für die Transaktions- und die Spekulationskasse das monetäre Gleichgewicht graphisch darstellen und den Gleichgewichtszins finden können
   - bei Konstanz aller übrigen Größen die Wirkung einer Veränderung des Volkseinkommens auf das monetäre Gleichgewicht graphisch darstellen und erläutern können
   - bei Konstanz aller übrigen Größen die Wirkung einer Veränderung der Geldmenge (z. B. durch Maßnahmen der Bundesbank) auf das monetäre Gleichgewicht graphisch darstellen und erläutern können
   - bei Konstanz aller übrigen Größen die Wirkung eines veränderten Volkseinkommens und einer veränderten Geldmenge (z. B. im Falle einer Krise, eines Booms) auf das monetäre Gleichgewicht graphisch darstellen und erläutern können

IV. Binnenwert des Geldes

1. Begriff und Messung der Kaufkraft
   - formulieren können, daß die Kaufkraft der reziproke Wert des allgemeinen Preisniveaus ist
   - an Beispielen die Veränderung der Kaufkraft errechnen können
   - die Beziehungen zwischen dem allgemeinen Preisniveau und der Kaufkraft graphisch darstellen können
2. Ermittlung des allgemeinen Preisniveaus
   - die Schwierigkeiten nennen können, die der Ermittlung eines allgemeinen Preisniveaus entgegenstehen
   - mit dieser Erkenntnis die Notwendigkeit einer Repräsentativmethode einsehen können
   - den Großhandelspreis- und den Lebenshaltungskostenindex erklären und unterscheiden können
   - den Preisindex für die Lebenshaltung nach Art der Haushalte und nach Gütern und Dienstleistungen differenzieren können
   - die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung graphisch darstellen können
   - die Entwicklung der Nominal- und Reallöhne graphisch darstellen können
3. Begründung der Kaufkraft
   - mögliche Ursachen nennen können, die die Kaufkraft des Geldes begründen
   - formulieren können, daß die Kaufkraft des Geldes durch seinen Stoffwert bestimmt wird (= Metallismus)

- formulieren können, daß die Kaufkraft des Geldes durch seine gesellschaftliche Funktion bestimmt wird (=Nominalismus)
- den geldwerttheoretischen Ansatz des „Metallismus" und des „Nominalismus" vergleichen können

4. Veränderungen der Kaufkraft
   - die klassische Produktionskostentheorie kritisch infragestellen können
   - die naive und die modifizierte Form der Quantitätstheorie erläutern und kritisch untersuchen können
   - Beispiele anhand der Fisher'schen Verkehrsgleichung konstruieren und lösen können
   - die Einkommenstheorie als Möglichkeit, kurzfristige Kaufkraftschwankungen sichtbar zu machen, formulieren können
   - die unterschiedlichen Ansatzpunkte und Auffassungen von Wicksell und Keynes vergleichen können
   - die Ausgabentheorie als spezielle Variante der Einkommentheorie identifizieren können
   - die Liquiditätstheorie erläutern und ihre sozialpsychologische Betrachtungsweise gegenüber den anderen theoretischen Ansatzpunkten abgrenzen können
   - abschließend die vielfältigen Bemühungen der Geldtheorie, Kaufkraftveränderungen zu erklären, vergleichen und ihren geringen Erklärungswert begründen können

V. Störungen des monetären Gleichgewichtes

1. Begriff der Geldwertstabilität
   - den Begriff der Inflation definieren können
   - formulieren können, daß die Operationalisierung der Geldwertstabilität eine politische Entscheidung ist
   - Ursachen von Geldwertänderungen nennen können
2. Inflation
   - den Begriff der Inflation definieren können
   - Formen der Inflation sowohl nach der Sichtbarkeit als auch nach der Schnelligkeit des Preisanstiegs erläutern können
   - am Beispiel der Inflation nach dem 1. Weltkrieg den Verlauf einer galoppierenden, offenen Inflation analysieren können
   - am Beispiel der Inflation nach dem 2. Weltkrieg den Verlauf einer trabenden, verdeckten Inflation analysieren können
   - am Beispiel der BRD den Verlauf einer schleichenden, offenen Inflation analysieren können
   - Ursachen der Inflation aufgrund der Veränderungen der Gesamtnachfrage und des Gesamtangebotes an Gütern und Denstleistungen differenziert herausarbeiten und Gegenmaßnahmen vorschlagen können

- die Voraussetzungen und Ursachen der Nachfrageüberschuß-Theorie begründen können
- die Voraussetzungen und Ursachen der Anbieterinflations-Theorie begründen können
- die Verzahnung der Nachfrageüberschuß- und der Anbieterinflations-Theorie im Konjunkturablauf erläutern und begründen können
- Indikatoren der Inflation der Nachfrageüberschuß- bzw. der Anbieterinflations-Theorie zuordnen können
- Wirkungen der Inflation, auf die einzelnen Träger wirtschaftlicher Entscheidungen bezogen, herausarbeiten können
- mögliche Auswirkungen der Inflation auf den Außenhandel, bedingt durch das Verhältnis Binnen- und Außenwert des Geldes, begründen können

3. Deflation
   - den Begriff der Deflation definieren können
   - Formen der Deflation sowohl nach der Sichtbarkeit als auch nach der Schnelligkeit des Preisverfalls erläutern können
   - Formen der Deflation nach der Elastizität der Kostengüterpreise unterscheiden können
   - am Beispiel der Weltwirtschaftskrise den Verlauf einer Deflation analysieren können
   - Ursachen der Deflation auf Grund der Veränderungen der Gesamtnachfrage und des Gesamtangebotes an Gütern und Dienstleistungen differenziert herausarbeiten und Gegenmaßnahmen vorschlagen können
   - Wirkungen der Deflation, auf die einzelnen Träger wirtschaftlicher Entscheidungen bezogen, herausarbeiten können
   - mögliche Auswirkungen der Deflation auf den Außenhandel, bedingt durch das Verhältnis Binnen- und Außenwert des Geldes, begründen können

4. Maßnahmen zur Beseitigung monetärer Störungen
   - die Manipulation der Geld- und Kreditmenge als Maßnahme zur Stabilisierung des Preisniveaus und somit der Kaufkraft nennen können
   - als Träger dieser Maßnahmen die öffentliche Hand und die Bundesbank unterscheiden können
   - aus dem Stabilitätsgesetz die preispolitisch relevanten Paragraphen heraussuchen und im einzelnen auf ihre Wirksamkeit prüfen können
   - eine auf das Ziel der Geldwertstabilität ausgerichtete Gegenüberstellung anfertigen können, die den kontraktiven bzw. expansiven Einsatz der Instrumente der Fiskal-, Geld-, Außenhandels- und Lohnpolitik beinhaltet

VI. Außenwert des Geldes

1. Begriff der Parität
   - den Begriff der Parität definieren können
   - zwischen Gold-, Kaufkraft- und Kursparität unterscheiden können

2. Ermittlung der Wechselkurse
   - den Begriff des Wechselkurses definieren und zwischen Devisen und Sorten unterscheiden können
   - die Ursachen der Wechselkurshöhe mit Hilfe der Kaufkraftparitäts- und der Zahlungsbilanztheorie erklären und diese Theorie kritisch beurteilen können
   - zwischen Preis- und Mengennotierung unterscheiden können
   - zwischen flexiblen und festen Wechselkursen unterscheiden können
   - die Vor- und Nachteile dieser beiden Möglichkeiten gegenüberstellen können
   - die Begriffe „floating" und „crawling peg" selbständig einordnen und interpretieren können

3. Veränderung der Wechselkurse
   - selbständig erkennen können, daß Wechselkurse, die auf der Basis fester Paritäten festgesetzt sind, sich den veränderten Wertverhältnissen zweier Währungen nur administrativ anpassen lassen
   - die Revalvation definieren und ihre Folgen am Beispiel der BRD herausarbeiten können
   - die Devalvation definieren und ihre Folgen am Beispiel Großbritanniens herausarbeiten können
   - die Wechselkursveränderungen einiger europäischer Staaten seit 1945 tabellarisch zusammenstellen können

4. Internationale Zahlungsabkommen
   - die Notwendigkeit eines internationalen Zahlungsabkommens begründen können
   - die Zielsetzung eines solchen Abkommens formulieren können
   - am Beispiel des Währungs- und Finanzabkommens von Bretton Woods die Grundelemente (Prinzip fester Wechselkurse, Verpflichtung zu Interventionen, Konvertibilität der Währungen, Internationaler Währungsfonds) eines solchen Abkommens herausarbeiten können
   - Ursachen für das Versagen des Abkommens von Bretton Woods in den letzten Jahren analysieren können
   - mit dieser Erkenntnis verschiedene Vorschläge für eine neue Weltwährungsordnung vergleichen können

5. Zahlungsbilanz
   - formulieren können, daß eine Zahlungsbilanz eine Statistik außenwirtschaftlicher Transaktionen darstellt, die die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Liquidität einer Volkswirtschaft wiedergibt
   - den Inhalt der Teilbilanzen erläutern können
   - den Aufbau der Zahlungsbilanz, nach dem Schema der Bundesbank, erklären können

- an Beispielen den Einfluß der einzelnen Teilbilanzen auf die Zahlungsbilanz deutlich machen können
- zwischen formalem Ausgleich und Gleichgewicht der Zahlungsbilanz unterscheiden können
- den Umfang und die Entwicklung der Zahlungsbilanz anhand der Berichte der Bundesbank ablesen und graphisch darstellen können
- mögliche Ursachen von Zahlungsbilanz-Ungleichgewichten nennen können
- die Notwendigkeit einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz begründen können
- Möglichkeiten aufzählen können, ein Zahlungsbilanz-Ungleichgewicht zu beseitigen
- im einzelnen zwischen formellen und materiellen sowie zwischen marktwirtschaftlichen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Ausgleich unterscheiden können
- Zielkonflikte zu anderen Zielen des Magischen Vierecks aufzeigen können

Literaturanregungen

Andreae u. a.: Geldtheorie und Geldpolitik
Bundesbankberichte
Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: Leistung in Zahlen
Dörge: Schleichende Inflation?
Dürr: Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik
Ehrlicher: Kompendium der VWL, Bd. II
Friedman: Kapitalismus und Freiheit
Haller: Problem der Geldwertstabilität
Halm: Geld, Außenhandel und Beschäftigung
Retiet: Grundlagen des internationalen Währungssystems
Rose: Kompendium der VWL, Bd. I
Schmölders: Geld- und Währungspolitik
Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Bd. III
Statistisches Jahrbuch
Strucken: Deutsche Geld- und Kreditpolitik
Veit: Reale Theorie des Geldes
Wirtschaft und Statistik
Woll: Allgemeine Volkswirtschaftslehre

Anregungen für Übungen:

a) Berechnungen des Geldvolumens und seine Entwicklung auf der Grundlage von Bundesbankberichten

b) Analyse der Geldschöpfung der Zentralbank und des Bankensystems anhand von Monatsberichten der Deutschen Bundesbank

c) Analyse der Geldpolitik der Zentralnotenbank auf der Grundlage der Jahresberichte der Bundesbank

d) Untersuchungen des Einflusses von Diskontsatzänderungen auf Zinsniveau

e) Vergleich internationaler Diskontsätze und der sich daraus ergebenden Konsequenzen

f) Auswertung der Mindestreservestatistik Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

g) Wirkung von Änderungen der Zahlungsgewohnheiten auf die Kassenhaltung

h) Auswirkungen der Änderungen von Geldvolumen und Volkseinkommen auf den Gleichgewichtszinssatz

i) Ermittlung der Inflationsfaktoren anhand von Statistiken

j) Buchungen in der Zahlungsbilanz

k) Strukturanalyse von verschiedenen Zahlungsbilanzen

l) Graphische Darstellung von Wechselkursentwicklung

Anregungen für die schriftliche Leistungskontrolle im Kurs Geld und Kredit

1. Das Geldvolumen soll nicht mehr so schnell wachsen –
   Die Bundesregierung hat neue Vorschläge über eine europäische Stabilitätspolitik vorgelegt, in deren Mittelpunkt der Versuch steht, die hohen Zuwachsraten des Geldvolumens herabzudrücken. Die Zuwachsraten, die zur Zeit zwischen 15 und 20 Prozent im Jahr liegen, sollten einmal halbiert und später auf eine wünschenswerte Größenordnung von sechs Prozent gesenkt werden.

   Kennzeichnen Sie den Ablauf von Geldschöpfungsprozessen und machen Sie mit Bezug auf die obige Pressemitteilung deutlich, inwiefern es sich nicht nur um ein nationales Problem handelt.

2. Die Bundesregierung zahlte im Juni/Juli d. J. den bei der Deutschen Bundesbank stillgelegten Konjunkturzuschlag in Höhe von ca. 3,9 Mrd DM zurück.

   Zeigen Sie anhand der Fisher'schen Verkehrsgleichung die möglichen Auswirkungen dieser Rückzahlung auf den Geldwert auf und kommen Sie dabei auch zu einer allgemeinen Beurteilung der Gleichung!

3. Erläutern Sie den Einfluß der Mindestreserve und der Zahlungsgewohnheiten auf die Giralgeldschöpfung der Kreditinstitute!

4. Stellen Sie das monetäre Gleichgewicht graphisch dar und erläutern Sie Ihr Vorgehen!
   Untersuchen Sie anhand der Graphik für das monetäre Gleichgewicht den Einfluß einer expansiven Geldpolitik auf das Zinsniveau im Falle einer schweren Krise und einer leichten Rezession!

5. Erklären Sie an einem selbstgewählten Beispiel den Prozeß der multiplen Giralgeldschöpfung der Kreditinstitute, und begründen Sie die Notwendigkeit einer Kontrolle der Geldschöpfung der Kreditinstitute in einer marktwirtschaftlichen Ordnung durch die Zentralbank!

6. Der Deutschen Bundesbank wird durch das Bundesbankgesetz als primäre Aufgabe die Sicherung des Geldwertes zugewiesen.

Dazu steht ihr das geldpolitische Instrumentarium zur Verfügung, bei dessen Einsatz die Bundesbank autonom, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig, ist.

Diskutieren Sie, ob die autonome Stellung der Bundesbank sinnvoll ist!

7. „Jede Inflation gefährdet Wohlstand, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit."
   Untersuchen Sie diese Behauptung, besonders im Hinblick auf die schleichende Inflation.

8. Der Preisindex der Lebenshaltungskosten eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes hat sich in der BRD in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	Jahr
2,3	3,0	3,0	2,3	3,4	3,5	1,4	1,5	2,8	3,8	5,2	Veränderung in % gegenüber Vorjahr

In einer Diskussion, an der Vertreter der Unternehmer, Regierung und Opposition teilnehmen, werden zu dieser Entwicklung des Geldwertes folgende Ansichten vertreten:

1. Der Vertreter der Unternehmer macht für die Geldentwertung die hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften verantwortlich, die automatisch zu Preissteigerungen führen müssen.
2. Der Oppositionssprecher beschuldigt dagegen die Regierung einer unverantwortlichen Ausgabensteigerung, die zur Geldentwertung geführt habe.
3. Der Vertreter der Regierung vertritt den Standpunkt, daß die zu beobachtende Geldentwertung durch außenwirtschaftliche Faktoren (höhere Inflationsrate im Ausland, Devisenzuflüsse) verursacht sei.

Prüfen Sie die vertretenen Auffassungen auf ihre sachliche Berechtigung! Versuchen Sie, eine eigene Begründung für die Entwicklung des Geldwertes zu geben!

9. Eine Inflation verursacht nicht nur binnenwirtschaftliche Schwierigkeiten, sie stellt auch den Außenhandel vor erhebliche Probleme. Das gilt auch für Lateinamerika. So wäre es denkbar, daß unter den Bedingungen einer „galoppierenden Inflation" in Rio de Janeiro Kaffeebohnen aus Kenya billiger sind als Bohnen brasilianischer Pflanzer. Um dies zu verhindern, gibt es außenwirtschaftlich nur eine einzige Möglichkeit. Aufmerksamkeit hat in diesem Zusammenhang die brasilianische Wechselkursstrategie erregt, den Cruzeiro laufend in kurzen Zeitabständen im Wert um relativ geringe Raten zu ändern, statt ihn selten und in drastischen Schritten im Wert anzupassen, wie es sonst üblich ist. Man nennt dieses Verfahren „Crawling peg". (Deutsch etwa: schleichende Anpassung.)

Seit Beginn des Experiments im August 1968 wurde die brasilianische Währung nicht weniger als 33mal angepaßt. Es gilt, die Differenz der inlän-

dischen Inflationsrate und der Geldentwertungsrate der wichtigsten Handelspartner jeweils durch eine Wertveränderung des Cruzeiro auszugleichen.
Die brasilianische Lösung wird von Experten als beispielhaft für Lateinamerika angesehen, denn die Erfolge liegen auf der Hand. Ganz nebenbei konnten die brasilianischen Währungspolitiker noch einen Erfolg verbuchen, um den sie von ihren Kollegen in Europa beneidet werden: Die Spekulation gegen den Cruzeiro wurde durch den „Crawling peg" sinnlos.

Aufgabe: 1. Stellen Sie die in Form des „Crawling peg" angewandte Wechselkursänderung dar und zeigen Sie die damit erzielbaren Erfolge auf.
2. Welche anderen Maßnahmen könnten sonst in den lateinamerikanischen Volkswirtschaften ergriffen werden, um die Zahlungsbilanz auszugleichen?

10. Auch heute wird hin und wieder die Frage aufgeworfen, ob die Wiedereinführung der Goldwährung in der BRD angesichts einer Goldreserve von ca. 15 Milliarden DM und US-Dollar-Anlagen von ca. 56 Milliarden DM möglich und sinnvoll sei.
Untersuchen Sie diese Frage!

11. „Fast jeder hat davon gehört, daß die Banken auf eine geheimnisvolle Art und Weise in der Lage seien, Geld aus der Luft zu machen. Indes, nur wenige verstehen wirklich, wie der Prozeß verläuft.
In Wahrheit gibt es daran gar nichts Geheimnisvolles oder Unverständliches. Jeder intelligente Mensch kann Schritt für Schritt verfolgen, was auf den Bankkonten geschieht. Die Erklärung des Vorganges der Giralgeldschöpfung ist sogar höchst einfach. Die zahlreichen weitverbreiteten falschen Erklärungen dagegen sind weit schwerer zu verstehen.
Diese falschen Erklärungen besagen, daß die Direktoren einer Geschäftsbank in der Lage seien, unter Zuhilfenahme ihres Füllfederhalters, auf Grund der bei ihnen eingezahlten DM, einige weitere DM zusätzlich auszuleihen. Kein Wunder, daß praktische Bankiers rotsehen, wenn man ihnen ein derartiges Verhalten zuschreibt. Sie wünschten nichts lieber, als daß sie das könnten! Jeder Bankier weiß nur zu gut, daß er Geld, daß er nicht hat, nicht ausleihen kann.
Die Bankiers fallen daher oft ins entgegengesetzte Extrem. Sie behaupten manchmal, daß auch das Bankensystem als Ganzes nicht in der Lage sei, Geld zu schöpfen. „Schließlich", sagen sie, „können wir doch nur das anlegen, was man bei uns stehenläßt. Wir schöpfen doch nichts. Wir legen lediglich die bei uns eingelagerten Ersparnisse wieder produktiv an."
Bankiers, die so argumentieren, haben jedoch unrecht. Sie sind einem alten Lieblingsfehler erlegen, dem „Trugschluß der Verallgemeinerung": Was für den einzelnen zutrifft, gilt nicht notwendig für alle. Das Bankensystem als Ganzes ist imstande, etwas zu tun, was die einzelne Bank nicht tun kann! Das Bankensystem als Ganzes kann seine Ausleihungen um ein Mehrfaches seiner Einlagen ausdehnen."

Aufgabe: Erläutern Sie bitte diese Ausführung von Paul A. Samuelson!

12. „In einer Depression ist die Zentralbank allein machtlos, weil sie nur das Angebot an liquiden Mitteln, nicht die Nachfrage beeinflussen kann. Sie wird zwar den Diskontsatz und die Pflichtreserven herabsetzen und durch expansive Operationen am offenen Markt einen Druck auf die Geldmarktzinsen, ja in gewissem Umfang auch auf das Zinsniveau am Kapitalmarkt ausüben können, aber sie vermag ja niemandem Kredite für Investitionszwecke aufzuzwingen, der keine rentablen Chancen sieht. In dieser Situation ist sie also unbedingt auf die Mitwirkung der öffentlichen Hand als Steuerfiskus, als Kreditnehmer und als öffentlicher Auftraggeber angewiesen.

(Giersch, Herbert: Allgemeine Wirtschaftspolitik – Grundlage – Wiesbaden 1960, 356 S., S. 256 f.)

Aufgabe: Erklären Sie bitte diesen Text!

13. **Test: Geldtheorie und Geldpolitik**

Die richtigen Antworten sind zu durchstreichen!

1. Die Theorie der Anbieterinflation basiert auf der Annahme
   a) daß die Preise marktdeterminiert sind,
   b) daß das mengenmäßige Konsumgüterangebot preisunelastisch ist,
   c) die Preise durch die Produzenten autonom auf dem Markt festgesetzt werden,
   d) die Preise kosten- und/oder gewinndeterminiert sind.

2. Die Mindestreserve ist
   a) der Prozentsatz, den die Zentralbank festlegt,
   b) der Teil der Sichtguthaben, Spareinlagen, Termineinlagen, der bei der Zentralbank zinslos unterhalten werden muß,
   c) der Teil der Barreserve eines Kreditinstitutes, der bei der Zentralbank zinslos gehalten werden muß,
   d) der Teil der Barreserve, der den Kreditinstituten zur Geldschöpfung zur Verfügung steht.

3. Der Ankauf primärer Aktiva durch die Zentralbank von Nichtbanken
   a) führt zu einer Verringerung des Geldvolumens,
   b) führt lediglich zu einer vorübergehenden Ausdehnung des Geldvolumens, das sie bei Fälligkeit zurückgezahlt werden müssen,
   c) erhöht das Geldvolumen,
   d) hat keinesfalls eine Auswirkung auf die Geldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute.

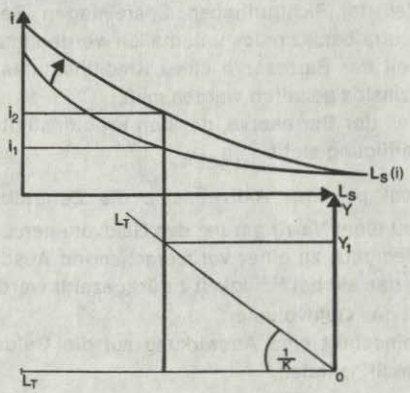
4. Die multiple Giralgeldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute ist abhängig
   a) von den Zahlungsgewohnheiten,
   b) von der Höhe der Investitionen,
   c) von r und c,
   d) von der Höhe der Überschußreserve.

5. Die Autonomie der Bundesbank
   a) ist im Grundgesetz verankert,
   b) bedeutet die Unabhängigkeit der Bundesbank bei der Festsetzung der Wechselkurse,
   c) findet ihre Grenze in der Kontrolle durch das Parlament,
   d) schließt nicht aus, daß die Vertreter der Bundesregierung an den Sitzungen des Zentralbankrates teilnehmen dürfen.

6. Unter Geldvolumen versteht man
   a) den Bestand an Zentralbankgeld in einer Volkswirtschaft,
   b) die Summe aus Bar- und Buchgeld,
   c) den Bestand an Zentralbankgeld außerhalb der Kreditinstitute und die Sichteinlagen der Nichtbanken bei den Kreditinstituten,
   d) die Summe aus Bargeld, Buchgeld und Spareinlagen.

7. Die Gleichung $L_T = k \cdot Y$
   a) ist eine Definitionsgleichung,
   b) eine Hypothese über das Konsumverhalten der Haushalte,
   c) ist eine Verhaltensgleichung,
   d) ist eine Funktion 1. Grades.

8. Die folgende Graphik veranschaulicht
   a) den Einfluß einer veränderten Liquiditätspräferenz auf die Höhe des Gleichgewichtszinssatzes,
   b) die Auswirkungen von Planänderungen der Wirtschaftssubjekte auf das Zinsniveau,



c) ist eine Verhaltensgleichung,

d) die Möglichkeit der Zentralbank über Rediskontkontingente das Zinsniveau zu beeinflussen.

9. Die Offenmarktpolitik

a) wirkt kontraktiv stärker als expansiv,

b) besteht im Ankauf und Verkauf von kurz-, mittel-, langfristigen, festverzinslichen Wertpapieren durch die Zentralbank,

c) beinhaltet auch den An- und Verkauf von Aktien,

d) hat einen Zins- und Mengeneffekt.

10. Bei der Darstellung des monetären Gleichgewichtes müssen folgende Voraussetzungen beachtet werden.

a) der Kassenhaltungskoeffizient ist abhängig von der geplanten Spekulationskasse,

b) die Liquiditätspräferenz ist gegeben und kurzfristig konstant,

c) die Wirtschaftssubjekte befriedigen zunächst die Spekulationskasse,

d) die Geldmenge ist konstant.

2.3 Makroökonomie (6-stündig)

Kursziel: Aufbauend auf dem Kurs Geld und Kredit soll gezeigt werden, welche Einflüsse von der Konsumgüternachfrage der Haushalte und der Investitionsgüternachfrage der Unternehmungen auf die Höhe des Volkseinkommens und der Beschäftigung ausgehen. Dabei soll die Einsicht vermittelt werden, daß eine sich selbst überlassene Volkswirtschaft entgegen der Auffassung des klassischen Liberalismus nicht automatisch zu einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung tendiert. Daraus soll die Erkenntnis der Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung (Globalsteuerung) gewonnen werden.

Lernziele und Unterrichtsinhalte (Makroökonomie)

I. Wiederholung des Kreislaufmodells siehe Grundkurs I, Abschnitt VI

II. Entstehung und Verwendung des Sozialproduktes

1. Entstehungsrechnung des Sozialproduktes
   - die Begriffe Bruttosozialprodukt, Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen), disponibles Einkommen, Nettoinlandsprodukt unterscheiden und erklären können;
   - in der Lage sein, eine Systematik der Einkommensbegriffe aufzustellen;
   - die Einkommensentstehungsrechnung des Statistischen Bundesamtes nachvollziehen und erläutern können.

2. Verwendungsrechnung des Sozialproduktes
   - die Arten der Einkommensverwendung nennen können;
   - die Anteile aus vorgegebenen Zahlen berechnen und Veränderungen der Anteile im langfristigen Zeitablauf feststellen können;
   - die Bedeutung einer prozentualen Verschiebung zwischen den Einkommensverwendungsarten für das Wachstum an Zahlen belegen können.

III. Die Determinanten des Volkseinkommens und der Beschäftigung in kurzfristiger Betrachtungsweise (Keynesianische Theorie)

1. Der formale Aufbau der keynesianischen Theorie
   - Faktoren aufzählen, die die Höhe des Volkseinkommens und der Beschäftigung bestimmen;
   - zwischen solchen Faktoren unterscheiden, die nur langfristig und solchen die kurzfristig das Volkseinkommen beeinflussen;
   - die Faktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nennen und den ökonomischen Aggregaten zuordnen können;
   - zwischen Definitions- und Verhaltensgleichungen unterscheiden und Beispiele bilden können;
   - zwischen ex post Identität und Gleichgewicht unterscheiden;

- statische, komparativ-statische und dynamische Betrachtungsweisen voneinander abgrenzen können.

2. Konsum- und Sparfunktion
   - Bestimmungsgründe des makroökonomischen Konsums nennen;
   - die Verhaltenshypothese für die Konsumfunktion formulieren und in analytischer Form schreiben können;
   - zwischen autonomem und vom Volkseinkommen abhängigem Konsum unterscheiden können;
   - Konsumfunktionen der Art $C = Ca + cY$ an Zahlenbeispielen tabellarisch und graphisch darstellen können;
   - den Verlauf der Konsumkurve diskutieren und die darin zum Ausdruck kommenden Hypothesen zum Konsumverhalten erläutern;
   - durchschnittliche und marginale Konsumquote definieren, ableiten und berechnen können;
   - unterscheiden können zwischen einer Bewegung auf der Konsumkurve und einer Verlagerung der Kurve im Koordinatensystem;
   - Ursachen aufzählen können, die zu einer Veränderung der Konsumeignung und damit zu einer Veränderung der Konsumkurve im Koordinatensystem führen können;
   - Bestimmungsgründe für das Sparen in einer Volkswirtschaft nennen;
   - daraus die Verhaltensgleichung S (Y) ableiten können;
   - die spezielle Verhaltensgleichung $S = -Sa + sY$ tabellarisch und graphisch an Zahlenbeispielen entwickeln können;
   - die im Verlauf der Sparkurve zum Ausdruck kommenden Hypothesen zum Sparverhalten diskutieren können;
   - marginale und durchschnittliche Sparquote definieren und unterscheiden können;
   - Gründe nennen, die zu einer Veränderung der Sparneigung führen können;
   - Veränderungen der Sparneigung graphisch darstellen können;
   - Zusammenhänge zwischen Konsum- und Sparfunktion darstellen können;
   - an Beispielen zeigen können, daß sowohl marginale Spar- und Konsumquote als auch durchschnittliche Spar- und Konsumquote addiert immer 1 ergeben;
   - das Basiseinkommen definieren können.

3. Die Investitionsfunktion
   - die Begriffe Investitionen und Kapital als Produktionsfaktor voneinander abgrenzen können;
   - zwischen autonomen Investitionen und gewinnabhängigen Investitionen unterscheiden können;
   - Beispiele für autonome und gewinnabhängige Investitionen nennen;
   - Bestimmungsgründe für Investitionen aufzählen;

- Kosten-Erlös-Vergleiche für Investitionen an Beispielen rechnerisch durchführen können;
- daraus die Bedingungen für die Durchführung gewinnabhängiger Investitionen ableiten können;
- Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals definieren können;
- Gründe nennen und erklären können für die fallenden Grenzleistungsfähigkeiten des Kapitals bei steigenden Investitionen;
- die Investitionskurve I (i) ableiten und diskutieren können;
- Ursachen für eine Veränderung der Investitionsneigung nennen und an Beispielen erläutern können;
- Veränderung der Investitionsneigung graphisch darstellen können;
- graphisch darstellen können, daß ein steigendes Zinsniveau nicht zur Einschränkung der Investitionstätigkeit führt, wenn dies durch eine höhere Investitionsneigung kompensiert wird;
- zwischen kurz- und langfristigen Investitionen und deren unterschiedlicher Zinselastizität unterscheiden können.

4. Das Gleichgewichtseinkommen bei autonomen Nettoinvestitionen
   - in einfachen Zahlenbeispielen bei gegebener Konsumfunktion und gegebenen Nettoinvestitionen in einer Tabelle bei alternativen Werten des Volkseinkommens die Werte für C und S berechnen;
   - anhand der Tabelle die vier Fälle des Ungleichgewichtes verbal und in Gleichungsform darstellen können;
   - die Wirkungen eines gesamtwirtschaftlichen Angebotsüberschusses und Nachfrageüberschusses anhand der Tabelle erklären;
   - aus der Tabelle das Gleichgewichtseinkommen ermitteln können;
   - aus einem vorgegebenen Beispiel die Gleichgewichtsbedingung sowohl mit Hilfe der Konsum- als auch der Sparfunktion ($Y = C(Y) + Ia : S(Y) = Ia$) ableiten können;
   - die Gleichgewichtsbedingung unter Verwendung der speziellen Konsumfunktion $C = Ca + cY$ ableiten können;
   - das Gleichgewichtseinkommen rechnerisch und graphisch unter Benutzung der Konsum- und Sparfunktion darstellen können.

5. Der einfache Multiplikatorprozeß (Keynesische Multiplikator)
   - unter Verwendung der Gleichgewichtsbedingung die Veränderung des Volkseinkommens berechnen, wenn sich die autonomen Nettoinvestitionen dauerhaft um den gleichen Betrag erhöhen;
   - den Multiplikatorausdruck $\frac{1}{s}$ graphisch und algebraisch ableiten können;
   - Multiplikatoren bei verschiedenen margnalen Konsumquoten berechnen können;

- den Multiplikatoreffekt in dynamischer Betrachtungsweise (Lundberg-lag) in einer Tabelle veranschaulichen und ökonomisch interpretieren können;
- den Multiplikatoreffekt dynamisch mit Hilfe der Sequenzanalyse graphisch veranschaulichen;
- die Voraussetzungen für den Multiplikatoreffekt zusammenfassen und mit den Gegebenheiten der Realität kritisch vergleichen können;

6. Gleichgewichtseinkommen und Multiplikatoreffekt bei vom Volkseinkommen abhängigen Nettoinvestitionen
   - die Investitionsfunktion $I = Ia + mY$ diskutieren können;
   - die marginale Investitionsquote definieren und ableiten können;
   - die Gleichgewichtsbedingung in allgemeiner und spezieller Form aufschreiben und ableiten können;
   - das Gleichgewichtseinkommen sowohl rechnerisch als auch graphisch unter Verwendung der Konsum- und Sparfunktion darstellen können;
   - die Unterschiede gegenüber der Behandlung des Gleichgewichtseinkommens bei autonomen Nettoinvestitionen aufzeigen können;
   - die verschiedenen Auswirkungen auf das Volkseinkommen und die Beschäftigung im Vergleich zur Darstellung des Gleichgewichts bei autonomen Nettoinvestitionen ökonomisch begründen können;
   - analog zum Einfachmultiplikator den Supermultiplikator ableiten und die stärkere Wirkung wirtschaftlich interpretieren können;
   - Supermultiplikator $\frac{1}{s\text{-}m}$ an Beispielen berechnen können:
   - die Wirkung des Supermultiplikators auf das Volkseinkommen in kontraktiver und expansiver Richtung graphisch darstellen können;

7. Das Gleichgewicht bei vom Zinssatz abhängigen Nettoinvestitionen
   - die Gleichgewichtsbedingung für das güterwirtschaftliche Gleichgewicht formulieren können ($S(Y) = I(i)$);
   - das güterwirtschaftliche Gleichgewicht bei gegebener Investitions- und Sparfunktion graphisch darstellen können;
   - die Auswirkungen eines veränderten Zinsniveaus auf die Höhe der Investitionen und des Volkseinkommens graphisch veranschaulichen können;
   - die Wirkung einer veränderten Investitionsneigung auf die Höhe des Gleichgewichtseinkommens verbal und graphisch darstellen können;
   - die Wirkungen einer veränderten Spar- bzw. Konsumneigung auf Volkseinkommen und Beschäftigung zeichnerisch und verbal ausdrücken können.

IV. Das Gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht

- formulieren können, daß die monetären Faktoren bei der voraufgehenden Behandlung des Gleichgewichtes unberücksichtigt geblieben sind;
- ausdrücken können, daß sich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht aus dem monetären und realen Gleichgewicht ergibt;

- die Gleichgewichtsbedingungen für das monetäre ($L = M$; $M = Ls + L_T$) und das güterwirtschaftliche ($S(Y) = I(Y)$) aufschreiben und erklären können;
- die Voraussetzungen für die Behandlung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zusammen fassen und erklären können;
- das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Form des erweiterten Palanderdiagramms durch Aneinanderfügen der Graphen für das monetäre und güterwirtschaftliche Gleichgewicht geometrisch darstellen können;
- das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nach der Methode von Hicks graphisch darstellen können;
- die drei typischen Bereiche der L/M-Kurve nennen und beschreiben können;
- formulieren können, daß alle variablen ökonomischen Größen des Systems (I, i, S, Y, Ls, L_T) interdependent sind;
- feststellen können, daß je nach der Konsum-, Investitions-, Sparneigung, Liquiditätspräferenz, Kassenhaltungskoeffizient und Geldvolumen viele möglichen Gleichgewichte entstehen können;
- formulieren können, daß im Gegensatz zur Auffassung der Klassiker nur im Ausnahmefall ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung identisch ist;
- verbal ausdrücken können, daß kurzfristige Schwankungen (Konjunkturschwankungen) des Volkseinkommens und der Beschäftigung durch Änderungen in der Investitionsneigung, Konsumneigung, Liquiditätspräferenz, Geldmenge etc. verursacht werden können;
- die besondere Bedeutung der Investitionen für die Höhe des Volkseinkommens und seine qualitative Zusammensetzung begründen können; und damit die Macht derjenigen erkennen, die über die Investitionen in einer Volkswirtschaft entscheiden;

  die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen zur Konjunktursteuerung aus der nicht vorhandenen Tendenz zum Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung begründen können.

V. Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes

1. Auswirkungen einer veränderten Geldmenge
   - Wirkungen einer Erhöhung der Geldmenge auf i, Y, I, S, L in einer leichten Krise graphisch darstellen und begründen können;
   - analog die Wirkung einer kontraktiven Geldpolitik im Falle eines Booms graphisch darstellen und diese Graphik ökonomisch begründen können;
   - die Wirkungslosigkeit der Geldpolitik in einer schweren Krise (Liquiditätsfalle) am Hicksdiagramm oder erweiterten Palanderdiagramm darstellen und erläutern können;
   - feststellen können, daß Veränderungen der Liquiditätspräferenz und des Kassenhaltungskoeffizienten prinzipiell die gleichen Wirkungen verursachen wie eine Veränderung der Geldmenge;

- die Notwendigkeit zusätzlicher staatsvermittelter Investitionen aus der Wirkungslosigkeit der Geldpolitik in einer schweren Krise begründen können;
- nachweisen können, daß zusätzliche staatsvermittelte Nettoinvestitionen gleichbedeutend mit einer Erhöhung der privaten Investitionsneigung sind.

2. Auswirkungen einer veränderten Investitionsneigung
   - die Wirkung einer erhöhten Investitionsneigung aufgrund zusätzlicher staatsvermittelter Investitionen im Falle einer schweren Krise graphisch darstellen und die Veränderung der relevanten ökonomischen Größen dynamisch interpretieren können;
   - ermitteln, daß im Fall einer schweren Krise (keynesischer Bereich der L/M-Kurve) die Vergrößerung des Volkseinkommens aufgrund der unendlichen Zinselastizität der Spekulationskasse aus dem einfachen Multiplikator 1/s resultiert;
   - die unterschiedlichen Auswirkungen der erhöhten Investitionsneigung im Fall einer schweren Krise und leichten Rezession vergleichen und begründen können;
   - den Ausdruck für den eingeschränkten Multiplikator aufschreiben und dessen einzelne Elemente erklären können;
   - nachweisen können, daß der eingeschränkte Multiplikator zum einfachen Multiplikator wird, wenn die Investitionen zinsunelastisch sind (autonome Investitionen) oder die Zinselastizität der spekulativen Nachfrage nach Geld unendlich groß ist;
   - nachweisen können, daß im klassischen Bereich der L/M-Kurve eine erhöhte Investitionsneigung keine Multiplikatorwirkung auf das reale Volkseinkommen hat, sondern lediglich inflatorische Prozesse ausgelöst werden;
   - beispielhaft begründen können unter Verwendung des Hicksdiagramms oder erweiterten Palanderdiagramms, daß eine Veränderung der Konsum- bzw. Sparneigung im Prinzip gleiche Wirkungen für die Höhe des Volkseinkommens und der Beschäftigung zeitigen, wie eine Veränderung der Investitionsneigung;
   - in einer Matrix-Darstellung die Wirkungen veränderter Investitionsneigung, Spar- und Konsumneigung, Geldmenge, Liquiditätspräferenz, Kassenhaltungskoeffizienten auf I, i, S, Y, Ls, L_T zusammenfassen;

3. Auswirkungen einer veränderten Geldmenge und Investitionsneigung
   - gleichzeitige Veränderungen von Geldvolumen und Investitionsneigung im Fall einer Krise oder eines Booms graphisch darstellen und die Wirkungen auf Volkseinkommen und Beschäftigung beschreiben können;
   - erfassen, daß eine erfolgreiche Konjunkturpolitik häufig erst aus einem kombinierten Einsatz von Geldpolitik und staatlichen Maßnahmen resultiert;

VI. Die Wirkungen veränderter Ausgaben und Einnahmen des Staates auf das Volkseinkommen und die Beschäftigung

- die Beziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten in einer geschlossenen Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität im Wirtschaftskreislauf darstellen und erläutern können;
- die Einkommensentstehungs- und -verwendungsgleichung aufstellen können;
- zwischen Transformations- und Transferausgaben unterscheiden können;
- direkte und indirekte Steuern unterscheiden, Beispiele nennen können;
- den Staatsausgabenmultiplikator aus dem Gleichungssystem ableiten und graphisch darstellen können;
- den Staatsausgabenmultiplikator mit dem einfachen Multiplikator vergleichen und seine Wirkung verbal beschreiben können;
- den Steuer- und Transfermultiplikator aus dem Gleichungssystem ableiten, graphisch darstellen und mit dem Staatsausgabenmultiplikator vergleichen können;
- einfache Berechnungen für Staatsausgaben- und Steuermultiplikator durchführen können;
- die Voraussetzungen für die Multiplikatoranalyse zusammenfassen können;
- das Haavelmosche Theorem formulieren und algebraisch beweisen können;
- Beispiele für Multiplikatoreffekte ausgelöst durch staatliche Maßnahmen nennen können, z. B. Rezession 1966/67.

VII. Die Wirkungen des Außenhandels auf die Höhe des Volkseinkommens

- die Beziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten in einer offenen Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität im Wirtschaftskreislauf darstellen und erläutern können;
- die Einkommensentstehungs- und -verwendungsgleichung aufstellen können;
- die Voraussetzungen für den Exportmultiplikator nennen können;
- Multiplikatoren berechnen können;
- den Exportmultiplikator graphisch veranschaulichen können.

VIII. Konjunkturpolitik

1. Zielsetzung

- zwischen Neutralitätspostulat der Klassiker und der beschäftigungspolitischen (fiskalpolitischen) Zielsetzung der Finanzpolitik unterscheiden können;
- das Neutralitätspostulat aus klassischer Sicht begründen und die ideologischen Hintergründe aufzeigen können;
- die fiskalpolitische Zielsetzung begründen und aus der Kritik am Neutralitätspostulat ableiten können;
- das Say'sche Theorem formulieren können;

- Parallel- und antizyklische Finanzpolitik erläutern und ihre unterschiedlichen Auswirkungen am Beispiel des Deutschen Reiches und Schwedens während der Weltwirtschaftskrise belegen können;
- die Arten der Fiskalpolitik (pump priming, automatische Stabilisierung, bewußte antizyklische Politik) nennen und beschreiben können;
- Prinzipien der Globalsteuerung formulieren und diskutieren können;
- die vier Teilziele des § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes nennen können;
- die Operationalisierung der Teilziele entsprechend der Jahreswirtschaftsbereiche nachvollziehen können und sie als politische Aussage klassifizieren können;
- Prüfungen an vorgegebenen Statistiken zur wirtschaftlichen Entwicklung im Hinblik auf die gleichzeitige Realisierung der Teilziele in der Bundesrepublik durchführen können;

2. Konjunkturpolitische Maßnahmen und Träger
   - die Träger der Konjunkturpolitik nennen können;
   - die Instumente der Konjunkturpolitik aufzählen können;
   - die Instrumente der Konjunkturpolitik in einer Matrix-Darstellung mit Zielen und Instrumenten der Konjunkturpolitik als Zeilen- und Spaltenwerten getrennt nach Geld-, Fiskal- und Außenwirtschaftspolitik systematisieren können;
   - die Vor- und Nachteile der einzelnen Instrumente in kontraktiver und expansiver Richtung beschreiben können;
   - die Instrumente des Stabilitätsgesetzes in informative, influenzierende und imperative unterscheiden und die entsprechenden Einzelinstrumente zuordnen können.

3. Grenzen der Konjunkturpolitik
   - Probleme der Diagnose und Prognose aufzeigen können;
   - die Problematik von time- lags beschreiben und zwischen inside lag und outside lag unterscheiden können;
   - Angaben über die Quantifizierung zeitlicher Verzögerungen machen können;
   - Zielkonflikte zwischen den vier Teilzielen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und anderen wirtschaftspolitischen Zielen nennen und an Beispielen belegen können;
   - die Phillipskurve als Ausdruck des Zielkonfliktes zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität beschreiben, darstellen und diskutieren können;
   - Zielkonflikte als Interessenkonflikte zwischen autonomen Gruppen (Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften) und Staat klassifizieren und deren störende Auswirkungen auf die Effizienz staatlicher Konjunkturpolitik nachweisen;

- die Lücken des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes auf dem Gebiet der Außenwirtschaftspolitik, der Lohnpolitik, der Wettbewerbspolitik nennen und begründen können.

4. Kritik an der gegenwärtigen Konjunkturpolitik
   - die wesentlichen Argumente gegen die staatliche Konjunkturpolitik aus
   - neoliberaler Sicht nennen und kritisch diskutieren können;
   - die wesentlichen Argumente gegen die Konjunkturpolitik des Staates aus neomarxistischer Sicht nennen und kritisch reflektieren können.

Literaturanregungen:

Zu I, II: Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band I; Stobbe: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen.

Zu III, IV, V, VI, VII: Dernburg: McDougall: Lehrbuch der Makroökonomischen Theorie; Haller: Finanzpolitik; Hansen: Keynes' ökonomische Lehren; Kolms: Finanzwissenschaft, Band I; Paulsen: Neue Wirtschaftslehre; Rose: Einkommens- und Beschäftigungstheorie, Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Band I; Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band III.

Zu VIII: Friedmann, Milton: Kapitalismus und Freiheit; Gahlen u.a.: Volkswirtschaftslehre, problemorientierte Einführung; Haller: Finanzpolitik und Probleme der Geldwertstabilität; Huffschmid: Politik des Kapitals; Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie, Band II; Marx: Das Kapital und Stabilitäts- und Wachstumsgesetz; Woll: Beitrag in der Festschrift für Schmölders: Geldtheorie und Geldpolitik.

Übungsteil:

- Übungen am Wirtschaftskreislauf,
- graphische Darstellung von Konjunkturschwankungen,
- graphische Darstellung von Beschäftigung, Auftragseingang, Preisentwicklung etc. im Konjunkturablauf,
- Befragung von Unternehmen bezüglich ihrer Investitionsentscheidungen,
- Berechnung von Multiplikatoren,
- Berechnung von durchschnittlicher Konsum- und Sparquote und ihrer Entwicklung,
- Vertiefung der Lehrinhalte durch Aufgaben, Beispiele, Modelle (siehe Übungsbuch zur Volkswirtschaftslehre Teil II, Woll u. a.; E. Schneider, Übungsbuch; Begleitbuch zur Samuelson, Study Guide to accompany, Verlag Mc Craw-Hill book Company; Christmann, Peto, Blatt S. 282-399).

Anregungen für die schriftliche Leistungskontrolle im Kurs Makroökonomie

1. „Es ist der Grundgedanke der klassischen politischen Ökonomie, daß eine von ‚außerwirtschaftlichen' Kräften ungestörte Marktwirtschaft zu einer optimalen Gestaltung der Wirtschaftskräfte tendiere. Deswegen sollten die

Staatsausgaben über das absolut notwendige Maß zur Erfüllung der staatlichen Grundfunktionen hinaus nicht ausgedehnt, sondern nach Möglichkeit minimiert werden, damit nicht der grundsätzlich als von größerer Effizienz betrachteten privaten Wirtschaft unnötigerweise Mittel entzogen werden müßten. Prägnanten Ausdruck findet diese Auffassung in der J. B. Say zugesprochenen Aussage: Der beste Haushaltsplan ist der kleinste." (Heinz Kolms: Finanzwissenschaft I, 3. Auflage, S. 28)

Nehmen Sie zu der im Zitat zum Ausdruck kommenden Auffassung von der Bedeutung der öffentlichen Finanzwirtschaft sachlich begründet Stellung!

2. Stellen Sie das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht graphisch dar, und erläutern Sie Ihr Vorgehen!
   Schlagen Sie konjunkturpolitische Maßnahmen vor, die Sie zur Dämpfung einer überhitzten Konjunktur einsetzen würden!
   Begründen Sie Ihren Vorschlag anhand der graphischen Darstellung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht!

3. Erklären Sie die Multiplikatortheorie an einem selbst gewählten Beispiel! Diskutieren Sie, ob diese Theorie Erklärungswert für die wirtschaftliche Realität besitzt!

4. 2. § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes lautet: „Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen."

   Zitat: Werner Hofmann, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Hamburg 1969, S. 100:

   „Alle Wirtschaftspolitik steht in der Wirtschaftsordnung, von der her sie konzipiert ist und die sie funktionsfähig erhalten will. Wirtschaftspolitik hat insofern einen durchgehend konservierenden Grundzug.
   Wirtschaftspolitik ist allemal Gesellschaftspolitik, und zwar in doppelter Hinsicht:

   1. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen werden von den Bedürfnissen und Interessen des jeweils tragenden Teils der Gesellschaft — und hier wieder: von deren mächtigsten Gruppen — bestimmt. die Rangfolge der wirtschaftspolitischen Ziele, die hieraus entspringt, gibt daher die reale Machtverteilung in der Gesellschaft wieder.

   2. Die Wirtschaftspolitik steht selbst im Dienste übergeordneter gesellschaftspolitischer Zielsetzungen: Indem sie die ökonomischen Positionen der Beteiligten zu stärken sucht, wahrt sie die Interessen der divergierenden Gruppen am Fortbestand des gesellschaftlichen Systems."

Untersuchen Sie, ob die Aussage von Werner Hofmann auch für den § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gilt!

5. Im Winter 1966/67 registrierten die Arbeitsämter in der Bundesrepublik rund 700 000 Arbeitslose und 300 000 Kurzarbeiter. Erstmals seit 1960 kam es zu einem Stillstand im Wachstum des Bruttosozialproduktes.

   Um der Rezession zu begegnen, wurden von der Bundesregierung und Bundesbank u. a. folgende konjunkturpolitischen Gegenmaßnahmen getroffen.

   Die Bundesbank ermäßigte am 6. 1. 1966 den Diskontsatz von 5% auf 4½%, am 17. 2. von 4½% auf 4% und über zwei weitere Etappen am 12. 5. schließlich auf 3%. Die Mindestreservesätze wurden ebenfalls stufenweise in der Zeit von Januar 1967 bis September 1967 gesenkt, wodurch 5,59 Mrd DM Liquiditätsreserven freigesetzt wurden.

   Das Bundeskabinett beschloß am 19. 1. 1967 einen Konjunkturhaushalt in Höhe von 2,5 Mrd DM und die Einführung von Sonderabschreibungen für Investitionsgüter. Am 6./8. September 1967 billigte der Bundestag ein 2. Konjunkturprogramm in Höhe von 5,3 Mrd DM.

   Erklären Sie diese geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen und erläutern Sie deren makroökonomische Auswirkungen mit Hilfe der Ihnen bekannten wirtschaftstheoretischen Instrumente!

   Prüfen Sie ferner die Vereinbarkeit dieser Maßnahmen mit einer **freien sozialen** Marktwirtschaft!

6. Von einigen Konjunkturforschungsinstituten wird die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik für das Jahr 1972 pessimistisch beurteilt. Sie erwarten eine verringerte Kapazitätsauslastung und ein geringeres Wachstum sowie einen Anstieg der Arbeitslosenquote.

   Erläutern Sie die konjunkturpolitischen Maßnahmen, die Sie in dieser Situation ergreifen würden und begründen Sie deren Einsatz!

7. In einer Diskussion wird die Behauptung aufgestellt, daß diejenigen, die die Entscheidungen über die Investitionen in einer Volkswirtschaft treffen, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft bestimmen.

   Nehmen Sie zu diesem Diskussionsbeitrag sachlich begründet Stellung!

8. Im wirtschaftlichen Wettkampf der Gegenwart messen die Staaten ihre Positionen und ihre Zukunftsaussichten in erster Linie am Sozialprodukt und dessen Steigerungsmöglichkeiten.

   Erläutern Sie den Begriff des Sozialproduktes, beurteilen Sie seine Höhe im Hinblick auf den Wohlstand eines Volkes und zeigen Sie mögliche Engpässe für das Wachstum des Sozialproduktes in der BRD auf!

9. Diskutieren Sie die makroökonomische Konsumfunktion C (Y), und prüfen Sie, welche möglichen Einflüsse von einer gleichmäßigen Einkommensverteilung auf die Höhe des Konsums ausgehen können!

10. Nach § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes sollen die Ziele des sogenannten magischen Vierecks Stabilität des Preisniveaus, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges, angemessenes Wachstum gleichzeitig und gleichrangig angestrebt werden.

Äußern Sie sich grundsätzlich zu möglichen Zielbeziehungen in der Wirtschaftspolitik und prüfen Sie, welche Zielbeziehungen für die im Stabilitätsgesetz fixierten Ziele relevant sind! Begründen Sie Ihre Argumentation mit Ihnen bekannten empirischen Untersuchungen und historischen Ereignissen!

11. In dem Kapitel „Menschliche Verhaltensweise und Volkseinkommen" des Buches „Wirtschaftslehre für Höhere Schulen" von Christmann — Petto — Blatt (Bad Homburg v. d. H. — Berlin — Zürich o. J., 444 S.) findet man auf S. 331 die folgende Übersicht:

$\frac{C}{E}$	$\frac{S}{E}$	Wirkung
$=1$	$=0$	kein Sparen — keine Investition und damit volle Reproduktion des Volkseinkommens
<1	>0	Sparen — Lagerbildung (Vorratsinvestition) und damit Kontraktion des Volkseinkommens
>1	<0	Entsparen — Desinvestition der Lagerbestände und damit Expansion des Volkseinkommens

Aufgabe: Überprüfen Sie bitte kritisch die Richtigkeit der in der Übersicht enthaltenen Feststellungen!

12. I. Preisniveaustabilität ist bei Vollbeschäftigung gewährleistet, wenn
    a) die Banken genau so viel ausleihen, wie sie an Geld hereinnehmen;
    b) Angebot und Nachfrage auf dem Geldkapitalmarkt ausgeglichen sind;
    c) die Höhe des realen Volkseinkommens der effektiven monetären Gesamtnachfrage entspricht;
    d) das Budget des Staates ausgeglichen ist;
    e) die gewerkschaftlichen Lohnforderungen den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsverbesserungen gleich sind;
    f) die Zahlungsbilanz ausgeglichen ist.
    (Cassel — Thieme — Woll: Übungsbuch zur Allgemeinen VWL, Band II, Berlin und Frankfurt am Main 1970)

    II. Welche Behauptung ist richtig?

    Begründen Sie bitte Ihre Auffassung!

13. I. Welche der angeführten Maßnahmen sind geeignet, eine bestehende Unterbeschäftigung zu beseitigen oder eine drohende Unterbeschäftigung zu verhindern?

a) Kräftige Steuererhöhungen, vor allem der Verbrauchssteuern, um öffentliche Aufträge finanzieren zu können.

b) Heraufsetzung der Exportzölle und Verminderung der Importzölle.

c) Umfangreiche Exportsubventionen und Besteuerung von Importen.

d) Aufstellung eines Eventualhaushalts, der zusätzliche Aufgaben vorsieht.

e) Kräftiger Ausbau der Sparförderung, Gewährung von Sparprämien usw., um das Geld für Investitionen beschaffen zu können.

f) Übernahme der Olympischen Spiele, großzügige Förderung des Sports, Errichtung von Sportstadien, Regattastrecken u. ä.

(Cassel – Thieme – Woll: Übungsbuch zur Allgemeinen VWL, Band II, Berlin und Frankfurt am Main 1970, Verlag Franz Vahlen)

II. Begründen Sie bitte Ihre Meinung!

14. 1. Die einkommenschaffende Wirkung einer zusätzlichen autonomen Investition hängt von der Höhe des Grenzhangs zum Verbrauch und damit auch von der Höhe des Grenzhangs zum Sparen ab.

2. Je höher der Grenzhang zum Verbrauch ist, um so höher ist die einkommenschaffende Wirkung der zusätzlichen Investition und umgekehrt.

3. Je höher der Grenzhang zum Verbrauch ist, desto größer ist die Anzahl der Perioden, die zum Auslaufen der Einkommensentwicklung notwendig sind.

4. Der Entwicklungsprozeß der Einkommensbildung ist ausgelaufen, wenn $I = S$ geworden ist, d. h. wenn die zusätzliche Investition durch das zusätzliche Sparen aufgezehrt ist.

(Christmann – Petto – Blatt: Wirtschaftslehre für Höhere Schulen, Bad Homburg v. d. H., Tiehlen-Verlag)

Aufgabe: Erläutern Sie bitte diese Aussagen!

15. „Die Kombination von Globalsteuerung (gestützt auf Rahmenplanung) und Marktwirtschaft ist nicht nur Voraussetzung einer Aktion zur Herbeiführung der Stabilität, sie ist auch unter den gegebenen Verhältnissen der Weg zur Rettung der Marktwirtschaft. Um ein Bild aus einem anderen Bereich zu gebrauchen: Mit der globalen Planung und Steuerung erhöhen wir die „Schwelle", von der ab das Verlangen nach verwaltungswirtschaftlichen Maßnahmen virulent wird. Für die Regelung der einzelwirtschaftlichen Beziehungen ist der Wettbewerb das adäquate Mittel, damit die Kombination der Produktionsfaktoren tendenziell in Übereinstimmung mit den Konsumentenwünschen und in optimaler Kostenlage erfolgt. Die Steuerung über diese doppelte Rechenoperation genügt aber nicht, um gewisse gesamtwirtschaftliche Ziele (magisches Dreieck usw.) zu erreichen. Hierzu bedarf es der planvollen makroökonomischen Beeinflussung der Kreislaufgrößen. Die optimale Zuordnung der Lenkungsmittel besteht demnach in der kombinierten Anwendung des Prinzips der Selbststeuerung für die Mikrorelationen

und der Globalsteuerung für die Makrorelationen. Hier ist also logisch kein Widerspruch gegeben; selbstverständlich kann es in der Realität Widersprüche geben."

(Karl Schiller: Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft, Tübingen 1966; zit. nach Störig, Hans Joachim: Wirtschaft, ein Entscheidungsbereich, Frankfurt a. M. – Berlin – Bonn – München 1970, 4. Aufl., 160 S., S. 82)

Aufgabe: Setzen Sie sich bitte kritisch mit dem Text auseinander!

16. **Test: Makroökonomie**

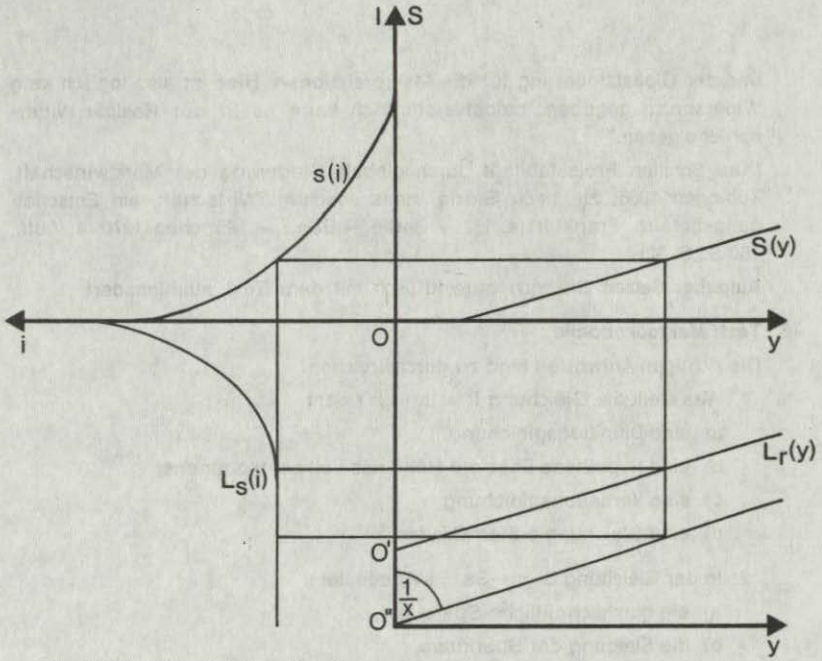
Die richtigen Antworten sind zu durchstreichen!

1. Was stellt die Gleichung $I = Ia + mY$ dar?
   a) eine Difinitionsgleichung,
   b) eine Hypothese über die Höhe des Volkseinkommens,
   c) eine Verhaltensgleichung,
   d) eine Gleichung ersten Grades.

2. In der Gleichung $S = -Sa + sY$ bedeutet s
   a) die durchschnittliche Sparquote,
   b) die Steigung der Sparkurve,
   c) die marginale Sparquote,
   d) den Teil des zusätzlichen Volkseinkommens, der nicht gespart wird.

3. Eine Verlagerung der Konsumkurve im Koordinatensystem kann bedeuten
   a) eine Veränderung des autonomem Konsums,
   b) eine Erhöhung des Volkseinkommens,
   c) eine Veränderung der marginalen Sparquote,
   d) eine Veränderung des autonomem Konsums und der marginalen Konsumquote.

4. Die folgende Graphik veranschaulicht,
   a) die Auswirkung einer veränderten Geldmenge auf das Volkseinkommen im klassischen Bereich der L/M-Kurve,
   b) das monetäre Gleichgewicht,
   c) die Wirkung einer veränderten Sparneigung auf das Volkseinkommen,
   d) die Wirkung einer erhöhten Geldmenge im Fall einer schweren Wirtschaftskrise.



5. Der Ausdruck $\frac{C}{1-c}$ gibt an
   a) den Supermultiplikator,
   b) die Differenz zwischen Konsum und Sparen,
   c) den Steuermultiplikator,
   d) das Haavelmo'sche Theorem.

6. Unter Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals versteht Keynes
   a) den Marktzins, der die Höhe der Investitionen bestimmt,
   b) den Beitrag des Produktionsfaktors Kapital zum Sozialprodukt,
   c) die Kapazitätsgrenze eines Betriebes,
   d) den Zinssatz, der die mit ihm diskontierten, erwarteten Nettoerlöse zusätzlicher Investierungen den Anschaffungskosten gleich macht.

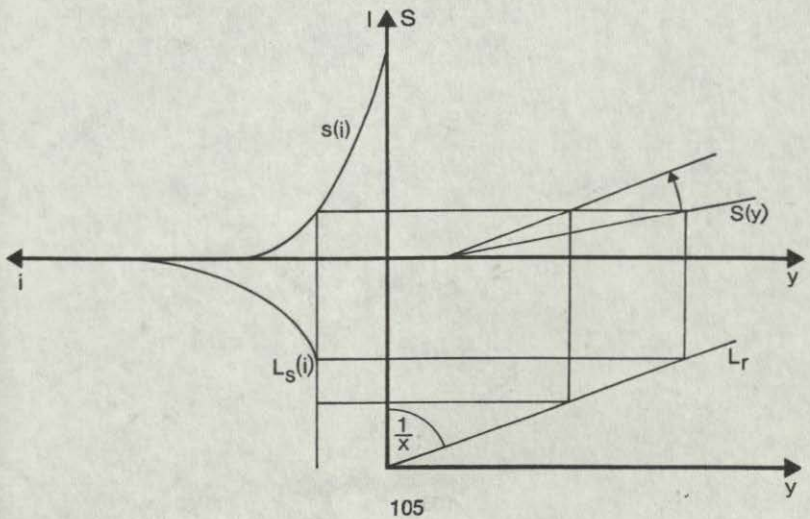
7. Die beiden Aussagen $M = L_T + L_S$; $I(i) = S(Y)$ bedeuten
   a) es herrscht ein partielles Ungleichgewicht,
   b) die Bedingungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts,
   c) die geplante Transaktions- und Spekulationskasse kann realisiert werden, während die geplanten Investitionen und das geplante Sparen nicht übereinstimmen,
   d) alle Pläne der Wirtschaftssubjekte können realisiert werden.

8. Bei $C = 20 + 0{,}9\,Y$ und $Ia = 10$ betragen das Gleichgewichtseinkommen und der Multiplikator
   a) 10
   b) 150
   c) 300
   d) 0,1

9. Antizyklische Fiskalpolitik bedeutet
   a) Steuereinnahmen und Staatsausgaben müssen stets gedeckt sein,
   b) den Verzicht auf Konjunktursteuerung,
   c) bewußter Einsatz der Staatsfinanzen im Sinne des § 1 des Wachstums- und Stabilitätsgesetzes,
   d) das Gegensteuern der öffentlichen Hände zur Vermeidung zu starker Konjunkturausschläge.

10. Das Haavelmo'sche Theorem sagt aus
   a) finanziert der Staat zusätzliche Ausgaben durch Steuererhöhungen, so ist die Wirkung auf das Volkseinkommen neutral,
   b) der Multiplikator beträgt 1,
   c) das Verhältnis zwischen Transfer- und Transformationsausgaben,
   d) Erhöhung der Staatsausgaben um 10 Mrd DM, die durch Steuern finanziert werden, erhöhen das Volkseinkommen um 10 Mrd DM (Staatsausgaben gleich Transformationsausgaben)

11. Die graphische Darstellung veranschaulicht
   a) die Wirkung einer gestiegenen Sparneigung auf das Volkseinkommen in einer Situation, in der die Zinselastizität der Spekulationskasse unendlich groß ist,
   b) die Wirkung einer gestiegenen Sparneigung in einer Situation, in der keine Spekulationskasse geplant wird,
   c) wie sich Planänderungen der Wirtschaftssubjekte auf das Volkseinkommen und die Beschäftigung auswirken,
   d) welchen Einfluß die Unternehmungen in einer Marktwirtschaft auf die Höhe des Volkseinkommens haben.



12. Unter Nettosozialprodukt zu Faktorkosten versteht man
    a) das Volkseinkommen,
    b) das Bruttosozialprodukt minus Abschreibungen,
    c) das Volkseinkommen unter Berücksichtigung der Geldentwertungsrate,
    d) das disponible Einkommen plus direkte Steuern,
    e) das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen abzüglich der indirekten Steuern plus Subventionen.

2.4 Mikroökonomie (6-stündig)

Kursziel: Ausgangspunkt für die unterrichtliche Arbeit innerhalb dieses Kurses sind zunächst die Einzelwirtschaften Haushalte und Unternehmungen bezüglich ihrer Bedeutung als Anbieter und Nachfrager. Auf diese Grundlage sollen die Schüler die zentrale Bedeutung des Marktes und die Art der Preisbildung erkennen. Dabei muß deutlich werden, daß marktliches Geschehen innerhalb unserer Wirtschaftsordnung oft durch das Aufeinanderprallen von einzel- und gesamtwirtschaftlichen Interessen nicht unerheblich gestört wird; das kann z. B. an der Konzentration aufgezeigt werden.

Lernziele und Unterrichtsinhalte (Mikroökonomie)

I. Wertlehre

1. Bestimmungsgründe des Wertes
   - verschiedene Gründe, die den Wert eines Gutes ausmachen(Nutzen usw.), nennen und anhand von Beispielen verdeutlichen können;
   - Ursachen für die Relativität des Wertes aufzählen und an Beispielen veranschaulichen können.
2. Objektive Werttheorien
   - die wichtigsten Merkmale der objektivistischen Werttheorie herausarbeiten können;
   - die Theoriengehalte der Wertlehre von Smith und Ricardo (ggf. auch anderer Klassiker) gegenüberstellen können;
   - die Entwicklung der objektivistischen Wertlehre durch die Sozialisten, insbesondere Marx, darstellen können.
3. Subjektivistische Werttheorien
   - die wichtigsten Merkmale der subjektivistischen Werttheorien herausarbeiten können;
   - das Gossen'sche Sättigungsgesetz und das Gossen'sche Genußausgleichsgesetz formulieren und anhand von Beispielen erklären können;
   - die Grenznutzenanalyse begründen und den Grad der Abnahme des Grenznutzens bei verschiedenen Gütern beschreiben können.

II. Theorie des Haushalts

1. Angebot des Haushalts
   - verschiedene Aktiva, die der Einkommensbeschaffung dienen, nach ihrer Wichtigkeit einordnen können;
   - für die einzelnen Aktiva den Zusammenhang zwischen Preisen und den dazu gehörigen Mengen schaubildlich darstellen können;
2. Dispositionsbereich für Verbrauchsentscheidungen
   - die Auswirkungen des Einkommenbeschaffungsplanes auf die Einkommensverwendungspläne skizzieren können;

- Kriterien nennen können, die bei der Aufteilung des Einkommens berücksichtigt werden können;
- die Aufteilung des Einkommensverwendungsplanes in Vermögens- und Verbrauchsplan durchführen können.

3. Nachfrage des Haushalts
   - die Bestimmungsfaktoren (Preis des Gutes, Preis anderer Güter, reales Einkommen, Nutzenschätzung, Vermögen) der individuellen Nachfrage des Haushalts nach einem Gut erklären können;
   - die Budgetgerade darstellen und definieren können;
   - Budgetgeraden für alternative Konsumsummen schaubildlich darstellen können;
   - den Einfluß von Preisänderungen auf die Budgetgerade graphisch darstellen und erläutern können;
   - eine Indifferenzkurve konstruieren und definieren können;
   - die Eigenschaften der Indifferenzkurve erklären können;
   - Indifferenzkurvenschar als Ausdruck der Verbrauchsstruktur erläutern können;
   - aus der Vereinigung der Indifferenzkurvenschar und der Bilanzgeraden das Haushaltsgleichgewicht graphisch darstellen können;
   - aus der graphischen Darstellung die Bedingungen für das Haushaltsgleichgewicht (Nutzenmaximierung) ableiten können;
   - den Einfluß von Veränderungen des Einkommens und der Preise auf das Haushaltsgleichgewicht graphisch veranschaulichen und erläutern können;
   - aus dem Haushaltsgleichgewicht die Nachfragekurve eines Haushalts entwickeln und graphisch darstellen können;
   - individuelle Nachfragekurven zu einer Gesamtnachfrage Kurve für ein Gut aggregieren können;
   - Bewegungen entlang der Nachfragekurve von Verschiebungen der Nachfragekurve im Koordinatensystem unterscheiden können.

III. Theorie der Unternehmung

1. Nachfrage der Unternehmung
   - die Produktionsfaktoren in ihrer Bedeutung für Unternehmungen verschiedener Wirtschaftsbereiche einordnen können;
   - den Zusammenhang zwischen Preisen und Mengen für die einzelnen Produktionsfaktoren schaubildlich darstellen können (Nachfragekurven).

2. Dispositionsbereich für Produktionsentscheidungen (Ertrags- und Kostenfunktionen)
   - Begriffe input, output definieren können;
   - die Produktionsfunktion vom Typ A (Ertragsgesetz) zeichnerisch darstellen und erklären sowie die Voraussetzungen herausarbeiten können;

- die Produktionsfunktion vom Typ B entwickeln und ihre Unterschiedlichkeit zur Produktionsfunktion vom Typ A aufzeigen können;
- die Ertragskurve (Produktionsfunktion vom Typ A) in eine Kostenkurve überführen und den Kostenbegriff definieren können;
- die Hauptkosteneinflußgrößen nennen können;
- die Abhängigkeit der Kosten vom Beschäftigungsgrad erläutern und graphisch darstellen können;
- die Kostenkurven diskutieren können (Vierphasenschema);
- die Kostenkurven aus der Produktionsfunktion vom Typ B ableiten und erläutern können.

3. Angebot der Unternehmung
   - die Bestimmungsfaktoren des individuellen Angebotes einer Unternehmung erklären können;
   - die Angebotsfunktion graphisch darstellen können;
   - unterscheiden können zwischen Bewegungen auf der Angebotskurve und Verschiebungen von Angebotskurven.

IV. Markt und Marktformen

1. Begriff des Marktes
   - Merkmale des Marktes nennen können.
2. Vollkommener und unvollkommener Markt
   - die Merkmale des vollkommenen Marktes aufzählen und verdeutlichen können;
   - Beispiele für unvollkommene Märkte nennen können.
3. Marktformen im Überblick
   - Marktformenschema entwickeln können;
   - Beispiele für die verschiedenen Marktformen nennen können;
   - Verhaltensweisen der Unternehmungen unterscheiden und den einzelnen Marktformen zuordnen können (z. B. nach Stackelberg).

V. Preis und Preisbildung

1. Preisbildung auf dem vollkommenen atomistischen Markt
   - Erlösplan des Mengenanpassers aufstellen und graphisch darstellen können;
   - die Graphen der Kosten- und Erlöspläne zu einem Koordinatensystem zusammenfassen können;
   - mit Hilfe der Gesamtkosten- (Produktionsfunktion vom Typ A und vom Typ B) und Gesamterlöskurve die Erfolgszone bestimmen können;
   - die Bedingung für die Gewinnmaximierung (Grenzkosten = Grenzerlös) bei Produktionsfunktion vom Typ A ableiten können;

- die Gewinnmaximierung mit Hilfe der Stückerlös- und Stückkostenkurve graphisch darstellen und erläutern können;
- zwischen kurzfristiger und langfristiger Preisuntergrenze unterscheiden können;
- den Verlauf der Angebotskurve bei alternativen Preisen bestimmen können;
- die individuellen Angebotskurven zu einer Gesamtangebotskurve aggregieren können;
- die aggregierte Angebots- und Nachfragekurve in einem Koordinatensystem vereinigen und den Gleichgewichtspreis finden, definieren und seine Eigenschaften nennen können.

2. Funktionen des Preises
   - die Auslese- und die Lenkungsfunktion (Marktautomatismus) des Preises in der freien Marktwirtschaft erläutern können.

3. Elastizität von Angebot und Nachfrage
   - den Begriff der Elastizität verbal und mathematisch definieren können;
   - die unterschiedlichen Elastizitäten in Elastizitätsgrade einteilen können;
   - die unterschiedlichen Elastizitätsgrade an Beispielen demonstrieren können;
   - die praktische Bedeutung der Elastizitätsberechnung aufzeigen können (King'sche Regel; Steuererhöhung);
   - den Zusammenhang zwischen Elastizität und Preisflexibilität beschreiben können;
   - Beispiele für inverse Angebots- und Nachfrageelastizitäten anführen können.

4. Preisbildung auf dem monopolistischen Markt
   - Erlösplan der Monopolisten aufstellen und die Unterschiede zu dem Erlösplan des Mengenanpassers herausarbeiten können;
   - die Graphen der Kosten- und Erlöspläne in einem Koordinatensystem zusammenfassen können (Produktionsfunktion vom Typ A und Typ B);
   - mit Hilfe der Gesamtkosten- und Gesamterlöskurve die Gewinnzone bestimmen können;
   - mit Hilfe der Gesamtkosten- und Gesamterlöskurve das Gewinnmaximum (Cournot'scher Punkt) ermitteln können;
   - mit Hilfe der Grenzerlöskurve und der Grenzkostenkurve das Gewinnmaximum festlegen können.

5. Vergleich zwischen dem Monopolpreis und dem Preis auf dem vollkommenen atomistischen Markt
   - die Funktionen des Monopolpreises und die Funktionen des Gleichgewichtspreises auf dem vollkommenen atomistischen Markt herausarbeiten und die Unterschiede erläutern können;

- die Gefahren der Monopolpreisbildung für die Marktwirtschaft begründen können;
- die Auswirkungen der Monopolpreisbildung auf das Wachstum und auf die Vollbeschäftigung aufzeigen können.

6. Preisbildung auf dem oligopolistischen Markt
   - die geknickte Preis-Absatz-Funktion erläutern können;
   - verschiedene Arten der Oligopole unterscheiden und daraus Tendenzen zum Gruppenmonopol oder ruinösen Konkurrenz begründen können;
   - Unterschiede der Oligopolpreisbildung zur Monopolpreisbildung darstellen können (Sweezy).

7. Staatliche Eingriffe in die Preisbildung
   - zwischen Änderungs- und Anpassungstaxen unterscheiden können;
   - Ursachen und Wirkungen der Festsetzung von Mindestpreisen aufzeigen können;
   - Möglichkeiten der indirekten Preisbeeinflussung aufzählen und erläutern können.

VI. Marktmacht und Wettbewerb

1. Möglichkeiten der Konzentration
   - Ursachen der Zusammenarbeit von Betrieben in den verschiedenen betrieblichen Teilbereichen (Beschaffung, Produktion, Absatz, Finanzierung, Unternehmensleitung, Organisation usw.) nennen können;
   - die verschiedenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit einordnen können in horizontale, vertikale und diagonale Konzentration;
   - unterscheiden können zwischen nationaler und multinationaler Konzentration;
   - die in Frage kommenden juristischen Formen der Konzentration in Kartell, Konzern und Trust unterscheiden können;
   - Schema von Kantzenbach für die Maßnahmen zur Wettbewerbsbeschränkung entwickeln und erläutern können;
   - den Prozeß der Konzentration beschreiben können.

2. Die Problematik der Konzentration
   - die Vor- und Nachteile der Konzentration aus der Sicht der Verbraucher, der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft nennen können;
   - den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht an Beispielen aufzeigen können;
   - den Einfluß der multinationalen Unternehmen auf die internationalen Kapitalströme, die Beschäftigungslage, das Steueraufkommen und die Forschung skizzieren können.

3. Gesetzliche Regelungen
   - die Notwendigkeit der Kontrolle begründen können;
   - die Möglichkeiten einer Konzentrationskontrolle unterscheiden können;
   - die Verbotsgesetzgebung der Alliierten erläutern können;
   - die relevanten Bestimmungen des Kartellgesetzes zur Verhinderung einer Konzentration nennen können;
   - die Lücken des bestehenden Kartellgesetzes aufzeigen können;
   - die Mängel des gültigen Kartellgesetzes im Hinblick auf unsere Wirtschaftsordnung aufzeigen können;
   - die Bestimmungen des Entwurfes zur Novellierung des Kartellgesetzes im Hinblick auf die Änderungen und Verbesserungen gegenüber den alten Bestimmungen nennen können;
   - den Einfluß der Interessentenverbände bei der Entstehung des Kartellgesetzes und bei seiner Novellierung bloßlegen können;
   - die unterschiedliche Argumentation der verschiedenen Gruppen bei der Auseinandersetzung um die Kartelinovelle gegenüberstellen können.

Literatur:

Arndt, Helmut u. a.: Konzentration ohne Kontrolle, Reihe Kritik: 2, Köln-Opladen 1970, 2. Auflage.

Henderson, J. M. und Quandt, R. E.: Mikroökonomische Theorie. Eine mathematische Darstellung, Berlin und Frankfurt am Main 1967.

Huffschmid, Jörg: Politik des Kapitals, Frankfurt 1969.

Sauermann, Heinz: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Band I und Band II, Wiesbaden 1960 und 1964.

Schick, Karl: Mathematik und Wirtschaftswissenschaft, Frankfurt am Main und Hamburg 1969, 2. Auflage.

Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Tübingen 1971.

Stackelberg, H. von: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern und Tübingen 1951, 2. Auflage.

Übungsteil:

- Skalierung individueller Bedürfnisse
- Bedarfsstruktur der Haushalte
- Auswertung von Tabellen zur Ertrags- und Kostenfunktion
- Graphische Darstellung von Kostenverläufen etc.
- Bestimmung von Marktformen auf unterschiedlichen Märkten
- Ermittlung des Einheitskurses an der Börse konfrontiert mit einen konträren Beispiel „versteinerter" Preisbildung
- Graphische Darstellung von Angebots- und Nachfragekurven
- Bestimmung der Elastizität für verschiedene Güter

- Praktische Beispiele zur King'schen Regel
- Praktische Beispiele zur Interdependenz
- Auswertung der Berichte des Kartellamtes zum Ausmaß der Konzentration
- Vergleich der Gesetzesvorschläge zur Fusionskontrolle
- Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile von Konzentrationen in ordnungspolitischer Sicht.

Anregungen zur schriftlichen Leistungskontrolle im Kurs Mikroökonomie

1. Von den Befürwortern der Konzentration werden häufig folgende Argumente angeführt:
   1. Durch die Unternehmenskonzentration werde eine optimale Ausnutzung der jeweils gegebenen Technik ermöglicht (Massenproduktion – sinkende Stückkosten).
   2. Allein die wirtschaftliche Konzentration führe zu finanzkräftigen Großunternehmen, die in der Lage sind, die notwendigen Mittel für die Forschung aufzubringen. In der modernen Wirtschaft können nur Großunternehmen den technischen Fortschritt vorantreiben.
   3. Konzentration sei in einer unstet wachsenden Wirtschaft zur Verringerung des Risikos notwendig.
   4. Im Machtkampf der Giganten können sich nur die Großen durchsetzen, während die Kleinen hilflos untergehen.

   Nehmen Sie zu den vorgetragenen Argumenten kritisch Stellung!
2. Anhand des folgenden Beispiel ist die mikroökonomische Nachfragekurve $q_b = f(p_b)$ abzuleiten. Dabei sind das Vorgehen und die Ergebnisse wirtschaftlich zu begründen!

   Die Indifferenzkurvenschar eines Haushaltes ist durch die Gleichung $15q_a + 10q_b = n$ gegeben.

   Zeichnen Sie die Indifferenzkurven für $n = 30, 60, 90, 120$.

   Die Preise der Güter a und b betragen $p_a = 5$; $p_b = 4$ bzw. $\frac{5}{3}$.

   Dem Haushalt steht eine Konsumsumme von $C = 20$ zur Verfügung.
3. Es wird behauptet, daß in einer freien Marktwirtschaft die Konsumentenwünsche in optimaler Weise befriedigt werden, weil sich das Angebot nach der Nachfrage richtet.
   Untersuchen Sie, inwieweit diese Behauptung für den vollkommenen atomistischen Markt und das vollkommene Monopol zutrifft!
4. Nehmen Sie zu folgender Aussage sachlich begründet Stellung: „Der Mengenanpasser auf dem vollkommenen atomistischen Markt erzielt durch Erlös- bzw. Umsatzmaximierung sein Gewinnmaximum."
5. Man spricht von einer Marktgegenläufigkeit des Arbeitsmarktes gegenüber den Warenmärkten.

Stellen Sie die Marktform des Arbeitsmarktes dar und begründen Sie die Marktgegenläufigkeit anhand der Elastizitätslehre.

Untersuchen Sie dann, welche Folgen sich aufgrund der Interdependenz der Preise aus Lohnerhöhungen ergeben können.

6. Weil die Nachfrage nach Bräuten in Australisch-Ostneuguinea ein völlig unzureichendes Angebot gegenüberstand und die Brautpreise dadurch zu sehr in die Höhe getrieben wurden, mußte jetzt ein Preisstopp verfügt werden. Im Bundesabgeordnetenhaus in Canberra wurde dieser Tage auf Anfrage mitgeteilt, daß eine Papuabraut künftig nicht mehr als etwa 9000 Mark kosten darf. Bisher mußte ein Freier für seine Auserwählte das doppelte auf den Tisch des Hauses blättern und außerdem noch Naturalien liefern. Dieser „Inflation auf dem Brautmarkt" habe ein Ende bereitet werden müssen.

   Erläutern Sie an diesem Beispiel die Möglichkeiten der staatlichen Preisfestsetzung und grenzen Sie sie gegen die „normale" Preisbildung ab.

7. Zeigen Sie die Grenzen eines Angebotsmonopolisten auf in bezug auf seine Preisautonomie und nehmen Sie kritisch zu der Behauptung Stellung: Ein öffentliches Monopol ist wünschenswert, ein privates aber schädlich und im Interesse der Allgemeinheit zu verwerfen.

8. Als vor einigen Jahren die Sektsteuer gesenkt wurde, erhöhte sich der Sektumsatz so stark, daß die Steuereinnahmen des Staates höher waren als vor der Maßnahme. — Als die Tabaksteuer erhöht wurde, um dem Staat zusätzliche Einnahmen zu verschaffen, blieb der gewünschte Erfolg nicht aus: das Tabaksteueraufkommen stieg um mehrere Prozent an.

   Erklären Sie diese Erscheinungen preistheoretisch und stellen Sie die angesprochene Lehre ausführlich dar.

9. Ein Anbieter mit der Zielsetzung der Gewinnmaximierung, der sich als Mengenanpasser auf einem atomistischen Markt verhält, kann seine Produktionskosten in Abhängigkeit vom Beschäftigungsgrad (output) durch die Funktion $K = X^3 - 20\,x^2 + 150x + 200$ darstellen. Es ist seine Angebotskurve unter der Voraussetzung abzuleiten, daß der Marktpreis 102; 90; 80; 70; 60; 50; 40 Geldeinheiten betragen würde.

   Bei der Behandlung des Themas sind die Funktionen für die DK, DVK, DFK, GK und den Gesamterlös für $P = 102$ zu ermitteln. Für sämtliche Kosten- und Erlöskurven sind die Wertetabellen für $0 \leq x \leq 14$ zu errechnen und die Kurven graphisch darzustellen. Ferner sind die Ausstoßmengen für das Betriebsminimum und -optimum sowie für die gewinnmaximale Menge beim Preis 102 rechnerisch und graphisch zu ermitteln.

   Für die graphische Darstellung sind für jeweils 100 K 1 cm, für jede Einheit der Produktmenge (x) 1 cm, für 10 Einheiten DK, DVK, DFK, GK, GEL jeweils 1 cm und für 10 Gesamterlöseinheiten jeweils 1 mm zu wählen.

   Bei der mathematischen Darstellungsform dürfen die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht vernachlässigt werden!

10. **Berlin: April 1972**

Das Berliner Bundeskartellamt verhängte gegen neun westdeutsche Chemiefaserfabriken die höchste Kartellstrafe seiner Geschichte: insgesamt 48,44 Millionen Mark. Die Fädenzieher wurden beschuldigt, den Chemiefasermarkt unter sich aufgeteilt zu haben.

Am härtesten traf es die Glanzstoff-Gruppe: Das Unternehmen von der Wupper, eine Tochter des holländischen Faserkonzerns AKZO NV, wurde mit 21,15 Millionen Mark Bußgeld überzogen, zweieinhalb Millionen Mark mehr als der letzte ausgewiesene Bilanzgewinn. Mit 11,02 Millionen Mark wurde die Deutsche Rhodiaceta, Tochter des französischen Rhône-Poulenc-Konzerns, bestraft. 7,5 Millionen Mark müssen die vornehmen Farbenfabriken Bayer überweisen. Ein Bußgeldbescheid über 5,08 Millionen Mark landete im Briefkasten der Frankfurter Konkurrenz Farbwerke Hoechst. 1,4 Millionen Mark werden bei der Hoechst-Tochter Süddeutsche Chemiefaser fällig und 1,79 Millionen Mark bei der BASF-Tochter Phrix.

Zielsicher hatten die Berliner Kartellschützer die deutschen Mitglieder eines internationalen Ringvereins von Faser-Konzernen ausgehoben, an dem sich freilich die beiden größten nicht beteiligten: der amerikanische Superkonzern Du Pont de Nemours aus Angst vor den noch sehr viel schärferen US-Kartellgesetzen und die englische ICI (Imperial Chemical Industries), die mit niedrigen Faserpreisen verstärkt auf den Weltmarkt vorstoßen will. Den Alleingängen der beiden Großen ist es, so das Bundeskartellamt, zu danken, daß international noch „Spuren von Wettbewerb" übrigblieben. Denn die Internationale der Faserproduzenten wird von nur 14 großen Unternehmensgruppen beherrscht.

Aufgabe: Äußern Sie sich zu den möglichen Ursachen dieser Konzentration und machen Sie die wirtschaftspolitische Zielsetzung und rechtliche Grundlage deutlich, die das Kartellamt zum Eingreifen berechtigte.

11. „Wo nur wenige große Firmen miteinander konkurrieren, nimmt der Wettbewerb notwendigerweise heftige Formen an. Jeder fühlt sich stark, oft strebt er die absolute Monopolstellung an, mindestens aber eine Vormachtstellung, der Konkurrent wird zum Rivalen, der Wettbewerb zum feindlichen Wettkampf, in dem es um Tod und Leben, d. h. um die Erhaltung oder Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz geht. Auch wenn man selbst keine Vormachtstellung anstrebt, ist der Friede ständig bedroht, weil man nicht weiß, was der andere vorhat. Man muß hier nicht nur aufpassen, was die Konkurrenz von sich aus tut, man muß sich auch Gedanken darüber machen, wie sie auf Maßnahmen reagiert, die man selbst trifft, z. B. auf Preis- oder Qualitätsveränderungen oder auch nur auf verstärkte Werbung, und man muß diese Reaktion von vornherein einkalkulieren wie ein Schachspieler, der die Züge seines Gegners vorauszuberechnen sucht und seine eigene Strategie danach einrichtet... Aus alledem folgt, daß in dieser Marktform neben das Streben nach dem maximalen Gewinn das Streben nach Sicher-

heit tritt. Es führt dazu, daß man sich so stark wie möglich macht... Und es bedeutet für die Preispolitik, daß man alles unterläßt, was den Gegner reizen könnte, wie eine Unterbietung, oder was neue Konkurrenten auf den Plan rufen könnte, wie allzu hohe Preise, kurz, daß man möglichst lange an dem Preis festhält, der sich eingespielt hat. Starre Preise über längere Zeiträume werden den oligopolitischen Markt kennzeichnen, wobei der Wettbewerb durchaus nicht zu ruhen braucht, sondern eben nur mit den vergleichsweise ungefährlichen Mitteln der Qualitätsverbesserung und der Reklame geführt wird. Aber hinter diesem friedlichen Verhalten lauert stets der Kampf, den jede Veränderung der allgemeinen Marktbedingungen ausbrechen lassen kann."

(Preiser, Erich: Nationalökonomie heute, München 1960, 2. Auflage, S. 63 und S. 69; zitiert nach: Wimmer, Manfred und Hartwig, Klaus: Gesellschaft und Wirtschaft, Frankfurt/M – Berlin – München 1969, 282 S., S. 172 f.)

Aufgabe: Erläutern Sie bitte diese Ausführungen von Erich Preiser! Untersuchen Sie dabei die Frage, ob die im Text beschriebene Marktstrategie für die oligopolitischen Märkte in der BRD in heutiger Zeit noch zutrifft! Begründen Sie bitte Ihre Meinung!

12. „Die Lage des Monopolisten... ist dadurch charakterisiert, daß er die Angebotsmenge nach freiem Ermessen bestimmen und durch entsprechende Begrenzung des Angebots den Preis oberhalb des Kostenpunktes halten kann. Wenn wir die sicherlich nicht wirklichkeitsfremde Annahme machen, daß er einen möglichst hohen Gewinn erzielen will, so entsteht die Frage, bei welchem Preise er dies Ziel erreichen wird. Wählt er einen hohen Preis, so wächst zwar der Gewinn pro Stück, aber dafür ist die Absatzmenge um so geringer (‚kleiner Umsatz – großer Nutzen'). Wählt er einen niedrigen Preis, so sinkt der Stückgewinn, während die Absatzmenge steigt (‚hoher Umsatz – kleiner Nutzen'). Vor diese Wahl gestellt, wird sich der Monopolist für denjenigen Preis entscheiden, bei dem das Produkt ‚Absatzmenge x Stückgewinn' ein Maximum erreicht. Diesen Punkt wird er durch Probieren herauszufinden versuchen."

Aufgabe: Erläutern Sie bitte diese Ausführungen von Wilhelm Röpke! Nehmen Sie kritisch Stellung!
(Röpke, Wilhelm: Die Lehre von der Wirtschaft, Erlenbach, Zürich und Stuttgart 1958, 8. Auflage, 321 S., S. 197 f.)

13. „Der Einfluß der Konsumenten beruht auf ihrer Kaufmacht. Man pflegt die Ausübung dieser Macht gern mit einer permanenten Volksabstimmung zu vergleichen. Durch die wirksame Nachfrage, die die Verbraucher entfalten, geben sie gleichsam monetäre Stimmzettel für die Erzeugung der verschiedenen Güter ab. Wenn auf allen Märkten vollkommene Konkurrenz herrscht, wenn sich also die Anbieter und die Nachfrager von Gütern und Leistungen untereinander kontrollieren und damit gegenseitig entmachten, können die Produzenten nicht umhin, sich den herrschenden Marktpreisen anzupassen und damit dem Diktat der Endverbraucher zu

unterwerfen. Je nachdem ob die Preise über oder unter den Grenzkosten liegen, wird die Produktion ausgedehnt oder eingeschränkt. Betriebe, die sich schneller anpassen als ihre Konkurrenten, werden durch vorübergehende Gewinne oder geringere Verluste belohnt, Nachzügler durch entgangene Gewinne oder größere Verluste bestraft. Da die Anpassung eine Änderung der Nachfrage nach Produktionsfaktoren und damit der Faktorpreise zur Folge hat, lenken die Konsumenten in diesem Modell indirekt auch die Verteilung der Produktivkräfte auf ihre alternativen Verwendungszwecke. Die Unternehmer sind gleichsam nur Wahlmänner. Im totalen Gleichgewicht, wenn die Preise gleich den Durchschnittskosten sind, bleiben ihnen nur Stimmzettel in Höhe des normalen Unternehmerlohns und, wenn sie gleichzeitig Kapitalbesitzer sind, in Höhe der normalen Eigenkapitalverzinsung."

(Giersch, Herbert: Allgemeine Wirtschaftspolitik – Grundlagen –, Wiesbaden 1960, 356 S., S. 195 f.)

Aufgabe: Erläutern Sie bitte diesen Text und legen Sie dar, in welcher Weise die geschilderte Konsumentensouveränität in der Realität eingeschränkt wird!

14. „Zusammenfassend kommt... Gutenberg zu dem Ergebnis, daß das Ertragsgesetz für die Industrie nicht als repräsentativ anzusehen ist ... Die bisherige dominierende Stellung des Ertragsgesetzes bei der Ableitung nicht linearer Gesamtkostenverläufe kann daher in keiner Weise aufrechterhalten werden. Als Grundlage der Produktions- und Kostentheorie läßt sich das Ertragsgesetz nicht verwenden, da seine Voraussetzungen nicht mit den Regeln und Verhaltensweisen übereinstimmen, durch welche in Industriebetrieben der Ablauf des Kombinationsprozesses bestimmt wird."
(Kilger, Wolfgang: Produktions- und Kostentheorie, Wiesbaden 1958, 131 S., S. 52)

Aufgabe: Untersuchen Sie bitte kritisch die in diesem Text aufgestellten Behauptungen!

15. In dem Buch „Volkswirtschaft – Lehre und Wirklichkeit – Rinteln – München o. J. (1964), 288 S." zitiert der Verfasser W. Frank innerhalb des Kapitels „Gesetz des abnehmenden Bodenertragszuwachses (S. 83 ff.)" zunächst Jacques Turgot und fügt dann seine eigene Auffassung zum Ertragsgesetz an.
„Turgot: ‚Die Fruchtbarkeit des Bodens ist sicherlich eine begrenzte, und wenn wir annehmen, er sei bearbeitet, ..., so gut man es kann, ist es klar, daß jeder weitere Aufwand unnütz wäre und daß eine solche Vermehrung selbst schädlich sein könnte ... Das Produkt steigt in einem viel stärkeren Verhältnis als die Aufwendungen zunehmen, und zwar bis zu einem gewissen Punkte, wo der Ertrag der größtmögliche ist im Verhältnis zum Aufwande. Wird dieser Punkt überschritten, so wird bei einer weiteren Steigerung des Aufwandes der Erfolg zwar auch noch steigen, aber in geringerem Maße.'

Die Gesetzmäßigkeit vom abnehmenden Ertragszuwachs ist eine alte Binsenwahrheit. Sie wurde lediglich von Turgot erstmals als Gesetzmäßigkeit formuliert. Die Wirksamkeit des Gesetzes in der Landwirtschaft ist unbestritten. Würde das Gesetz keine Gültigkeit besitzen, dann müßte man auf der Fläche eines Schrebergartens die ganze Menschheit ernähren können. Das Bodenertragsgesetz beruht auf dem Minimumgesetz, das besagt, daß der Gesamtertrag nur in dem Maße steigen kann, wie der im Minimum befindliche Faktor aufgebessert wird. Die Bodenfläche läßt sich nicht aufbessern, sie bleibt konstant . . .

Heute hat man erkannt, daß die von Turgot erkannte Gesetzmäßigkeit Teil eines allgemeingültigen Ertragsgesetzes ist und deshalb für alle Produktionsbereiche gilt, wenn man einen Faktor oder eine Gruppe von Produktionsmitteln konstant hält. Nur tritt in der gewerblichen Wirtschaft seine Wirkung erst später und weniger scharf auf als beim absolut knappen Faktor Boden."

Aufgabe: Erläutern Sie bitte diese Ausführungen und nehmen Sie kritisch Stellung zu der Behauptung, das Ertragsgesetz habe in landwirtschaftlichen Betrieben wie in Industrieunternehmungen Gültigkeit!

2.5 Wirtschaftsordnungen (6-stündig)

Kursziel: Im Hinblick auf die Diskussion um die menschenwürdigste Wirtschaftsordnung als eine Grundfrage unserer Zeit sollen die Schüler zu einer rationalen Auseinandersetzung dadurch befähigt werden, daß die reale Wirtschaftsordnungen auf ihre philosophischen und ideologischen Grundlagen zurückführen können und nicht verwirklichte ordnungspolitsche Konzeptionen als mögliche Alternativen kennenlernen. Dadurch soll die Einsicht gewonnen werden, daß die Entscheidung für eine Wirtschaftsordnung eine politische Entscheidung ist, es also keine natürliche oder wissenschaftlich beweisbare richtige Wirtschaftsordnung gibt.

Unterrichtsinhalte:

I. **Die Ordnungsbedürftigkeit des gesellschaftlichen Wirtschaftens**
   - natürliche Harmonie
   - Konflikte zwischen Werten, Personen und Gruppen

II. **Die Idealtypen der Wirtschaftsordnungen**
   - Zentralverwaltungswirtschaft
   - freie Marktwirtschaft
   - Wirtschaftsdemokratie
   - Selbstverwaltungswirtschaft

III. **Begriffliche Abgrenzung:** Konzeptionen, Doktrien, Ideologien, Utopien

IV. **Wirtschaftsordnungen und Realität**
   - Wirtschaftsordnungen der DDR (UdSSR) als Beispiel einer zentralgelenkten Wirtschaft
     - Funktionsweise
     - Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage
   - Freie Marktwirtschaft am Beispiel der USA oder Deutschland im 19. Jahrhundert
     - Funktionsweise
     - Liberalismus als ideologische Grundlage
   - Freie soziale Marktwirtschaft
     - Funktionsweise
     - Neoliberalismus als ideologische Grundlage

V. **Ordnungspolitische Konzeptionen**
   - Ordoliberalismus (Eucken)
   - Chicagoer Schule (Friedmann)
     - Konkurrenzsozialismus
   - demokratischer Sozialismus
   - katholische Soziallehre

VI. **Internationale wirtschaftliche Blockbildung unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten**

- EWG
- COMECON
- dritte Welt

Übungsteil:

- Vergleich der Entwicklung wesentlicher ökonomischer Daten (Bruttosozialprodukt, Preisentwicklung etc.)
- Vergleich des Lebensstandards in BRD und DDR
- Untersuchung der unterschiedlichen Startbedingungen in BRD, DDR
- Problematisierung des Effizienzbegriffs
- Entwicklung wichtiger Bereiche der Sowjetwirtschaft und der USA (Rohstahl, Erdöl etc.)
- Zitate aus Zeitungskommentaren, wissenschaftlichen Publikationen und ihre Prüfung auf ihre ideologische Basis,
- Auswertung von Parteiprogrammen
- Untersuchungen der Auswirkungen der Wirtschaftsordnungen auf Freiheitsraum und Entwicklungsmöglichkeit des einzelnen Menschen an Beispielen aus Literatur, Gerichtsurteilen etc.
- Auswirkungen der Wirtschaftsordnung auf die Betriebsführung und Willensbildung im Betrieb

2.6 Einkommens- und Vermögensverteilung (6-stündig)

Kursziel: Ausgehend von der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensverteilung in der BRD sollen deren Ursachen hinterfragt werden. Es sollen einige Theorien zur Einkommensverteilung behandelt werden, die auf ihre ideologische Hintergründe zu überprüfen sind. Es soll erkannt werden, daß es keine für alle gerechte Einkommensverteilung gibt und sich bei dieser Frage konkurrierende politische Zielsetzungen gegenüberstehen, deren Durchsetzbarkeit von der gesellschaftlichen Machtverhältnissen bestimmt wird.

Unterrichtsinhalte:

I. **Empirische Befunde zur Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik**

- Verteilung des Volkseinkommens auf unselbständige und selbständige Erwerbstätige
- Lorenzkurve
- Struktur des Realvermögens in der BRD
- Sparfähigkeit und Vermögensbildung
- Vermögenskonzentration

II. **Einkommensarten und ihre Beeinflußbarkeit**

- Lohn
- Zins
- Grundrente
- Unternehmergewinn

III. **Theorie der Einkommensverteilung**

- klassische Theorien
- marxistisch-sozialistische Theorien
- Monopolgradtheorie

IV. **Verteilungseffekte konjunktureller Wechsellagen**

- Entwicklung der Lohnquote
- Entwicklung der Gewinne

V. **Maßstäbe und Zielsetzungen einer gerechten Einkommensverteilung**

- Maßstäbe und Zielsetzungen der Kirchen
- Maßstäbe und Zielsetzungen der Parteien
- Maßstäbe und Zielsetzungen der Gewerkschaften
- Maßstäbe und Zielsetzungen der Unternehmerverbände

VI. **Staatliche Maßnahmen zur Einkommensumverteilung und Vermögensbildung**

- Steuerliche Maßnahmen zur Einkommensumverteilung
- Maßnahmen zur Vermögensbildung

VII. **Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen auf die Einkommens- und Vermögensstruktur der BRD**

- Analyse der Auswirkungen (Kritik)
- Zielkonflikte:
- Wachstum-Einkommensumverteilung,
  Wachstum-Geldwertstabilität,
  Vollbeschäftigung-Geldwertstabilität

Übungsteil:

- Graphische Darstellung der Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung anhand von statistischen Unterlagen
- Berechnung der Lohnquote
- statistische Untersuchung über die Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerungsgruppen nach ihrer Stellung im Erwerbsprozeß
- Vertiefung der gesetzlichen Grundlagen über die Stellung der Gewerkschaften und Arbeitgeber, die Eigentumsordnung in der BRD anhand von Arbeitskämpfen, höchstrichterlicher Rechtsprechung, etc.
- Geschichte der Gewerkschaften (Gruppenarbeit)
- Soziale Frage (Gruppenarbeit)
- Analyse der staatlichen Maßnahmen zur Vermögensbildung auf ihre ideologischen Grundlagen
- Sammlung und Auswertung von Unterlagen über staatliche Sparförderung und Vermögensbildung
- Untersuchung der Steuerüberwälzung
- Steuerreformvorschläge der Parteien und ihre verteilungspolitische Auswirkungen

2.7 Öffentliche Finanzwirtschaft (6-stündig)

Kursziel: Es soll erkannt werden, daß in einer Industriegesellschaft die öffentliche Hand gezwungen ist, ihre Aufgaben- und Ausgabenbereiche ständig zu erweitern. Es soll einsichtig werden, daß die Aufstellung der Prioritätenskala, wie sie im Haushaltsplan zum Ausdruck kommt, eine politische Entscheidung ist, die durch Interessengruppen beeinflußt wird und ferner erhebliche Auswirkungen auf den Wirtschaftsablauf hat.

Unterrichtsinhalte:

I. **Wachsende Ausgaben und Aufgaben des Staates**
- Anwachsen des Kollektivbedarfs
- Wohlfahrtsstaat

II. **Der institutionelle Rahmen der Finanzwirtschaft**
- Ausgaben der öffentlichen Hand
- Einnahmen der öffentlichen Hand
- der öffentliche Haushalt
- Budgetprinzipien
- Finanzausgleich

III. **Finanzpolitische Zielsetzungen**
- Neutralitätspostulat
- beschäftigungspolitische Zielsetzung
- Vermögensumschichtung
- Umschichtung der Einkommen
- Beeinflussung der Angebots- und Nachfragestruktur

IV. **Wirkungen der Staatstätigkeit auf den Wirtschaftsablauf**
- Stellung der öffentlichen Finanzwirtschaft in der Volkswirtschaft
- Wirkungen der Staatstätigkeit auf die Entscheidungen der Haushalte und Unternehmungen
- Wirkungen der Staatstätigkeit auf das Marktergebnis
  - Arbeitsmarkt
  - Kapitalmarkt
  - Gütermarkt
- Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Staatstätigkeit
  - auf die Beschäftigung und das Volkseinkommen
  - auf die Verteilung
  - auf das Gesamtangebot

Übungsteil:

- Untersuchung verschiedener Haushaltspläne auf die Gültigkeit des Gesetzes von den wachsenden Staatsausgaben
- Untersuchung der Wirkungen gesellschaftlicher Wandlungen auf die öffentlichen Haushalte
- Veränderungen der Prioritätenskala durch
  - Verschiebung der Bevölkerungsstruktur
  - wachsenden Wohlstand
  - politische Zielsetzungen
- Vor- und Nachteile der Mehrwertsteuer gegenüber der alten Umsatzsteuer
- Untersuchung der Progression unterschiedlicher Steuerarten
- Anfertigung einer Einkommenssteuererklärung
- unterschiedliche Ansätze der Parteien zur Steuerreform und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen
- Auswertung von Haushaltsplänen (Bund, Länder, Gemeinden)
- Diskussion über den Finanzausgleich

2.8 Wirtschaftliches Wachstum (6-stündig)

Kursziel: Neben den theoretischen Grundlagen, die zum vertieften Verständnis von Problemen des Wachstums gelegt werden müssen, soll verdeutlicht werden, daß Wachstum notwendig ist, aber nur ein Teil der Wirtschaftspolitik darstellt sowie in Konflikt zu anderen wichtigen Zielen geraten kann. Auch soll der Schüler zu einer kritischen Beurteilung des Wachstumszieles befähigt werden. Abschließend soll die Schärfung des Problembewußtseins zu Fragen der Entwicklungshilfe erfolgen und die Beschränktheit der verschiedenen Entwicklungsstrategien herausgearbeitet werden.

Unterrichtsinhalte:

I. **Einführung**

- Wesentliche Merkmale entwickelter und unterentwickelter Länder
- Frage der Meßbarkeit wirtschaftlichen Wachstums

II. **Typen des wirtschaftlichen Wachstums**

- Wachstum in unterentwickelten Ländern
- Wachstum in entwickelten Ländern

III. **Theorien des wirtschaftlichen Wachstums**

- Stufentheorien
- Wachstumsmodelle von Domar, Harrod u.a.
- Kritik der Wachstumsmodelle

IV. **Probleme des wirtschaftlichen Wachstums**

- Notwendigkeit und Vorteile des Wachstums
- Effizienz der Faktorkombination
- Wachstums und Bevölkerungsentwicklung
- Bedeutung von S und I
- Wachstum und Konjunkturverlauf
- Wachstum und Vollbeschäftigung
- Wachstum und Preisstabilität
- Fragwürdigkeit Preisstabilität
- Fragwürdigkeit wirtschaftlichen Wachstums u.a.

V. **Problematik der Entwicklungshilfe**

- Motive der Entwicklungshilfe
- Strategien der Entwicklungshilfe
- Kritik der gegenwärtigen Entwicklungshilfe

Übungsteil:

- Geographische Lokalisierung entwickelter und unterentwickelter Länder
- Auswertung von Statistiken zur Unterscheidung entwickelter und unterentwickelter Länder
- Graphische Darstellung des Wachstums in unterschiedlichen Ländern
- Mathematische Darstellung von Wachstumsmodellen
- Überprüfung dieser Modelle an der wirtschaftlichen Wirklichkeit
- Zeichnerische Gegenüberstellung der Entwicklung des SP und der Bevölkerung
- Zeichnerische Gegenüberstellung der Entwicklung des SP und des Konjunkturverlaufs
- u.a. s. auch Woll

2.9 Die Unternehmung als wirtschaftliche Einheit und als Organ der Wirtschaft (6-stündig)

Kursziel: Innerhalb dieses Kurses soll zunächst das planvolle Handeln der Unternehmungsleitung verdeutlicht werden, die durch Kombination der Produktionsfaktoren Güter und Dienstleistungen erstellt und verwertet.

Den Schülern soll ferner die in unserer Wirtschaft vorhandene starke Neigung zur Konzentration mit der damit verbundenen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Problematik bewußt gemacht werden. Insbesondere sollen sie dabei erkennen, daß zunehmende Konzentration gegen die Grundsätze der Marktwirtschaft gerichtet ist.

Unterrichtsinhalte:

A. **Die Unternehmung als wirtschaftliche Einheit**

I. **Grundbegriffe und Grundtatbestände**
- Faktorsystem
- Faximen wirtschaftlichen Handelns

II. **Unternehmensführung**
- Probleme betrieblicher Willensbildung (einschließlich Mitbestimmung)
- Grundsätze betrieblicher Betätigung
- Aufgaben der Unternehmensleitung
- Führungsinstrumente
- Unternehmensführung und Betriebsgröße

III. **Betriebliche Leistungserstellung**
- Leistungserstellung als Kombinationsprozeß
- Menschliche Arbeit im Betrieb
- Arbeits- und Betriebsmittel
- Fertigungsablauf
- Fertigungskosten
- Verfahrensvergleiche (Investitionsrechnungen)
- Gesetz der industriellen Massenproduktion

IV. **Leistungsverwertung (Absatz)**
- Absatzpolitische Situation
- Problematik der Marktprognose
- Probleme der Marktanalyse
- Planung im Absatzbereich
- Absatzpolitisches Instrumentarium

V. **Finanzen**
- Aufgaben der Finanzwirtschaft
- Struktur der finanziellen Sphäre (Begriff und Funktion des Kapitals sowie des Vermögens)
- Betrieblicher Umsatzprozeß

- Finanzielles Gleichgewicht (Liquidität)
- Finanzkontrolle und Finanzplanung
- Formen und Arten der Kapitalbeschaffung
- Kapitalfreisetzung aus Abschreibungen

B. Die Unternehmung als Organ der Wirtschaft

I. Rechtliche Grundlage

- Gewerbefreiheit
- Kaufmann im Sinne des HGB
- Firma
- Eintragung im HR

II. Unternehmensformen

- Einzelunternehmung
- Personalgesellschaften
- Kapitalgesellschaften
- Genossenschaften

III. Unternehmenszusammenschlüsse

- Interessengemeinschaft – Kartell – Konzern – Trust
- Problematik der Konzentration
- Gesetzliche Regelung

Übungsteil:

- Gegenüberstellung von Standortfaktoren verschiedener Wirtschaftsbereiche
- Möglichkeiten der Substitution von Arbeit durch Kapital
- Rentabilitätsvergleiche innerhalb eines Wirtschaftszweiges und zwischen Betrieben verschiedener Wirtschaftsberiche
- Entwicklung und Vergleich verschiedener Mitbestimmungsmodelle
- Beispiele für subjektive und objektive Arbeitsbedingungen und ihre Wirkung auf die Arbeitsproduktivität
- Kalkulationsschemata
- Rechnerische Bestimmung der „kritischen Menge"
- Praktische Verfahren zur Markterkundung bzw. zur Absatztechnik
- Bilanzanalysen
- Auswertung von Geschäftsberichten zum Kapital Finanzierung
- Beispiele zum Lohmann-Ruchti-Effekt
- Graphische Darstellung des Haftungsgesichtspunktes
- Praktischer Rechtsfall zur Kaufmannseigenschaft etc.
- Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile von Konzentrationen in ordnungspolitischer Sicht
- Auswertung der Berichte des Kartellamtes zum Ausmaß der Konzentration
- Vergleich der Gesetzesvorschläge zur Fusionskontrolle

Literaturverzeichnis:

Baade, Fritz	Welternährungswirtschaft, Hamburg 1956, rde-Taschenbuch
Brandt, Karl	Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Freiburg 1970
Dernburg – McDougall	Lehrbuch der Makroökonomischen Theorie, Stuttgart 1972
Deutsches Institut für Wirtschaftsordnung	DDR-Wirtschaft, Fischer Bücherei 1971
Dürr, Ernst	Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt 1966
Eucken, Walter	Nationalökonomie wozu? Tübingen 1943; Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin – Göttingen – Heidelberg 1959
Friedmann, Milton	Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart 1971
Giersch, Herbert	Allgemeine Wirtschaftspolitik, Wiesbaden 1961
Gutenberg, Erich	Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I Produktion, Bd. II Absatz, Bd. III Finanzierung, Berlin – Göttingen – Heidelberg 1965 ff
Handbuch der Wirtschaftswissenschaften	Bd. II Volkswirtschaft, Köln und Opladen 1966
Haller, Heinz	Finanzpolitik, Grundlagen und Hauptprobleme, Tübingen – Zürich, 3. Aufl. 1965
	Probleme der Geldwertstabilität, Urban-Taschenbuch, Stuttgart 1970
Halm, George N.	Geld, Außenhandel und Beschäftigung, 4. Aufl. 1966 Berlin
Hansen, Alvin:	Keynes'ökonomische Lehren. Ein Führer durch sein Hauptwerk, Stuttgart – Düsseldorf 1959
Hartwich, Hans-Hermann	Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Opladen 1966
Henderson – Quandt	Mikroökonomische Theorie. Eine mathematische Darstellung, Berlin und Frankfurt 1967
Hicks, J. R.	Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Hamburg 1962, rde-Reihe
Huffschmid, Jörg	Politik des Kapitals, Frankfurt/M. 1969

GEI

Kompendium der Volkswirtschaftslehre	Bd. I und II, Göttingen 1967/68
Lipsey, Richard	Einführung in die positive Ökonomie, Köln 1971
Lowe, Adolph	Politische Ökonomie, Frankfurt 1971
Mändle, Eduard	Volkswirtschaftslehre Bd. I, Schaeffers Grundriß, Abteilung III: Wirtschaftswissenschaften
Ortlieb – Dörge	Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik. Modellanalysen, Bd. II, Opladen 1968
Packard, Vance	Die geheimen Verführer. Düsseldorf 1964
Paulsen, Andreas	Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bde. I–IV, Berlin 1968, Sammlung Göschen
Retiet, Malte	Neue Wirtschaftslehre. Berlin 1958 Grundlagen des internationalen Währungssystems. Wirtschafts- und Sozialpolitische Grundinformationen des Deutschen Industrieinstituts
Samuelson, Paul A.	Volkswirtschaftslehre. Bd. I 1972, Bd. 2 1972, Köln
Sauermann, Heinz	Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Wiesbaden 1960 ff, Bd. I und II
Schäfer, Erich	Die Unternehmung. Ein Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Köln und Opladen 1970
Schick, Karl	Mathematik und Wirtschaftswissenschaft, Frankfurt
Schmölders, Günther	Festschrift für G. Schmölders: Geldtheorie und Geldpolitik, Berlin 1968
Schneider, Erich	Einführung in die Wirtschaftstheorie, Bde. I–III, Tübingen 1971 ff
Stobbe, Alfred	Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, Heidelberg 1972
Stucken, Rudolf	Deutsche Geld- und Kreditpolitik von 1914–1963, Tübingen
Sweesy, Paul	Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Frankfurt 1970
Veit, Otto	Reale Theorie des Geldes, Tübingen 1966
Volkswirtschaftslehre	Eine problemorientierte Einführung, München 1971
Weber, Wilhelm	Konjunktur- und Beschäftigungstheorie. Neue wissenschaftliche Bibliothek, Köln – Berlin 1965
Woll, Artur	Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin 1972

Literatur zum Übungsteil:

Monatsberichte der Deutschen Bundesbank
Jahresberichte der Deutschen Bundesbank
Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland
Wirtschaft und Statistik
Berichte des Bundeswirtschaftsministeriums
Jahresgutachten des Bundeskartellamtes

Übungsbuch zu Samuelson:
Study Guide to accompany Samuelson: Economics
Seventh edition Robison
Mc Graw-Hill New York 1971

Übungsbuch zur Allgemeinen Volkswirtschaftslehre von Woll
Band I Grundlagen der Volkswirtschaftslehre und Mikroökonomik
Band II Makroökonomik und Außenwirtschaftslehre
Vahlen-Verlag Berlin

Schmid, Bernd A. — Arbeitsbuch zu Stobbe Volkswirtschaftliches Rechnungswesen
Springer-Verlag, Berlin – Heidelberg – New York 1970

Wedig, Wilhelm — Übungsaufgaben mit Lösungen zu Andreas Paulsen Allgemeine Volkswirtschaftslehre 2 Bände, Sammlung Göschen, Berlin 1969

Bauer, K. M. — Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Anleitungen zum Grundstudium mit Aufgaben, Übungsfällen und Lösungshinweisen, Physica-Verlag, Würzburg – Wien 1970

Gümbel, Rudolf — Übungsaufgaben zur Einführung in die Betriebswirtschaftslehre Vahlen-Verlag Berlin

Häuser, Karl — Studienbegleithefte zum Funkkolleg Volkswirtschaftslehre, Julius Beltz-Verlag Weinheim

Nachwort zur 2. Ausgabe

Schon im Nachwort zur 1. Auflage wurde der Stellenwert der Unterrichtsempfehlungen für den Kursunterricht in der neugestalteten gymnasialen Oberstufe als der von vorläufigen Empfehlungen bestimmt. Dies gilt auch für die vorliegende überarbeitete Fassung, in der die Mitglieder der Fachgruppen ihre Intentionen präzisiert haben und in die ebenfalls die ersten Stellungnahmen der Schulen sowie Unterrichtserfahrungen und Diskussionsergebnisse eingegangen sind.

Im übrigen gilt, was schon im Nachwort zur 1. Auflage der Unterrichtsempfehlungen formuliert wurde:

Die Unterrichtsempfehlungen sind als eine erste Lehrplanhilfe für die Fachlehrer gedacht, die an den vom 1. 8. 1972 an beginnenden Versuchsreihen zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe auf der Grundlage des Entwurfs einer Vereinbarung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder beteiligt sind.

Der Runderlaß vom 19. 4. 1972, der für das Land Nordrhein-Westfalen die rechtlichen Voraussetzungen für den Beginn der Versuchsreihe schuf, hat diese Lehrplanhilfen angekündigt und zugleich das pragmatische Verfahren begründet und offengelegt, das zu ihrer Erarbeitung geführt hat (vgl. Nr. 3.4 des Erlasses).

Die vorliegenden Lehrplanhilfen sind unter der dreifachen Prämisse entstanden, daß die Richtlinien von 1963 sowohl in ihrer Struktur als auch in ihren Inhalten einen Modernitätsrückstand aufweisen, daß nach dem gegenwärtigen Stand der Curriculumforschung ein wissenschaftlich gesichertes Curriculum für die einzelnen Fächer des Gymnasiums in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, daß aber dennoch Lehrplanentscheidungen getroffen werden müssen, die die langfristig angesetzte, wissenschaftliche Curriculumentwicklung von der Schulpraxis her vorbereiten helfen.

In diesem Zusammenhang ist das Verfahren zu sehen, aus dem die vorliegenden Empfehlungen erwachsen sind.

Zur Lösung einer im Grunde nur vorläufig lösbaren Aufgabe haben die Schulkollegien je 6 fachkompetente und in der Mehrzahl auch versuchserfahrene Lehrer benannt, die die nach ihrer Auffassung möglichen Lehrplanentscheidungen für das Kurssystem vorgeschlagen und ihre Lösungsvorschläge in einer 2. Sitzungsperiode weiterentwickelt haben. Die Fachgruppen wurden beraten durch Fachdezernenten und Fachreferenten der Schulaufsicht.

Die vorliegenden Lehrplanentscheidungen, die der Schulversuchspraxis- und -erfahrung entstammen, erhalten den Charakter von Empfehlungen. Sie können für die an den Versuchsreihen beteiligten Schulen an die Stelle der Richtlinien treten. Indem diese Empfehlungen den Versuchsschulen zur Erprobung übergeben werden, soll eine koordinierte schulpraktische Weiterentwicklung der Lerninhalte für ein Kurssystem eingeleitet werden.

Zugeordnet zur langfristig angesetzten Entwicklungsebene der wissenschaftlichen Curriculumentwicklung wird ein schulpraxisbezogenes Koordinierungssystem aufgebaut, das Überprüfung, Weiterentwicklung und eine Neuordnung des Bezugsfeldes der Lerninhalte ermöglicht.

Herausgegeben vom Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen
4 Düsseldorf, Völklinger Str. 49